

Ein Jubiläum und eine Jubiläumsausgabe: 600 Jahre Universität Leipzig 1409 bis 2009, eine Nachlese

von
RAINER CHRISTOPH SCHWINGES

Was Wissenschaft für Gesellschaft und Staat bedeutet, hat man in Zeiten der Corona-Pandemie wieder einmal prominent bemerken können. Fachpersonen vieler Disziplinen sind beteiligt, und sie alle entstammen Universitäten und Hochschulen oder arbeiten in ihren Laboren und Instituten. Wissenschaft und Forschung, Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben auf machtvolle Weise gezeigt, wozu sie fähig sind: Sie stellen faktenbasiertes Wissen als fundamentale Voraussetzung für unser tägliches Leben bereit und sie wissen dabei, dass sich die von ihnen gehobenen Fakten jederzeit der Kritik stellen und sich im Spannungsfeld von Meinungen und Interessen behaupten müssen. Das ist wissenschaftsimmanent. Und weil das so ist, tun sie gut daran, sich von Zeit zu Zeit ihres Weges und ihrer Wirkung zu vergewissern.

Für die Universitäten und die ihr verwandten Forschungs- und Bildungsinstitutionen macht das die Universitätsgeschichte, die sich konsequent im Spannungsfeld von Universität und Gesellschaft, Politik und Wirtschaft bewegen muss. Vor kurzem wurde wieder einmal dargelegt, was es bedeute, Universitätsgeschichte zu schreiben. Dabei konnten unter anderem Stand und Tendenzen der Forschung analysiert und die Kernaufgaben moderner Universitätsgeschichtsschreibung identifiziert werden: die Strukturgeschichte (Institutionen und Organisationen), die Personalgeschichte (auch im Sinne des „Outputs“ der Hochschulen in Verflechtung mit der Gesellschaft), die Geschichte der Studierenden, die Wissens- und Wissenschaftsgeschichte sowie der Austausch mit der Öffentlichkeit durch Kommunikation, Museen, Objekte, Architektur.¹ Mit diesen Kernaufgaben wird sich jede neue Universitätsgeschichte befassen müssen beziehungsweise begründet darlegen, wenn sie andere Wege gehen will.

Die Universitätsgeschichte ist ein etabliertes und professionalisiertes Fach. Dennoch profitiert sie wie wenige andere Geschichtswissenschaften von den mehr oder weniger regelmäßigen Jubiläen. Bei Tausenden von Universitäten allein im heutigen Europa wären diese Angebote geradezu opulent. Allerdings haftet an

¹ LIVIA PRÜLL/CHRISTIAN GEORG/FRANK HÜTHER (Hg.), *Universitätsgeschichte schreiben. Inhalte – Methoden – Fallbeispiele* (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz, Neue Folge 14), Göttingen 2019.

Universitätsjubiläen etwas Problematisches, weswegen sie auch prompt zu einem eigenen Themenfeld geworden sind, mindestens seit der grundlegenden Auseinandersetzung Notker Hammersteins mit dem Verhältnis von „Jubiläumsschrift und Alltagsarbeit“.² So gehört es fast immer zum guten Ton in den Vorreden zu Jubiläumsschriften, zu Selbstzweck und Verklärung früherer Leistungen auf Abstand zu gehen, vielmehr eher zu bekennen, dass man in und mit kritischer Rückblende die Gegenwart bewältigen und die zukünftigen Herausforderungen annehmen wolle. In diesem Sinne sind in den letzten Jahrzehnten mehrere Jubiläumsschriften deutscher Universitäten herausgegeben worden, sei es zur Gesamtgeschichte oder zu einzelnen Epochen, darunter Heidelberg und Köln (1985, 1988), Halle-Wittenberg und Greifswald (2002, 2006), Jena und Leipzig (2009), Freiburg, Berlin und Wien (2007, 2010, 2015); und zum Beispiel für Tübingen (2027) ist man schon an der Arbeit. Jubiläen sind ja nicht per se anrühlich, sondern nicht zuletzt auch als kommunikative Anstöße für die Öffentlichkeit willkommen. Das Problem ist nur, dass auf Jubiläen hin oft Vieles möglich wird, was seit Jahren in der Planung ist, von Ausstellungen bis zur Produktion mehrbändiger Sammelwerke, danach aber in der Alltagsarbeit oft Wille und Geld versiegen – bis zum nächsten runden Anlass. Immerhin bleiben die Früchte erhalten, in den verschiedensten Formen in Büchern, Bildern und Datenbanken.

Vor nunmehr dreizehn Jahren feierte die Universität Leipzig ihr 600-jähriges Jubiläum und legte zu diesem Anlass eine stolze Anzahl von Publikationen vor. In deren Mittelpunkt stand die Jubiläumsausgabe: „Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009“ in fünf Bänden.³ Eine solche Gesamtdarstellung hatte die Leipziger Universität bis dahin nicht vorzuweisen, obwohl sie nach Heidelberg heute die zweitälteste durchgängig geöffnete Universität auf deutschem Boden ist. Entsprechende Pläne zur 500-Jahr-Feier 1909 hatten sich aus vielerlei Gründen zerschlagen oder waren in fakultären Überblicken steckengeblieben; und die Herausgabe einer Jubiläumsschrift zur 550-Jahr-Feier im Jahre 1959 mündete in ähnlicher Weise in einer wenig zusammenhängenden Reihung von Beiträgen, ganz abgese-

² NOTKER HAMMERSTEIN, Jubiläumsschrift und Alltagsarbeit. Tendenzen bildungsgeschichtlicher Literatur, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S. 601-633. Speziell zu Leipzig siehe JENS BLECHER/GERALD WIEMERS (Hg.), *Universitäten und Jubiläen. Vom Nutzen historischer Archive (Veröffentlichungen des Universitätsarchivs Leipzig 4)*, Leipzig 2004.

³ *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. Ausgabe in fünf Bänden, hrsg. im Auftrag des Rektors der Universität Leipzig Professor Dr. iur. Franz Häuser von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1: ENNO BÜNZ/MANFRED RUDERSDORF/DETLEF DÖRING, *Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409–1830/31*, Leipzig 2009; Bd. 2: HARTMUT ZWAHR/JENS BLECHER, *Das neunzehnte Jahrhundert 1830/31–1909*, Leipzig 2010; Bd. 3: ULRICH VON HEHL/GÜNTHER HEYDEMANN/KLAUS FITSCHEN/FRITZ KÖNIG, *Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009*, Leipzig 2010; Bd. 4.1-4.2: ULRICH VON HEHL/UWE JOHN/MANFRED RUDERSDORF (Hg.), *Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen*, Leipzig 2009; Bd. 5: MICHAELA MAREK/THOMAS TOPFSTEDT unter Mitwirkung von UWE JOHN (Hg.), *Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext*, Leipzig 2009.

hen von der politisch-ideologischen Inanspruchnahme.⁴ Dabei hatte man in Leipzig mindestens seit 1609 Erfahrung mit Jubiläen. Ernst genommen wurde sie aber erst ab dem Jahr 2000. Leipzig konnte sich in den Jahren der Vorbereitung vergleichsweise glücklich schätzen, einen Rektor zu haben (ab 2003), in der Person des Juristen Franz Häuser, der entscheidenden Anteil nahm und bis zum Ausscheiden aus dem Leitungsamt (2010) sich selbst der Sache engagiert widmete. Leider gab es wie so oft keine Fortsetzung der Interessen mit allen Konsequenzen für manch angefangenes Projekt, wie etwa die mit großem Elan und Vorbildcharakter einst begonnene Professorendatenbank oder die Reihe der „Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“.⁵

Dem Rektor Häuser, der sich selbst der bedeutenden Quellengruppe der sogenannten Rektoratsreden für Leipzig widmete,⁶ ist es zudem zu verdanken, dass die Aktivitäten rund um das Jubiläum, zuvor und während des ganzen Jahres 2009 so dokumentiert wurden, dass man sich ein Bild von Werkstatt und Ereignis und vor allem auch von den Überlegungen, die zu einem Gesamtergebnis führten, machen kann – in Anlehnung an eine Leipziger Tradition, die mit „Berichten“ über die Jubiläen 1709 begonnen hatte. Diese Dokumentation ist damit wie ihre Vorgängerinnen zu einer beachtlichen Quelle der Jubiläumsgeschichte als auch der Universitätsgeschichte geworden.⁷ Sie bietet Einblick, wie und mit welchen Institutionen und Personenkreisen man ein Jahrhundertereignis planen und letztlich erfolgreich gestalten kann, einschließlich kritischer Stimmen, die offen kommuniziert sind, wie beispielsweise der selbsterklärend formulierte Titel „Ungeplanter Einwurf des Chormitglieds Frau Leinhos“ während des Festakts vom 2. Dezember 2009.⁸ Zu Wort kam sogar eine Bürgerinitiative; für einmal aber nicht gegen, sondern entschieden für die Stadt und die Universität (ProUNI) mit einem bemerkenswerten Slogan: „Eine Universität ist eine Universität ist eine Universität“.⁹ Dieser rückte sie fast in die Nähe des mittelalterlichen Verständnisses, wonach Universität ist, was als Universität anerkannt ist.¹⁰ Der geradezu trotzig Slogan ist aber auch

⁴ Karl-Marx-Universität Leipzig 1409–1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte, 2 Bde., Leipzig 1959. Dazu GÜNTHER WARTENBERG, „Gebrochene Jubiläen“. Das Leipziger Universitätsjubiläum von 1959, in: Blecher/Wiemers, Universitäten und Jubiläen (wie Anm. 2), S. 46–70.

⁵ Seit 2011 unverändert: <https://research.uni-leipzig.de/catalogus-professorum-lipsiensium>. In zwei Reihen A und B haben insgesamt 25 Bände von 2002 bis 2010 erscheinen können. Eine Liste findet sich in: FRANZ HÄUSER (Hg.), Das Sechshundertjährige Jubiläum der Universität Leipzig 2009. Eine Dokumentation, Leipzig 2011, S. 183–187.

⁶ FRANZ HÄUSER (Hg.), Leipziger Rektoratsreden 1871–1933, 2 Bde., Berlin/New York 2009.

⁷ HÄUSER, Dokumentation (wie Anm. 5).

⁸ Ebd., S. 106 f., betr. Absage der Leipziger Universitätsmusiktage.

⁹ Ebd., S. 84. Leipziger Bürgerinitiative „Für eine weltoffene, weltliche und autonome Universität“.

¹⁰ So die bedeutende Definition von PETER MORAW, Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte, in: Ders./Volker Press (Hg.), Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte, Marburg 1982, S. 1–42, hier S. 11.

heute und künftig nichts weniger als wahr und muss nach wie vor als Inbegriff von Autonomie, als anzuerkennende Tatsache festgestellt und wenn nötig eingefordert werden. Nicht nur, aber auch, zeichnet ein gewisses Maß an Beharrungsvermögen die Universitäten aus.

Man findet in dieser Dokumentation natürlich alles, was dahin gehört und erwartbar ist: die Festreden und Grussadressen aus dem In- und Ausland, die Worte zur Übergabe von Festschriften verwandter Institutionen, Berichte über Veranstaltungen der Fakultäten und Institute sowie der Studierenden, Berichte über Konzerte und Ausstellungen und andere öffentlichkeitswirksame Ereignisse, darunter die zutiefst beeindruckende Präsentation von Wissenschaft im Alten Rathaus (man musste sie gesehen haben!).¹¹ Man findet weiterhin Berichte über Fachtagungen zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, die aus Anlass des Jubiläums ihren Tagungsort in Leipzig gewählt hatten; ferner Berichte über „Zentrale Kongresse“ zu universitären Themen im Spannungsfeld von Wissen, Bildung, ökonomischer Effizienz, Ordnungssystemen und den künftigen Herausforderungen. Diese Berichte sind auch nach dreizehn Jahren noch wertvolle, stets wie neu wirkende Gradmesser der universitären Befindlichkeit – ganz allgemein jenseits der Leipziger Örtlichkeit. Völlig zurecht hat man die gemeinsamen Traditionen und den Beitrag der Universitäten zu den jeweils nationalen Ausbildungssystemen bestätigt, zugleich aber ihre steigende Teilhabe an wissenschaftlicher Vernetzung und überhaupt an globaler geistiger Kultur betont. Einiges davon ist in Tagungsbänden niedergelegt.¹² Diese und vieles andere, was auf das Jubiläum hin mit zum Teil erheblichem Vorlauf publiziert worden ist, findet man in der umsichtig angelegten Bibliografie, die nicht zuletzt den Hinweis auf eine spezielle Literaturdatenbank zur Leipziger Universitätsgeschichte enthält. Deren Früchte bieten in reichem Maße die Spezialbibliografien der einzelnen Bände der Jubiläumsausgabe. Erfreulich ist ferner die Tatsache, dass auch die Herausgabe von Quellen nicht zu kurz gekommen ist, wie die bereits erwähnten Rektoratsreden und der Professorenkatalog sowie die Edition der Universitätsmatrikeln des 19. Jahrhunderts oder die Präsentation der Gründungsdokumente von 1409.¹³

Unter diesem Schrifttum und den anderen Aktivitäten nahm die fünfbandige Geschichte der Universität Leipzig, „die Biografie einer 600 Jahre alten Insti-

¹¹ DETLEF DÖRING/RUDOLF HILLER VON GAERTRINGEN/CECILIE HOLLBERG/VOLKER RODEKAMP unter Mitarbeit von TOBIAS U. MÜLLER (Hg.), *Erleuchtung der Welt. Sachen und der Beginn der modernen Wissenschaften* (Katalog und Essayband), Dresden 2009.

¹² MANFRED RUDERSDORF/WOLFGANG HÖPKEN/MARTIN SCHLEGEL (Hg.), *Wissen und Geist: Universitätskulturen*, Leipzig 2009; RALF DIEDRICH/ULLRICH HEILEMANN (Hg.), *Ökonomisierung der Wissensgesellschaft. Wie viel Ökonomie braucht und wie viel Ökonomie verträgt die Wissensgesellschaft?*, Berlin 2011.

¹³ JENS BLECHER/GERALD WIEMERS (Hg.), *Die Matrikel der Universität Leipzig* [in sieben Teilbänden und einem Registerband 1809–1909], Weimar 2006–2012, 2014; ENNO BÜNZ/TOM GRABER, *Die Gründungsdokumente der Universität Leipzig (1409). Edition – Übersetzung – Kommentar*, Dresden 2010.

tution“, einen monumentalen Rang ein. Um es gleich deutlich zu machen: Ich halte sie gerade auch nach dem Abstand von über einem Jahrzehnt seit dem Erscheinen für ein Referenzwerk, wenn nicht für ein ‚Flaggschiff‘, das den Kurs universitärer Geschichtsschreibung im Jubiläumsfall auch künftig noch bestimmen könnte. Über die Vorgehensweise, die Konzeption, das Personal, die Mitglieder der eigens berufenen Senatskommission, die auf professionelle Weise versuchen sollte, eine gemeinsame Sichtweise zu erarbeiten, auch wenn persönliche Diktionen nicht gänzlich ausgeschaltet werden konnten, orientiert lohnend der Bericht, den der Vorsitzende der Senatskommission (Manfred Rudersdorf) in der genannten Dokumentation des Rektors verfasst hat.¹⁴ Es war eine richtige und konsequente Entscheidung in der Phase der Vorbereitungen, schon lange vor dem Jubiläumsdatum eine eigene universitätsgeschichtliche Studienreihe ins Leben zu rufen, um damit die normale Alltagsarbeit des Faches, niedergelegt in Spezialstudien und akademischen Qualifikationsschriften, auf das ‚Ereignis‘ von 2009 hin fruchtbar zu machen. Eine solche Publikationsreihe, die es an vielen deutschen Universitäten zum Teil bereits seit Jahrzehnten gibt (oft auch angestoßen von Jubiläen), hatte die Leipziger Universität bis dahin nicht aufzuweisen. Umso bedauerlicher ist es, dass sie nicht fortgeführt worden ist, ohne dass man freilich in Leipzig aufgehört hätte, sich der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte weiterhin in aller Breite zu widmen.

Das Werk bietet in den ersten drei Bänden die Geschichte der Universität Leipzig von 1409 bis 2009 in einer gemeinsamen thematischen Struktur, der man die intensive Vorbereitung und Abstimmung bei allen natürlichen Eigenheiten und Variationen der Autoren und der unterschiedlichen Dynamik des Geschehens im Laufe der Jahrhunderte ansieht. Eingerahmt in Gründung beziehungsweise Reformen folgen das, was man Verfassung nennt, der Blick auf das Personal in den verschiedenen Fakultäten sowie deren Wissenschaftsbetriebe. Eine solche Struktur macht die Vergleichbarkeit über die Jahrhunderte hinweg erst möglich und umso spannender. Das gilt auch für das sorgfältig und durchdacht ausgesuchte Bildmaterial, das weit mehr als bloße Illustration ist. Allein, dass nicht nur (wenn auch viele) ‚Köpfe‘ geboten werden, sondern auch Quellenreproduktionen, Tabellen, Karten, Objekte et cetera, sagt schon viel aus.

I. Leipzig 1409: Gründung, Entfaltung und erste Reform

Der erste Band erzählt die gesamte Vormoderne von der Gründung 1409 bis 1830/31. Den Auftakt macht Enno Bünz und liefert unter dem Titel „Gründung und Entfaltung“ eine Geschichte der ersten 130 Jahre (S. 17-325). Der souveräne Überblick aus umfassender Quellen- und Literaturkenntnis gliedert sich in zwölf

¹⁴ MANFRED RUDERSDORF, Geschichte der Universität Leipzig in fünf Bänden, in: Häuser, Dokumentation (wie Anm. 5), S. 169-189.

Kapitel, die die gemeinsame Bandstruktur bereits prägnant entwerfen. Bünz, wie auch seine Mitverfasser, wissen, dass man eine Universität immer in Relation zu anderen sehen muss, durchaus in gewisser Konkurrenz (was nicht erst heute gefordert wird), und so setzt er, die Kapitel gleichsam flankierend, das kommende Leipzig von 1409 einerseits in die Landschaft der bereits bestehenden Universitäten, sowohl der europäischen Prototypen von Paris und Bologna als auch der bereits existierenden ‚deutschen‘ Universitäten von Prag bis Erfurt (Kap. I-II, S. 21-54), um andererseits nach mehr als einem Jahrhundert die Stellung der Leipziger Universität zwischen Territorium, Stadt und Kirche auszuloten sowie darüber hinaus ihre Stellung als sächsische Landesuniversität im Kreis der mitteldeutschen Weggefährtinnen und Konkurrentinnen zu erkunden (Kap. X, S. 269-301, XII, S. 321-325), bevor sie dann von Reform gefestigt mit großem Potenzial ins 16. Jahrhundert entlassen wird (Kap. XI, S. 301-321). Überhaupt hat man sich für die großen Reformen als Zäsuren innerhalb der Bände entschieden, womit man sinnvollerweise ähnlich entnationalisierend argumentiert wie etwa Walter Rüegg in seiner europäischen Hochschulgeschichte.¹⁵

Die Gründung der Universität wird von Enno Bünz als Abfolge mehrerer Phasen gedeutet (Kap. III, S. 55-80). Professoren und Studenten, die anlässlich des Kuttenberger Dekrets aus Prag ausgezogen waren, formierten in Leipzig eine *universitas magistrorum et scholarium*, ganz im Sinne früherer Gründungsanlässe europäischer Universitäten, und lieferten womöglich dadurch einen Anstoß. Diesen griff die inzwischen bedeutend gewordene Dynastie der Wettiner auf und beanspruchte mit der Universitätsgründung ihr Herrenrecht im Gleichzug mit den anderen großen Dynastien des Reiches, mit Luxemburgern, Habsburgern und Wittelsbachern, die bereits Universitäten in Prag, Wien und Heidelberg besaßen. Das ging zwar noch nicht ohne Papst, weshalb man sich sogleich um die legitimierenden Papstbulen bemühte, allerdings auffallend rasch. Man brauchte nur einen Sommer, um unter den günstigen beziehungsweise instabilen Bedingungen der Konzilszeit zu Pisa erfolgreich zu verhandeln und dann als privilegierte Volluniversität einschließlich der ‚heiklen‘ theologischen Fakultät (anders als zehn Jahre später in Rostock) starten zu können. Es mögen auch andere Städte als Universitätsstandorte im Gespräch gewesen sein, doch die wirtschaftsgeografischen, demografischen sowie pfründenkirchlichen Vorteile Leipzigs (wenn auch Letztere erst nach einer gewissen Anlaufzeit) lagen auf der Hand, wie bei allen diesen frühen Universitätsstädten, deren Erreichbarkeit einfach am günstigsten war. Die weiteren Kapitel handeln von Verfassung und Ordnung der Universität, von Rektorat und Verwaltung, von den vier Nationen und den vier Fakultäten (Kap. IV, S. 80-105), sodann von den Institutionen, von Magister-Kollegien und Studenten-

¹⁵ WALTER RÜEGG, Themen, Probleme, Erkenntnisse, in: Ders. (Hg.), Geschichte der Universität in Europa, Bd. 4: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, München 2010, S. 21-46, hier S. 22-25.

Bursen,¹⁶ von der Bibliothek sowie – sinnvollerweise in diesem Rahmen – von der Finanzierung, weil die ganz wesentlich mit diesen Institutionen verbunden war (Kap. V, S. 105-138). Der Abschnitt über die Universitätskanonikate an den nahen Domstiften (Merseburg, Naumburg, Zeitz, Meißen) und den Kollegiatstiftskirchen in Stadt und Region zeigt noch einmal wie wichtig neben den zumeist mageren fürstlichen Zuwendungen der frühe Schulterschluss der Universitäten vor allem nördlich der Alpen mit dem Papsttum und seiner Pfründenkirche gewesen ist, nicht zuletzt für die Schaffung von Abkömmlichkeit für eine gedeihliche gelehrte Arbeit. Ohne diese Verankerung der Professuren in der Kirche beziehungsweise in den kirchlichen Besitztümern wäre Universität damals und noch für Jahrhunderte nicht zu denken gewesen. Zusammen mit der Befreiung von der Residenzpflicht war sie das wichtigste sachdienliche und handfeste Privileg, das die Päpste der Universität mit auf den Weg gegeben haben.

Mit Recht nimmt das Kapitel über die Studenten, Magister und Professoren einen großen Raum ein (Kap. VI, S. 139-174). In dichter Beschreibung werden die äußeren und inneren Rahmenbedingungen des akademischen Lebens vom Herkunftsraum und der Frequenz bis zum studentischen Alltag skizziert.¹⁷ Eine geografische Darstellung des Leipziger Herkunftsraums, den man je nach Akzent zugleich als Mobilitäts- oder Wirtschaftsraum, Wissens- oder Kommunikationsraum beschreiben kann, ist 2009 noch nicht möglich gewesen, sonst hätte man beobachten können, wie sich hier ein überregionales Gebiet trotz vielfacher Konkurrenz aufgebaut hatte.¹⁸ Eigene Kapitel sind dem Lehrbetrieb gewidmet, den Vorlesungen, Disputationen, Prüfungen und Promotionen im Studium der Artes (Kap. VII, S. 174-218) sowie an den sogenannten höheren Fakultäten der Theologie, Jurisprudenz und Medizin (Kap. VIII, S. 218-257). Bünz ist es hier gelungen, auch das geistige Profil im interuniversitären Vergleich zu erfassen. Ein besonderes Kabinettstück ist schließlich die Skizze über den Leipziger Frühhumanismus um 1500 (Kap. IX, S. 257-268). Dieser erste Teil endet mit dem Reformvorhaben von 1502, einer groß geplanten Reform, in der sich der albertinische Herzog Georg

¹⁶ Wie sehr die Darstellung auch in diesem Fall von den vorbereitenden Studien in der Reihe der „Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ profitiert hat, zeigt sich z. B. an der Arbeit von BEATE KUSCHE, „Ego collegiatus“. Die Magisterkollegien an der Universität Leipzig von 1409 bis zur Einführung der Reformation 1539. Eine struktur- und personengeschichtliche Untersuchung (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte A/6), Leipzig 2009 [Diss. phil. Leipzig 2008].

¹⁷ Zur Stellung der Studenten in der Stadt und zur personellen Verflechtung von Stadt und Universität siehe in diesem Zusammenhang ALEXANDER SEMBDNER, Stadt und Universität Leipzig im späten Mittelalter (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte B/17), Leipzig 2010.

¹⁸ Zu Leipziger Szenarien siehe Repertorium Academicum Germanicum (RAG) unter <https://rag-online.org>. Als Beispiel RAINER CHRISTOPH SCHWINGES, The Repertorium Academicum Germanicum (RAG) and the Geography of German Universities and Academics (1350–1550), in: Peter Meusburger/Michael Heffernan/Laura Suarsana (Hg.), Geographies of the University (Knowledge and Space 12), Cham 2018, S. 23-42.

von Sachsen selbst engagierte, wohl auch, weil im ernestinischen Wittenberg Konkurrenz entstanden war (Kap. XI, S. 301-321). Die Reform fruchtete zunächst aber nicht, auch nicht ihr Wiederanstößen 1511, was nur die alte Einsicht bestätigt, dass Reformen immer von außen kommen und getragen werden müssen, wenn sie halbwegs erfolgreich sein wollen. Im Inneren fühlt sich oft niemand zuständig beziehungsweise zum Handeln aufgefordert – oder mit zeitgenössischen Worten: Niemand an der Universität wollte „der katzen dye schellen anhängen“ (S. 311). Eine Lösung fand sich erst, als sich Reformation und Reform verbänden.

II. Humanismus, Reformation und die Herrschaft der Theologen

Mit der „Weichenstellung für die Neuzeit“ setzt Manfred Rudersdorf seinen Part von der Reformation bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges fort (S. 327-515). Es ist zwar ein gängiges, aber durchaus angebrachtes Bild, um anzudeuten, dass der Weg auch hätte auf ein Abstellgleis führen können. Es war eine schwierige und zum Teil auch dunkle Zeit. Vermutlich hat der Verfasser auch deswegen ein eigenes Design der Gliederungsstruktur (obgleich man alles findet) für sich reklamiert. Geprägt war dieser Zeitabschnitt von Konfessionalisierung und Territorialisierung im ganzen Reich (Kap. I-II, S. 331-447). Die Landesherrn erkannten mehr als zuvor, dass man Universitäten auch als politische Instrumente und Personalreservoir zur Förderung der Staatlichkeit und der konfessionellen Einheitlichkeit ihrer Länder nutzen konnte. Für solchen Nutzen waren die beiden sächsischen Universitäten Wittenberg und Leipzig bereits frühe Beispiele. Unter Herzog Georg dem Bärtigen geriet Leipzig allerdings als altgläubige, traditionalistisch und ‚scholastisch‘ gebliebene Universität unter erheblichen Druck. Das Etikett der Rückständigkeit ist zwar nicht völlig falsch, war aber wohl auch der reformatorischen Propaganda geschuldet. Luther selbst hegte bekanntlich Groll gegenüber Leipzig. Rudersdorf kann wie zuvor schon Bünz aufzeigen, dass der Humanismus keineswegs in Leipzig gefehlt hat, nur hatte er es wie alles Neue nicht leicht. Immerhin wirkte hier ein Petrus Mosellanus und hinterließ bald einflussreiche Schüler. Die Distanz des altgläubigen Herzogs galt vor allem der humanistischen Bildungsreform, die von Melanchthon ausging und mit der Wittenberger Reformation verbunden war.

Mit dem Tod des Herzogs 1539 änderte sich alles. Unter seinen Nachfolgern Heinrich und vor allem Moritz und August von Sachsen gelang in mehreren Reformschritten und neuen Universitätsordnungen eine „Symbiose von reformatorischer Theologie und humanistischer Bildung“ (S. 511). Letztere war längst eine attraktive und breite bürgerliche Bildungsbewegung geworden, die dem akademischen Nachwuchs neue soziale Möglichkeiten in Kirchen, Schulen, städtischen und landesherrlichen Diensten bot, zu attraktiv, um von einer gut aufgestellten Handels- und Messestadt wie Leipzig ferngehalten zu werden. Melanchthons Wittenberger Bildungsprogramm wurde nun auch hier umgesetzt, getragen von

einem Netzwerk seiner Schüler und Kollegen, die aus der Universität heraus im Interesse der Herrschaft, des Landes und der städtischen Eliten handelten. Unter ihnen war Joachim Kammermeister gen. Camerarius († 1574) der herausragende Gestalter innerhalb wie außerhalb der Universität. Dieses Bildungsprogramm erwies sich in den folgenden Jahrzehnten als grundlegendes Erneuerungsprogramm struktureller und personeller Art. Mit Recht hat Rudersdorf darauf besonderen Wert gelegt und für sich in Anspruch genommen, die Funktion des Humanismus in Leipzig gegenüber bisherigen Darstellungen stärker zu berücksichtigen. Er kann auch zeigen, dass Theologen beziehungsweise orthodoxe Lutheraner und Humanisten nicht strikte Gegner waren; die Theologie sollte als reine Lehre des Glaubens nur nicht durch philosophische Disputationen verwässert werden.

Nur eines war der Humanismus sicher nicht: Er war kein Korrektiv im Machtkampf der verschiedenen protestantischen Richtungen, was Kurfürst August als „Theologengezänk“ abtat, kein Balsam gegen die strenge lutherische Orthodoxie, die sich gerade in Leipzig (stärker als im eher irenischen Wittenberg) zu einer „Herrschaft der Theologen“ aufschwang. Rudersdorf setzt zwar noch ein Fragezeichen hinter diesen Begriff (S. 446), obwohl seinem Text gemäß doch eher ein Ausrufezeichen nahegelegen hätte. Es waren Wissens- und Gewissenshardliner am Werk, was für viele Gelehrte und ihre Familien nicht selten übel ausgegangen ist. Man denke nur an den großen Mathematiker und Astronomen Georg Joachim von Lauchen gen. Rheticus, der das kopernikanische Weltbild in die Leipziger Universität gebracht hatte, aber Hals über Kopf fliehen musste. Anderen geschah Schlimmeres. Der Verfasser meint zwar, dass das weithin „pejorativ geprägte Bild der ‚lutherischen Orthodoxie‘“ auf „vereinfachenden, antagonistisch konnotierten Vorstellungen“ beruhe (S. 428). Dem kann ich jedoch nicht folgen. Gewiss ist stets zu historisieren. Doch mit dem anschließenden Hinweis darauf, dass „dieses System [...] eigene religiöse Lebens- und Auffassungsmuster (kultivierte)“, kann man schlussendlich alles entschuldigen. Die Macht der Theologen war deshalb so groß, weil sie multifunktional war. Die Professoren der theologischen Fakultäten beherrschten die Universitäten und über sie hinaus das öffentliche Leben. Denn sie besetzten zugleich die kirchlichen Ämter als Pfarrer und Prädikanten, Superintendenten, Visitatoren und Konsistorialräte. Sie dienten als Hofprediger und sie leiteten oft die vorbereitenden Lateinschulen beziehungsweise Gymnasien im Land, unter anderen die Schulen der Leipziger Nikolai- und Thomaskirche. So hatten sie größten Einfluss auf den geistlichen, hofrätlichen und pädagogischen Nachwuchs. Gefestigt waren ihre Positionen allerdings auch, wie Rudersdorf zeigen kann, weil die strengen Lutheraner vom sächsischen Landesadel gestützt wurden. Gemeinsam konnte man so die calvinistisch orientierte Reform Kurfürst Christians I. und seines Kanzlers Krell (1586–1591) abwehren, die sich in den Universitäten gegen die weitere lutherische Theologisierung des Studiums wandte (gemäß der strengen Ordnung von 1580), darüber hinaus allerdings auch eine antihabsburgische Umorientierung der traditionellen sächsischen kaisertreuen Politik bedeutet hätte. Sie endete als folgenloses Zwischenspiel, für den ehemaligen Kanzler aber tödlich.

Am stärksten sind die Teile, welche die Universität in der engen Verflechtung mit ihrer sozialen, staatlichen wie städtischen Umwelt präsentieren, doch sind selbstverständlich auch jene Kapitel zu Universitätsinterna höchst willkommen (Kap. II-III, S. 392-486). Reformation und Reformen brachten schließlich tiefgreifende Veränderungen der Statuten, der Infrastrukturen, des akademischen Lebens für alle mit sich, allein schon, dass das traditionelle Gemeinschaftsleben in den Magisterkollegien und Studentenbursen aufgehoben wurde, die Kollegiaten trotz beträchtlichen Widerstandes heiraten und privat wohnen durften. Alle vier Fakultäten waren in ihren Curricula mehr oder weniger stark betroffen, am wenigsten die juristische, am meisten die artistisch-philosophische Fakultät, die nicht nur traditionell die größte, sondern auch die ‚unruhigste‘ war. Neue Professuren wurden eingerichtet, die Universität aus den säkularisierten Kirchen- und Kloster-
gütern neu fundiert. Neue Kollegiengebäude beziehungsweise Erweiterungen entstanden. Ein Stipendiensystem wurde errichtet, dass nicht nur den Studierenden, sondern auch bereits den Schülern der neuen Landesschulen (Fürstenschulen) zugutekommen sollte.¹⁹ Allerdings unterlag der Finanzfluss trotz aller Reformfreude, wie überall so auch in Leipzig, den Bedingungen der vormodernen Subsistenzwirtschaft. Leipzig zählte zwar schon in den mittelalterlichen Jahrzehnten zu den frequenzstärksten deutschen Universitäten, hielt diese Position, wahrscheinlich infolge der Reformen seit 1539, aber weiterhin aufrecht (Kap. III-IV, S. 447-508). Die gute Besucherstatistik sollte sich auch im 17. Jahrhundert und selbst unter den Bedingungen des Dreißigjährigen Krieges fortsetzen. Stolz feierte man 1609 das Zweihundertjahrjubiläum. Merkwürdig eigene Wege verfolgte die studentische Kultur mit ihrem reichlich groben und rohen Pennalismus, der so ganz der strengen Moral des orthodoxen Luthertums widersprach. Hier suchte sich die Jugend des konfessionellen Zeitalters wohl ein Ventil. Insgesamt hat die Leipziger Universität die Kriegszeiten trotz beträchtlicher Kriegsschäden, Kontributionen und schwedischer Besatzung bis 1650 relativ gut überstanden, ohne ihren Bildungsbetrieb je einstellen zu müssen. Die Universitätsverantwortlichen sangen ein „Te deum laudamus“ und setzten zunächst einmal auf stabile Kontinuität, die, so Rudersdorf (S. 508), den nächsten Wandel in Richtung Aufklärung aber nicht grundsätzlich behindern sollte. Ein Schlusskapitel (Kap. V, S. 508-515) resümiert die Universitätsentwicklung in diesem so stark theologisch-konfessionell geprägten Zeitalter noch einmal kenntnis- und verständnisvoll in zehn Thesen – als „Zwischenbilanz“.

¹⁹ Als Spezialstudie erschien dazu THERESA RATAJSZCZAK, Landesherrliche Bildungspolitik und bürgerliches Mäzenatentum. Das Stipendienwesen an der Universität Leipzig 1539–1580 (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte B/14), Leipzig 2009.

III. Von Aufklärung, Stutzern und dem Weg zur Reform

Im dritten Teil dieses ersten Bandes berichtet Detlef Döring über die „Anfänge der modernen Wissenschaften“, die er für Leipzig in die Zeit von 1650 bis 1830/31, von der Aufklärung bis zur großen Universitätsreform ansiedelt (S. 517-771). Auch in diesem Teil zeigt sich die Stärke des Unternehmens, die Geschichte der Universität konsequent in die des Landes und der Universitätsstadt einzubeziehen, bevor die Interna zur Sprache kommen. Gleich in den ersten drei Abschnitten schildert der Autor wohl abgewogen und durchaus kritisch – übrigens in eleganter Sprache – die „Geschicke“ der Universität in Sachsen, in Leipzig und innerhalb der deutschen Universitätslandschaft zur Zeit der Aufklärung (Kap. I-III, S. 521-583). Es ist ein schönes Stück Verflechtungsgeschichte. Für die Leserschaft ist es so, als blicke sie mit der Universität als handelnde und mitleidende Größe auf Stadt und Land. Mit Recht wird zunächst der älteren Charakterisierung Sachsens und damit auch Leipzigs in der borussisch geprägten Geschichtsschreibung als gegenüber Preußen minderrangig und „schlaffes Regiment“ (Heinrich von Treitschke) entgegengetreten. Bemerkenswert (für einen Außenstehenden), wie sich antipreußische Gefühle in Sachsen noch bis heute unterschwellig zu halten scheinen. Absicht ist, auf kritische Weise und damit völlig legitim, Sachsen den historischen Rang zurückzugeben, den es als führender deutscher Kurstaat vor allem in der Verbindung mit Polen (1697–1763) bis zum Ausbruch des Siebenjährigen Krieges hatte. Bis dahin war Sachsen ein führendes Land in Europa – in Wirtschaft, Handel, Messen, Bergbau, Künsten und Wissenschaften, Buchdruck und Verlagswesen, ein Land im Wohlstand mit einem prächtigen Hof in Dresden und einer stark frequentierten Universität, die überregional zu rekrutieren verstand.

Geist und Geld sind keine Gegensätze, im Gegenteil, Studierende und Gelehrte folgen dem Geld. Das war schon in den großen mittelalterlichen Universitäten so. Zur Sprache kommen die Aufbauleistungen nach dem Dreißigjährigen Krieg, die wiederholten Krisen aus verschiedenen Ursachen, der Wiederaufbau des Landes nach dem Siebenjährigen Krieg durch das in der Forschung freilich in den Folgewirkungen umstrittene sogenannte Rétablissement sowie der zähe Neubeginn nach den napoleonischen Kriegen, in denen Sachsen und besonders Leipzig Kriegsschauplatz beziehungsweise Hauptlazarett waren, und die am Ende Sachsen territorial arg geschrumpft zurückließen. Mit erheblichem Reformstau in Verfassung und Universität ging man ins 19. Jahrhundert. Immerhin wurde 1811 der Eid der Professoren auf die *Confessio Augustana* (*invariata*), der seit der Reform von 1580 grundsätzlich als Bollwerk der Rechtgläubigkeit bestanden hatte, aufgehoben. Dieser Eid offenbarte immer wieder diffizile Probleme, seit der Dresdner Hof mit August dem Starken bei Annahme der polnischen Krone 1697 katholisch geworden war. Auch das große Universitätssterben um 1800 hatte man überstanden, geriet dann aber wie andere Universitäten unter politischen Druck. Erst das Jahr 1830 sollte eine Wende einleiten, als sich der Wille zu Reformen Bahn brach.

Mit dieser Sicht auf die äußeren Verhältnisse, die ein Verstehen der Leipziger immer wieder krisenhaft unterbrochenen, zuletzt auch stagnierenden Entwicklungen erreichen wollen, gelingt es dem Autor, die alten Meistererzählungen von Halle über Göttingen bis Berlin als Prototypen der Moderne kritisch zu hinterfragen und neu zu bewerten. Döring schreibt auch gegen das Buch von William Clark an, der Leipzig als „Hort von Scholastik und Orthodoxie“ erklärt und zum Gegenbild der Forschungsuniversität stilisiert.²⁰ In der Folge der Neubewertung kann schließlich auch aus Leipziger Optik zur Demontage des inzwischen hinreichend bekannten ‚Mythos Humboldt‘ beigetragen werden. So richtig das ist, so sehr ist freilich zu berücksichtigen, wie der Autor selbst weiß, dass die Forschung zur Leipziger Universitätsgeschichte (und nicht nur zu dieser) für den Zeitabschnitt vom 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert noch nicht allzu weit gediehen ist, auch jetzt noch nicht mehr als zehn Jahre nach Erscheinen des Bandes. Döring selbst hat aber durch seine zahlreichen Vorarbeiten schon mehr als begonnen, die Lücken zu füllen.²¹

Die innere Geschichte der Leipziger Universität wird in sechs weiteren Kapiteln dargestellt: Verfassung, Studenten, Lehrkräfte, Bibliotheken, Sammlungen, Forschungsreisen und Sozietäten, der Lehrbetrieb und die Entwicklung der Fächer in der noch immer traditionellen Vier-Fakultäten-Universität. Aus dem umfangreichen Text und der Fülle der Beobachtungen kann man nur subjektiv auswählen. Unter dem Titel „Verfassung“ (Kap. IV, S. 583-594), einem kurzen, aber gewichtigen Text, ist erwartungsgemäß von Rektoren, Dekanen und anderen universitären Ämtern die Rede, dazu von den vier Nationen, die im engeren deutschen Raum ein Leipziger Alleinstellungsmerkmal von 1409 bis 1830 gewesen sind (nur in Wien hielten sie sich bis 1849). Sie wurden zäh verteidigt, weil sie Stipendien gerade für Nichteinheimische zu vergeben hatten und so den überregionalen Rang der Universität zu sichern halfen. Protektionistisch, aber effektiv war das Institut der *Magistri nostri*, die Bevorzugung der in Leipzig promovierten Magister der artistisch-philosophischen Fakultät, das sich seit dem Mittelalter ebenfalls zäh gehalten hatte. Mit ihm verbanden sich schlicht und einfach verschiedene Privilegien für die Karrieren. Auch an anderen Universitäten kam es zur Durchbrechung des alten Grundsatzes (Privilegs) der ubiquitären Lehrerlaubnis aus der Entstehungszeit der europäischen Universitäten, bekannt als *licentia ubique docendi*, nur nicht in dieser Leipziger Konsequenz.

Einiges erfährt man auch zur ‚Verfassungskultur‘ in Leipzig, zum manchmal engen Verhältnis zwischen Stadt und Universität bei entsprechender Juristen-

²⁰ WILLIAM CLARK, *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago 2006.

²¹ Siehe die Bibliografie in diesem Band; für die vorstehenden Kapitel besonders DETLEF DÖRING (Hg.), *Universitätsgeschichte als Landesgeschichte. Die Universität Leipzig in ihren territorialgeschichtlichen Bezügen* (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte A/4), Leipzig 2007. Zur Würdigung von Detlef Döring siehe MANFRED RUDERSDORF, *In memoriam Detlef Döring (1952–2015)*. Nachruf, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 86 (2015) S. 247-253.

dichte, zu Kleider- und Rangordnungen beziehungsweise Rangeleien, zu Riten und Titulaturen. Ein spezielles Verfassungsgewicht hat freilich die Problematik des Verhältnisses zwischen staatlichen Herrschaftsträgern und Universität, die zu den Kontinuitäten der Universitätsgeschichte gehört. Das Pochen auf Autonomie ist so alt wie die Universität selbst, der Versuch, diese zurückzudrängen ebenso, besonders virulent freilich im Zuge frühneuzeitlicher Herrschaftsverdichtung, wenn, wie im Falle Sachsens, auch noch konfessionelle Differenzen zwischen Hof und Universität hinzutraten. Leipzig wehrte sich nach 1650 und noch einmal 1709 gegen die Eingriffe des Landesherrn (Lehrstuhlbesetzungen, Visitationen, lästige Fragenkataloge) mit einem sehr mittelalterlichen Instrumentarium, kurioserweise mit einer veritablen Urkundenfälschung zugunsten eines angeblichen Privilegs Kaiser Karls V., erfolglos allerdings. Welch hohes Gut den Sonderrechten zugemessen wurde, sollte sich, so Döring, noch einmal anfangs des 19. Jahrhunderts zeigen, als man sich ebenfalls sehr mittelalterlich trotz lutherischer Konfession wieder auf die päpstliche Bulle von 1409 berief, um die Unabhängigkeit vom Landesherrn zu beweisen (S. 586 f.). Diese machte allerdings halt, wenn es um ökonomische Verhältnisse ging, doch sind diese allgemein und besonders bezüglich Leipzig noch wenig erforscht.

Um Kleiderordnungen haben sich Studierende nie foutiert. Bekannt ist aus der Literatur der Leipziger „Stutzer“, der à la mode einherstolzierte und amourösen Abenteuern nachjagte. Ob der Leipziger Student „Galan oder Pauper“ war, fragt der Autor in einem schönen Überblick über studentisches Leben (Kap. V, S. 594-625). Es ist der gelungene Versuch einer zeitgemäßen Sozial- und Kulturgeschichte jenseits der gängigen Klischees, auch wenn die Forschung dazu noch nicht sehr weit gediehen ist. Was man weiß (und noch nicht weiß), ist hier zusammengetragen, wobei Vieles noch stark an mittelalterlich-vormoderne Verhältnisse erinnert (auch eine Form von Kontinuität): Immatrikulation, Eidesleistung und Gebühren (oder Befreiung als *pauper*), Frequenz und Studiendauer, geografische und soziale Herkunft, Adelsstudium beziehungsweise Adel und Wissenschaft (im 18./19. Jahrhundert offenbar nicht ganz Göttingen überlassen), laxer Zugangs- und Studienbedingungen und die Organisation des Studiums (es gilt noch immer, was Philipp Jakob Spener seinem Sohn damals geraten hat: *non multa sed multum* zu studieren, S. 600). Ferner erfährt man Einiges über Studienkosten, Unterkunft und Lebenshaltungskosten (Leipzig als Handels- und Messestadt war offenbar ein teures Pflaster), über kurfürstliche und private Stipendien und Freitische, über Möglichkeiten etwas dazuzuverdienen als Hauslehrer, Hofmeister oder als Übersetzer im Leipziger Verlagswesen und selbstverständlich auch über die mannigfachen Formen der Freizeitgestaltung in und im Umkreis der Stadt. Auch von Gewaltausbrüchen zwischen Studenten und Stadtknechten hört man immer wieder.

Ebenso lesenswert ist das Kapitel über die Lehrkräfte, ordentliche und außerordentliche Professoren und die vielen schon erwähnten *Magistri nostri* als Leipziger Besonderheit (Kap. VI, S. 625-647). Lob und Schelte – Konstanten der

Studenten- und Professorengeschichte – sind natürlich auch versammelt, so wie die zum Teil kritischen Berichte über Einkommen und Tätigkeiten, universitäre und außeruniversitäre, die bei den Angehörigen der höheren Fakultäten (Medizin, Jus, Theologie) oft mehr einbrachten als die akademische Lehre. Besonders erwähnt seien die Ausführungen über die verheirateten Professoren, ihr Familienleben, ihre Ehefrauen und Töchter, die neben der Haushaltsführung oft gelehrte Damen waren und ihre Männer unterstützten, die als „gelehrte Frauenzimmer“ quasi zu festen Größen der Gesellschaft wurden. Solches erfährt man in früheren, oft rein institutionenbasierten Universitätsgeschichten eher selten.²² Die typische frühneuzeitliche „Familienuniversität“ scheint in Leipzig nicht sehr ausgeprägt gewesen zu sein. Stadt und Universität waren wohl zu groß, der Einzugsbereich zu weiträumig und Möglichkeiten zum Einheiraten in städtische Familien, in Kaufmanns- und Ratsfamilien zu vielfältig.

Im Zusammenhang mit Studenten und Professoren sind auch die Darstellungen der Sammlungen höchst willkommen (Kap. VII, S. 647-670), der öffentlichen und privaten Bibliotheken, der Naturalien- und Kunstkammern, der Gärten und der gelehrten Gesellschaften, der Kränzchen und Salons, welche die Kultur- und Sozialgeschichte der Zeit sehr lebendig widerspiegeln. Das gilt auch für den „schier ewigen“ Lehrbetrieb (Disputationen, Vorlesungen, Examen und Promotionen, Studiendauer und Ferien (Kap. VIII, S. 671-688). Ein spezielles Problem in Leipzig war im 18. Jahrhundert die Promotion Andersgläubiger. Hier gab man sich zurückhaltender als an anderen Universitäten (auch gegenüber Medizinerinnen) und zog es vor, entsprechende Anfragen des Dresdner Hofes, der sich moderater zeigen wollte, nur zögerlich oder gar nicht zu beantworten.

Last but not least sei auf die Geschichte der wissenschaftlichen Disziplinen hingewiesen, deren Entwicklung Döring notgedrungen kurz, aber sehr umsichtig skizziert (Kap. IX, S. 688-771). Auch wenn man erst im frühen 19. Jahrhundert die Moderne langsam aufscheinen sah, seien Neuerungen auch aus Leipziger Optik schon früher möglich gewesen, aber sie durften den Rahmen der Fakultäten und die Hegemonie der Ordinariate nicht sprengen. Ihr Platz waren nicht die öffentlichen *collegia*, sondern die privaten Veranstaltungen. Allerdings waren die Widerstände groß, oft nicht einmal in der Sache selbst als vielmehr im sozialen und vor allem ökonomischen Interesse der Beteiligten, und oft fehlte es an fachlicher und personeller Kontinuität. Ohne anordnende Nachhilfe des Landesherrn beziehungsweise der Regierung wäre oft nichts zustande gekommen, schon gar nicht, wenn es galt, aus dem Angebot einen Lehrstuhl mit Sitz und Stimme im *concilium professorum* zu machen. Unter den Theologen verloren sich im Aufklärungsjahrhundert allmählich die Richtungsstreitereien (Synkretismus, Pietismus), die man aus heutiger Sicht nur noch historisch verstehen kann. Die Juristenfakultät profitierte erheblich nicht zuletzt für ihre Absolventen vom Vorhandensein der ande-

²² Weiterführend nun THERESA SCHMOTZ, Die Leipziger Professorenfamilien im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Studie über Herkunft, Vernetzung und Alltagsleben (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 35), Leipzig 2012.

ren Gerichte, dem städtischen Schöppenstuhl und dem Oberhofgericht, die beide Praxisbezug versprochen.

Die meisten Veränderungen gab es in der Medizinischen Fakultät, insbesondere aber in der (immer schon ‚unruhigen‘) Artistischen Fakultät, die sich zur Philosophischen wandelte, den dienenden Charakter als ‚Magd der Theologie‘ ablegte und ein breiteres Fächerangebot anstrebte. Die Medizin glänzte ebenfalls durch Praxisbezug sowohl in etablierten als auch in neuen Disziplinen. Forensik und Psychiatrie sind zu nennen, auch die Homöopathie, die mit Samuel Hahnemann von Leipzig ausging, ferner Gynäkologie und Geburtshilfe, Biologie und Chemie; letztere war auch wichtig für das sächsische Montanwesen. In der Philosophischen Fakultät fand die althergebrachte aristotelische Schulphilosophie gegen Ende des 17. Jahrhunderts immer weniger „applausum“ (S. 727) zugunsten einer rationalistischen Philosophie, die mit den Namen von Gottfried Wilhelm Leibniz und Christian Wolff verknüpft ist. Sie stieß bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts auf heftigsten Widerstand der Theologen, nicht nur in Leipzig. Zu den anderen Fächern, die sich aus dem alten Kanon allmählich verselbstständigten, gehörten etwa die Geschichtswissenschaft und in ihrem Kontext vor allem die hof- und adelsrelevante Heraldik sowie die Zeitungswissenschaft, die Kunstgeschichte und Archäologie, ferner die Alt- und Neuphilologien, darunter auch deutsche Sprache und Literatur (Johann Christoph Gottsched) sowie aus der klassischen Philologie entwickelt Orientalistik, Byzantinistik und Ägyptologie. Die Naturwissenschaften, die noch bis ins 20. Jahrhundert in der philosophischen Fakultät angesiedelt waren, vollzogen den Übergang vom Schriftenstudium zum Experiment. Das wirkte sich auf alte wie neue Fächer aus, auf Astronomie und Mathematik, auf Physik (Elektrizität als Modewissenschaft der Zeit), auf Geografie, Technik- und Montanwissenschaften, schließlich auch auf die Kameralwissenschaft, die spätere Ökonomie, die Statistik sowie die Agrar- und Forstwissenschaften. Alle zusammen, so möchte man Döring gerne folgen, lieferten spezifische Leipziger Beiträge.²³

IV. Von Renitenten und Konformisten, von Bürgertum und Glanzzeit

Der zweite Band der Jubiläumsausgabe ist dem 19. Jahrhundert gewidmet, der Zeit von 1830/31 bis 1909. Hartmut Zwahr verfolgt in seinem umfangreichen Teil unter dem Titel „Im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft“ die Geschichte der Universität von der Reform 1830/31 bis zur Reichsgründung 1871 (S. 15-547). Schon seine „Historiographischen Vorbemerkungen“ (S. 19-23) lassen erkennen, dass sein Part angesichts der Literaturlage insbesondere für das Personal einschließlich der Studierenden vor allem auf Quellen des Universitätsarchivs beruht.

²³ Näheres erfährt man auch aus den Bänden 4.1-4.2 (wie Anm. 3) sowie aus dem Katalog- und Essayband DÖRING/HILLER VON GAERTRINGEN/HOLLBERG/RODEKAMP, *Erleuchtung der Welt* (wie Anm. 11).

Herausgekommen ist eine ungemein dichte Beschreibung, was zwar mehr oder weniger für alle Beiträge im Werk gilt, doch hier ganz besonders. Verfassungs- und Verwaltungsvorgänge im Reformprozess sowohl von staatlicher, städtischer wie universitärer Seite sind immer wieder geschickt personalisiert, minutiöse Abläufe aus den Akten heraus mit Berichten, Stellungnahmen und Lebenserinnerungen höchst lebendig durchsetzt worden. Nur eine der begleitenden Stimmen war zum Beispiel aus dem Kreis der Reformen überaus prägnant und weitsichtig, die des ordentlichen Professors für Mathematik und Philosophie (alter Stiftung) Moritz Wilhelm Drobisch, übrigens auch einer der ersten, die sich um eine fachliche Universitätsgeschichte bemühten, speziell um ihre statistischen Grundlagen, lange vor Franz Eulenburgs Frequenzanalysen (1904).²⁴ So ist es regelrecht spannend, das nicht selten widersprüchliche und auf längere Sicht zermürbende Ringen um Reformgeschäfte – eingeteilt in insgesamt neun Kapitel, hier nur integral wiedergegeben – mitverfolgen zu können, jedenfalls solange, bis der Autor klugerweise selbst durch Sätze wie diesen: „Das Ringen um eine Neuregelung dauerte Jahre“ (S. 92), der Ermüdung vorbeugt.

Die Reform von 1830/31, die Reorganisation der Leipziger Universität, begann mit einem Paukenschlag in Form einer Kabinettsorder, die Rektor und Universität vor vollendete Tatsachen stellte, „vor den tiefsten Strukturbruch in der Geschichte der Universität“ (S. 23). Die alte Nationenverfassung, die im engeren deutschen Raum nur noch singulär war, wurde aufgehoben, die Fonds der Nationen (deswegen bisher zäh verteidigt) wurden enteignet. Auch das *concilium professorum* (und andere *concilia* mehr) der ordentlichen Professoren ‚alter Stiftung‘ wurde aufgehoben. An seine Stelle trat der akademische Senat, dem alle ordentlichen Professoren, ‚alter‘ und ‚neuer Stiftung‘ angehören sollten. Die Ordinarien-Universität war geboren, allerdings noch in Ungleichheit der Berechtigungen, was schon an den Bezeichnungen ‚alter‘ und ‚neuer Stiftung‘ abzulesen war. Vorerst völlig auf der Strecke blieben einmal mehr die Extraordinarien und Privatdozenten. Doch der staatliche Vorstoß erfuhr Widerspruch, sogar massiven Widerstand. Man sah die althergebrachte Autonomie untergraben und reagierte durch Verschleppen, Verzögern, Nichtstun. Da griff der Staat ein (Hartmut Zwahr spricht oft von der „Staatsmacht“), ordnete „allerhöchst“ an oder befahl durch eigens beauftragte „Bevollmächtigte“, zum Teil auch auf persönlich schroffe Weise. Es schien kaum noch Platz für ein Aushandeln zu geben. Im Rückblick meinte dazu Drobisch: Man sehe an 1830, wie wenig herauskomme, „wenn eine Corporation nicht bei Zeiten selbst Hand zu ihrer Regeneration“ biete (S. 29, noch einmal S. 81).

Hinter dem Pochen auf die alte Autonomie standen indessen erhebliche Eigeninteressen. Es ging um Privilegien, Würden, Ehre beziehungsweise Ehrverletzun-

²⁴ MORITZ WILHELM DROBISCH, Die Frequenz der Universität Leipzig in ihrer ältesten und jüngsten Zeit, in: Berichte über die Verhandlungen der Kgl. Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig, phil.-hist. Klasse 21 (1869), Heft 3, S. 119-146, mit Vorstudien bereits 1848 und 1849 in diesen Berichten.

gen, vor allem aber um Besitzstandswahrung der ordentlichen Professoren (alter Stiftung), was durchaus verständlich war, solange der Staat nicht die notwendigen Finanzmittel von sich aus vollumfänglich bereitstellte, man noch auf geldwerte Zuflüsse und Naturaldeputate zum Beispiel aus den Universitätsdörfern (die Universität war noch Grundherr) angewiesen war. Aus einer vielhundertjährigen Vergangenheit wusste man, dass man nichts verloren gibt, solange es nicht verloren ist. Nur eine Senatsminderheit (9 von 32 Senatoren, S. 61-63) erkannte den Wandel von Staat und Gesellschaft ab 1830, darunter Drobisch, und anerkannte den Strukturbruch, den die Universität als Landesuniversität in einem Verfassungsstaat und einer mehr und mehr bürgerlichen Gesellschaft durchleben sollte. In den weiteren Kapiteln folgt eine Geschichte der Reformen, der institutionellen, wissenschaftlichen und personellen Entwicklungen in allen Facetten gemäß der Gesamtstruktur des Jubiläumswerkes, eine Geschichte von Voranschreiten und Rückstau, Unverständnis, Renitenz und definitiver Entscheidung. Sie bleibt aber nirgends universitätsimmanent. Zwar hat diese Geschichte vielmehr beziehungsreich in die des Landes, der Stadt und der frühliberalen, bürgerlichen Bewegungen eingebettet: von den Juni-Tumulten 1830 über die zum Teil auch blutig endenden revolutionären Aktionen in Vormärz und März 1848, über die Restaurationszeit, über die Kriege von 1864 und 1866 sowie die Vereinnahmung Sachsens durch Preußen, bis hin schließlich zum deutsch-französischen Krieg und zum Aufgehen des Königreichs Sachsen im Kaiserreich und dem deutschen Nationalstaat von 1871.

Zwischen 1830 und 1835 musste vonseiten der Universität nicht nur das Misstrauen gegenüber der Regierung, sondern auch ein gewaltiger Reformstau abgebaut werden. Zuallererst war eine leistungsfähige Verwaltungs- und Haushaltsreform in Angriff zu nehmen. Es ist das besondere Verdienst des Autors, aus den Quellen heraus einen Abriss moderner Finanzgeschichte der Universität quasi nebenbei geliefert zu haben, ausgehend von der Bereitschaft des Staates, Einkünfte und Ausgaben miteinander zu verrechnen und die Differenz auszugleichen. Er verlangte dafür aber die Aufstellung eines Finanzplans, in dem neben den Betriebskosten auch alle „Fisci“ und Einkommensarten einschließlich der Naturalien auftauchten. Unter dem ständigen staatlichen Druck stieg die Arbeitskadenz von Rektor und Senat enorm an. Eine interessante Beobachtung zeigt, dass dieser zwischen 1830 und 1835 jährlich 14-mal tagte (S. 91). Die Vorteile, die in der Übernahme der Finanzverwaltung durch den Staat entstanden, die Etatisierung auch der Besoldung, auf deren pünktliche Auszahlung man sich erstmals wirklich verlassen konnte, hat zwar der antireformerische Senat zunächst nicht sehen wollen; schließlich haben sie aber mehrheitlich doch zum Stimmungswechsel beigetragen. Von einer Gleichheit der Besoldung konnte natürlich keine Rede sein. Dem Besoldungsetat vom September 1834, dem ersten überhaupt in Leipzig, kann man entnehmen (wertvolle Tabellen S. 131 f.), dass Theologen und Juristen die Verlierer der staatlich garantierten Besoldung waren; allerdings hatten sie oft hohe Nebeneinkünfte. Gewinner waren die Mediziner und vor allem die Professoren der phi-

losophischen Fakultät, insbesondere in den Fächern der Naturwissenschaften, die jetzt einen verstärkten staatlich geförderten Aufschwung erlebten. Der Staat, das „Cultus-Ministerium“, hatte mit diesem Etat ein außerordentlich wichtiges Steuerungsinstrument in die Hand genommen. Es konnte das Gehalt mit jedem Alt- oder Neuberufenen persönlich aushandeln, Leistungen honorieren, Exzellenz und wissenschaftliche Innovationen und neue Fachgebiete fördern, allerdings damit auch gesellschaftliche Stellung, Rang und Unabhängigkeit mitbestimmen. Man schaute längst über die Landesgrenzen hinaus. Die Beobachtung der Frequenz wurde dazu ebenfalls ein probates Mittel. Nur die Religion blieb vorerst noch ein wissenschaftsfremdes Kriterium: Katholiken und Juden konnten zwar in Leipzig studieren, aber sich nicht habilitieren und damit kein Lehramt erwerben. Das sollte sich erst nach 1867 durch das „Gesetz zur Gleichstellung aller Religionen in Sachsen“ ändern.

Neben der „Leistungsverwaltung“ (S. 123) gab es noch mehr auf den Reformweg zu bringen: Die Universität, bis dahin ein eigener Rechtskreis, war aufgrund der neuen Städteordnung in die Stadtgemeinde einzugliedern, wobei ihr die aufstrebende Wirtschafts- und Messemetropole zwar zur Seite stand, aber dennoch waren jetzt von den Universitätsleuten Steuern zu zahlen. Die Agrarreform bedingte die Auflösung der jahrhundertealten Grundherrschaft über die Universitätsdörfer. Die Universitätsgerichtsbarkeit sollte enden und damit das patriarchalisch-erzieherische Verhältnis zur Studentenschaft. Zusammen mit Staat und Stadt waren Universitätsneubauten zu realisieren, um aus der wachsenden vor-modernen Raumnot auszubrechen und neuen Hörsälen, Instituten, Laboratorien, Bibliotheken, Kabinetten und Sammlungen Platz zu schaffen. Und schließlich ging es um die Neuordnung von Studium und Lehre, einschließlich einer neuen Stipendienordnung (1834). Auch hierbei gab das Ministerium den Ton an, wenn verbindliche, zeitlich getaktete Studienpläne eingerichtet, seminaristische Lehrformen und ein geordnetes Prüfungswesen eingeführt und die Studierenden, abseits einer „Wissenschaft des Lehrbuchs“ (S. 75), zu wissenschaftlichem Streben angehalten werden sollten. Ein Studium sollte eine planbare Größe werden. Solche Forderungen fußten auf einem inzwischen veränderten Wissenschaftsverständnis, von dem Ministerium und Universität gleichermaßen ergriffen wurden. Es ist nur eine *Petitesse*, welche Hartmut Zwahr neben den großen Linien aufgefallen ist, aber ein schönes Bild für das neue Verständnis: Die Anordnung zum 1. April 1832, „die Universitätsbibliothek täglich zu öffnen“ (S. 141). Eine jüngere Generation von Professoren stellte die ‚Universität als Korporation‘ neben die ‚Universität als wissenschaftliches Institut‘, an dem man durch freies Experimentieren, Beobachten, Entdecken und Diskutieren, durch Leistung und Wettbewerb teilhat. Dass diese, anfangs noch überschaubare Generation für Reformen aufgeschlossen war und darin auch ihre Chancen sah, versteht sich. Die Eisenbahn wurde zu ihrem Symbol.

Die Reformen haben einerseits geistige Öffnung und wissenschaftliche Bewegungsfreiheit gebracht, haben andererseits aber die Universität in den Staat einge-

gliedert und die Professoren je länger je mehr zu „Staatsdienern“ gemacht. Doch das Regieren auf dem Verordnungsweg, die Konfrontation von Staat und Universität führte unter dem Eindruck der Freiheitserlebnisse 1848/49 zur politischen Spaltung des Senats in „Konformisten und Renitente“. Getragen von der Politisierung der Öffentlichkeit, an der die Studenten, die Burschenschaften, Landsmannschaften, Corps und Nichtverbindungsstudenten schon lange ihren Anteil hatten, ebenso wie das städtische, oft universitätsnahe Bildungsbürgertum gerade in Leipzig, waren die renitenten Senatoren und Professoren nicht mehr zur Unterordnung bereit. Zwar hat den Aktionen der Studierenden und Bürger viel Aufmerksamkeit geschenkt. Der Streit entzündete sich äußerlich an der Reaktivierung der Stände auf dem Landtag, die man für ungesetzlich in einem Verfassungsstaat hielt und die inzwischen der nationalen Idee zuwiderlief; innerlich am Versuch des Ministers (Friedrich Ferdinand von Beust), die Macht der Ordinarien zu brechen und im sogenannten kleinen Senat auch Extraordinarien Sitz und Stimme zu geben. Auf den Widerstand antwortete die Regierung mit Suspendierungen, in einigen Fällen auch mit Entlassungen, unter anderen von Theodor Mommsen, der dann seine Karriere über Zürich in Berlin fortsetzte, von Leipzig aber später als dem „verlorenen Paradies“ gesprochen hat (S. 409).

Aus dem Konflikt ging die Universität indessen gestärkt hervor. Unter den „Renitenten“ befanden sich die Reformer von 1830/31, die gleiche jüngere Generation, die für Wandel ohnehin aufgeschlossen war und oft über ein höheres wissenschaftliches Ansehen verfügte, was ihr Unabhängigkeit und ein minderes Risiko gegenüber staatlicher Macht verlieh (S. 420 f.). Seit Dezember 1855 kam es unter einem neuen kongenialen Kultusminister (Paul von Falkenstein) zur Aussöhnung zwischen Staat und Universität, womit, so Zwar, die Glanzzeit der Leipziger Universität mindestens bis 1866 begann. Sie wird im Überblick der Fakultäten einschließlich der sozialen Bedingungen im Rhythmus der Neuberufungen, des wachsenden Personal- und Institutsbestandes (Tabellen) sehr eindringlich beschrieben (S. 485-488). Dem Minister gelang es in diesen Jahren im Zusammenspiel mit Rektor und Fakultäten, bedeutende Gelehrte von (späterem) Weltruf an Leipzig zu binden, zum Beispiel Wilhelm Roscher (1817-1894), der als Begründer der sogenannten älteren Schule der deutschen Nationalökonomie bekannt geworden ist.

V. „Landesuniversität mit Weltgeltung“

Unter dem programmatischen Titel „Landesuniversität mit Weltgeltung“ verfolgt in diesem zweiten Band Jens Blecher die Geschichte der „Alma mater Lipsiensis zwischen Reichsgründung und Fünfhundertjahrfeier 1871-1909“ (S. 549-838). Der Autor beginnt mit einem profunden Überblick über die allgemeine Entwicklung im gewählten Zeitrahmen in „Leipzig, Sachsen, Deutschland“ (Kap. I, S. 553-573) und beendet seinen Part mit einem Blick auf und in das Universitätsjubiläum

von 1909 (Kap. VII, S. 809-838), einem gefühlten Höhepunkt der 500-jährigen Geschichte, nicht nur in den Augen der Zeitgenossen. Denn er kann dieses Hochgefühl aus den archivalischen Quellen heraus erstmals für Leipzig auch empirisch, statistisch untermauern. Die Zeit nach 1871 ist in Deutschland ganz allgemein im Sinne nationaler Erfüllung, wirtschaftlicher und kultureller Prosperität eine erfolgreiche, geschlossen wirkende Zeit gewesen. Universitäten und Wissenschaften haben ihren Beitrag geleistet, worauf man in Staat, Nation und Gesellschaft durchaus stolz war. Blecher ordnet Leipzig im Zusammenspiel von Stadt und Universität hier ein. Leipzig wird durch starken Zustrom von Arbeitskräften zur Großstadt, zum Standort industrieller Großproduktion, die Messe wird zur Warenmesse, das Verlagswesen dehnt sich aus. Leipzig wird Eisenbahnknotenpunkt, das innerstädtische Verkehrsnetz ausgebaut und die Wasser- und Stromversorgung an den Bedarf einer Großstadt angepasst. Auch die Universität meldet ihre Bedürfnisse an und erhält Anschluss ans Elektrizitätsnetz (1892) sowie an die Telefonie (1899/1900). Sie ist mit ihren vielen Institutsneubauten, den Kliniken und Laboratorien parallel zur Industrie zum wissenschaftlichen Großbetrieb in der Stadt herangewachsen; man kennt und schätzt ihren Wert und die Leistungen ihres Personals für das moderne Leben. Zudem arbeiten Staat und Universität zusammen, wenn auch begrifflicherweise nicht immer reibungslos.

Im Jahre 1871 wird ein ehemaliger Leipziger Hochschullehrer, der Privatrechtler Carl Friedrich von Gerber, Kultusminister in Dresden. Was ein Friedrich Althoff für die preußischen, so Blecher, sei Gerber für die sächsischen Hochschulen gewesen, für Leipzig und die neue technische Hochschule in Dresden (1890). Durch massive Forschungsförderung, geschickte Berufungspolitik, großzügige Ausstattung und förderndes Baugeschehen setzten er und seine Beamten (meist selbst ehemalige Studenten) den Rahmen, in dem sich Leipzig durch breit gestreute Spitzenforschungen in allen Fakultäten zu einer der führenden Universitäten der akademischen Welt entwickeln konnte, in erster Linie in der Medizin und den Naturwissenschaften, aber auch in den Geisteswissenschaften. Hier sei nur an die Chemiker Hermann Kolbe und Wilhelm Ostwald, an den experimentellen Psychologen Wilhelm Wundt und den Kulturhistoriker Karl Lamprecht erinnert, der als Kontrapunkt zu den Naturwissenschaften ein geisteswissenschaftliches Forschungszentrum aufzubauen versuchte. Unter den im Bildungswesen konkurrierenden deutschen Bundesstaaten konnte sich Sachsen für seine Universität auch bei den Fördermitteln sogar einen Spitzenplatz sichern: Leipzig erhielt prozentual gesehen den höchsten Anteil aus dem Gesamtbudget der deutschen Staaten, bis 1910 auf gut drei Prozent ansteigend (S. 559). Die schwierigen und heiß umstrittenen Reformen des 19. Jahrhunderts hatten das Fundament gelegt, sodass die „Glanzzzeit“ der 1850er- und 1860er-Jahre fortgesetzt werden und auch die Leipziger Universität an der „Goldenen Zeit“ der deutschen Wissenschaft um 1900 teilhaben konnte – wenn man solche farbigen Beschreibungen mag. Dies ist aber weder Meistererzählung noch Jubiläumsjubel, sondern quellen-sichere, kritisch belegbare Geschichte in diesem Werk.

Selbstverständlich hatten auch die Studenten ihren Anteil am Geschehen, ab 1906 auch die Studentinnen. Schon immer war die Frequenz ein wichtiger Gradmesser für die Attraktivität der Universitäten, ihrer Studienangebote und ihrer Standorte. Im fraglichen Zeitraum stieg denn auch Leipzig zu einer der frequenzstärksten deutschen Universitäten auf, an der sich zusammen mit Berlin, Bonn und München bis kurz vor 1914 bereits ein Drittel der insgesamt 75 000 Studierenden immatrikulierte (S. 569). Der Goldstandard (um im Bild zu bleiben) färbte auf die Studierenden als die künftigen Akademiker ab, sodass sie an der allgemeinen Wertschätzung höherer Bildung partizipierten. Mit Recht zitiert der Autor die Aussage des um die deutsche Universitäts- und Bildungsgeschichte hoch verdienten Friedrich Paulsen von 1902: „Wer keine akademische Bildung hat, dem fehlt in Deutschland etwas, wofür Reichtum und vornehme Geburt nicht den vollen Ersatz liefern“ (S. 572). Auch wenn nach wie vor fast 80 Prozent der Akademiker dem mittleren und gehobenen Bürgertum und dem Adel entstammten, öffneten sich nicht zuletzt dank zahlreicher Stiftungen gerade auch in Leipzig etliche Kanäle für den sozialen Aufstieg, manchmal sogar über Generationen hinweg und sogar für Mann und Frau, wie ein treffendes Beispiel aus einer ursprünglich kleinbürgerlichen Familie belegen mag (S. 714 f.).

Im Folgenden erkundet Jens Blecher Leipzigs Stellung innerhalb der allgemeinen Entwicklung in drei großen Feldern. Während die Wissenschaftsentwicklung und die Forschungsschwerpunkte in den Fakultäten weitestgehend dem vierten Band des Werkes überlassen werden (kurz aber Kap. II, S. 573-594), konzentriert sich der Autor zum einen auf die Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebs, zum anderen auf die Akteure, im Wesentlichen auf die Professoren- und Studentenschaft, sowie zum dritten auf die quantitativen Determinanten des Lehr- und Forschungsbetriebs, gespickt mit zahlreichen informativen Grafiken und Tabellen, erarbeitet aus dem Universitätsarchiv und unterlegt mitunter durch Zitate aus Leipziger Rektoratsreden und biografischen Quellen, die die Befindlichkeiten hinter den Zahlen spürbar machen. Behandelt werden zunächst Universitätsverfassung und -struktur (Kap. III, S. 594-655). Erstaunlich ist es, verglichen mit dem Streit von 1830 bis 1851, dass man der Aufforderung seitens des Ministeriums, das Universitätsstatut zu überarbeiten, nun nach 1871 ohne große Diskussionen im Senat in kürzester Zeit nachgekommen ist. Mit diesem schönen Beleg für die gewandelten Verhältnisse im Hintergrund werden der Wirkungskreis des Rektors beschrieben, die Tätigkeiten der Universitätsbehörden, Rentamt und Quästur zum Beispiel, wobei – aus heutiger Optik kaum nachvollziehbar – nur zwei Beamte für die höheren Verwaltungsaufgaben zuständig waren, der Universitätsrichter und der Universitätssekretär, ab 1893 sogar in Personalunion.

Kapitel IV (S. 655-713) widmet sich der Ordinarienuniversität und überprüft, wie auch in Leipzig das Symbol der Leistungskraft und des wissenschaftlichen Fortschritts dieser Zeit, „der deutsche Professor“ beziehungsweise nach dem bekannten Buch Fritz Ringers „die deutschen Mandarine“ erfolgreich agieren kann-

ten.²⁵ Die Universitäten galten zwar als „Tempel des Fortschritts“, waren aber in sozialer Hinsicht traditionsgebunden, denn nur die ordentlichen Professoren bestimmten nach wie vor das akademische Geschehen und hatten auch entsprechend mehr Rechte beziehungsweise einen höheren Rechtsstatus. Dabei waren Extraordinarien um 1900 längst zur größten Gruppe (mehr als zwei Drittel) herangewachsen (Tabellen für 1870–1911 gesamt und für alle Fakultäten, S. 657–660); allerdings waren sie sehr unterschiedlich über die Fakultäten verteilt. Während sich bei Theologen und Juristen wenig änderte, gerieten die Ordinarien der Medizin in die Minderheit. Die neuen, sich rasch vermehrenden speziellen Disziplinen wurden mehr und mehr von Extraordinarien vertreten, darunter viele spätere Spitzenkräfte, für die Leipzig zunächst Erst- oder Entwicklungsstation war. Aufgrund der Spezialisierungen in den geistes- und naturwissenschaftlichen Fächern wuchs insbesondere die Philosophische Fakultät, getragen indessen weniger von außerordentlichen als vielmehr ordentlichen Professoren. Das heißt, hier sind deutlich mehr Lehrstühle entstanden als in den anderen Fakultäten zusammen, was man durchaus auch als Beleg für eine steigende Professionalisierung des philosophischen Fächerkanons verstehen kann. Ein wie wichtiges Steuerungselement die Berufungspolitik war (und ist), erfährt man zuverlässig in den Ausführungen über ‚Berufungsgewinne und Berufsverluste‘ (S. 663–673). Man erhält ferner Einblicke in professorale Einkommen und Dienstwohnungen, in Amtsjubiläen und einige wenige Emeritierungen (man starb damals noch im Amt) sowie in das gesellschaftliche Leben im ‚Leipziger Professorenverein‘, der freilich nur den Ordinarien, ihren Familien und gelegentlich gehobenen städtischen Kreisen zugänglich war. Demgegenüber war die Situation der Extraordinarien, Honorarprofessoren und Privatdozenten bekanntermaßen alles andere als rosig. Deren Leipziger „Vereinigung“ konnte daran durch gruppenspezifische Politik wenig ändern; dazu waren die individuellen Interessen, diesen Zustand so schnell wie möglich zu verlassen, viel zu groß (S. 697–712). Auch der Deutsche Hochschullehrertag, der aus Anlass des Jubiläums 1909 in Leipzig stattfand, konnte oder wollte sich nicht näher mit der Problematik befassen, obwohl sie kein Geringerer als Karl Lamprecht eingebracht hatte (S. 712 f.).

Ebenfalls empirisch gut belegt sind die Ausführungen über die Studentenschaft und den wissenschaftlichen Nachwuchs, obwohl es laut Autor noch weitere, vertiefte Studien brauche (Kap. V, S. 714–776). Doch ist das Angebot an tendenziell aussagekräftigen Grafiken, die auf erstmals erhobenen Daten beruhen, bereits sehr hoch. Leipzig war im fraglichen Zeitraum zu einer prestigeträchtigen Großstadtuniversität mit hoher studentischer Frequenz herangewachsen und galt nach Aussage ihres berühmten Studenten Friedrich Nietzsche als „Arbeitsuniversität“. Orientiert wird über studentisches Leben von der Immatrikulation bis zur Ex-

²⁵ FITZ K. RINGER, *The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890–1933*, Cambridge Mass. 1969 (Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983).

matrikulation, über Studienordnungen, Studienverlauf und -dauer sowie ein von 20 auf 22 Jahre ansteigendes Studienalter zwischen 1820 und 1909, weil vermutlich, so Blecher (S. 724), deutlich höhere Semester nach Leipzig kamen, die bereits anderswo ihr Studium begonnen hatten. Themen sind ferner die studentischen Verbindungen und Vereine, die Studienverhältnisse, differenziert nach Fakultäten, Konfessionen, sächsischer und nichtsächsischer Herkunft (Leipzig war keine „Landeskinderuniversität“, S. 750), das Ausländerstudium mit einem Anteil von gut zwölf Prozent, wobei die meisten Studierenden aus Osteuropa, vor allem aus Russland, ein Gutteil aber auch aus Österreich und der Schweiz stammten. Prominent ist über das Frauenstudium referiert, als Vollstudium seit 1906 (meist Medizin und Philologien) mit Studentinnenfrequenzen und Promotionen ab 1902 (med.), 1909 (jur.), endgültig dann verankert in den Promotionsordnungen seit 1912. Abschlussreiche, ebenfalls erstmals erarbeitete Angaben und Grafiken gibt es schließlich zur Geltung Leipzigs als Promotionsuniversität (S. 767-776). Immer mehr Studierende der Fachstudien in Jus und Medizin schlossen mit dem Doktorgrad ab, klar zu erkennen ab 1873. Auch in der philosophischen Fakultät stiegen die Doktorpromotionen an, wurden aber regelmäßig ab den 1880er-Jahren von denen in den anderen Fakultäten überflügelt (Grafik S. 768). Vielfach war Leipzig dabei als abgebende Universität so renommiert, dass der wissenschaftliche Nachwuchs auch anderswo gute Chancen hatte.

Wie in anderen Teilen dieses Werkes beklagt, steht es auch in diesem nicht gut um die universitäre Finanzgeschichte (Kap. VI, S. 776-809). Der Forschungsstand war auf 1909 gleichsam eingefroren, kurioserweise in einem Zeitungsartikel zum 28. Juli 1909 aus Anlass des 500-Jahrjubiläums, bevor der Autor sich dankenswerterweise daranmachte, wenigstens einen Überblick über die Universitätsfinanzen zu bieten. Dieser basiert allerdings nicht auf dem Zeitungsartikel, der nur eine rektoral bereinigte und ministeriell erlaubte Fassung war, sondern auf der originalen Erstfassung des Artikels aus der Feder des Rentmeisters Riemer. Der Vergleich zeigt, welche Interna man damals lieber nach außen hin verschwieg. Das Vermögen der Universität, das fast vollständig in Grundbesitz angelegt war, hatte sich innerhalb von rund 65 Jahren mehr als verzehnfacht, was einer jährlichen Rendite von fast vier Prozent entsprach (S. 778). Das ahnte man offenbar in der Öffentlichkeit, denn im Volksmund galt die Universität als reich. 1896 belief sich ihr Immobilienvermögen auf vierzehn bis fünfzehn Millionen Mark.

Auch tätigte die Universität Grundstücksgeschäfte mit der Stadt, die sich bei deren großstädtischem Wachstumsbedarf ebenso lukrativ gestalteten wie die Geschäfte mit dem Staat, wenn die Universität die Grundstücke stellte und der Staat dann die Institute darauf baute. Neben den Immobilien sind noch das Sammlungsvermögen zu erwähnen, allein die Universitätsbibliothek veranschlagte der Rentmeister auf elf Millionen Mark, und des Weiteren auch das private Stiftungskapital, das sich 1909 auf insgesamt 5,9 Millionen Mark summierte (Tabelle S. 781). Gute Ergebnisse erzielte auch die Sichtung des Stiftungswesens, der man eine breite Aufzählung der verschiedenen offiziellen (zum Beispiel königlichen) und privaten

Stiftungen für wissenschaftliche, studentische und soziale Zwecke zu verdanken hat, ebenso wie die Beschreibung der verschiedenen Unterstützungskassen, der Krankenkasse oder der sogenannten Witwenkasse, aus der die Hinterbliebenen verstorbener Professoren versorgt werden konnten. Alles in allem sind auch in diesem Teil wesentliche Eckpfeiler für eine künftige Finanz- und Wirtschaftsgeschichte der Leipziger Universität geliefert, die einmal für den deutschen Universitätsraum eine vergleichende Studie gestatten könnte. Zum wissenschaftlichen Erfolg gehörte schließlich die hinreichende finanzielle Ausstattung.

Der zweite Band endet mit einem Exkurs von Gerald Wiemers „Zur Entwicklung außeruniversitärer wissenschaftlicher Einrichtungen in Leipzig im 19. Jahrhundert“ (S. 839-848). Erwähnung und Würdigung in ihrem Verhältnis zur Universität finden: die Fürstlich Jablonowskische Gesellschaft der Wissenschaften (Jablonoviana) (1774–1945), die Königlich (bis 1919) Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften (seit 1846) sowie die Sächsische Kommission für Geschichte (1896).

VI. Leipzig in Weltkrieg und Weimarer Zeit

Der dritte Band der Jubiläumsausgabe widmet sich der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts von 1909 bis 2009. Den Auftakt macht Ulrich von Hehl, der die Geschichte der Universität „In den Umbrüchen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ 1909 bis 1945 angesiedelt hat (S. 13-329). Dabei kann er nicht zuletzt von vorbereitenden Studien profitieren, die er selbst verfasst beziehungsweise angeregt hat.²⁶ In ebenso treffenden wie flüssig geschriebenen Skizzen werden, soweit es der Forschungsstand zulässt und in gebührender Achtung vor der Düsternis dieser Jahrzehnte, die Geschehnisse der Universität im Rahmen der deutschen und sächsischen Geschichte behandelt. Der Autor beginnt mit einer auf den Punkt geführten Lagebeschreibung der Zeit um 1900 (Kap. I-II, S. 17-42), dem Höhepunkt der klassischen deutschen Universität, als Leipzig vor allem in Konkurrenz zu Berlin und München stand und studentischer Nachfrage gemäß hinter den beiden anderen den dritten Rang belegte, aber wissenschaftlich im In- und Ausland nicht minder geachtet war. Im Blick auf das Kommende erschien jedoch der Glanz, den das 500-Jahrjubiläum von 1909 noch einmal verstrahlte, wie eine wärmende „Abendsonne korporativer Vorstellungen“ (S. 42). Wer wollte, konnte indessen Krisenzeichen sehen, die das Überschreiten des Gipfels andeuteten, konnte Veränderungen auch intern spüren, die mit wachsendem Großbetrieb und Massen-

²⁶ ULRICH VON HEHL (Hg.), *Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952* (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte A/3), Leipzig 2005, darin DERS., *Zum Stand der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, S. 19-50.

frequenz, Überfüllungsängsten und sozialen Fragen zusammenhingen. Bis dahin aber fühlte man sich gerade in Sachsen in einer „engen Interdependenz von Staat, Krone, Stadt und Universität“ geborgen (S. 41).

Die These, der Erste Weltkrieg (Kap. III, S. 42-66) schein für die Universität als Institution kein epochaler Einschnitt gewesen zu sein, treffe, so von Hehl, für die Leipziger Universität so nicht zu. Man dürfe die Auswirkungen nicht unterschätzen, die sich durch enorme Einbußen im Lehr- und Forschungsbetrieb, durch nachhaltiges Abschmelzen des Universitätsvermögens oder durch die psychischen Folgen der Kriegsniederlage und Schuldfrage ergaben, nicht minder durch die Demütigungen, die weite Kreise der Universität für nationalistische Parolen anfällig machten. Nicht nur die Kriegsjahre, auch noch jene der Zwischenkriegszeit seien davon bestimmt gewesen. Wie überall war der Kriegsbeginn im August 1914 von Hurratriotismus, Kriegseuphorie und Siegesgewissheit geprägt. Der moralische Druck auf die Studenten, sich freiwillig zu den Fahnen zu melden, war ungeheuer groß. Rektor und Professoren spornten zum Fronteinsatz an, ohne, meist altershalber, selbst in nennenswerter Zahl zu den Waffen zu greifen (Beispiele S. 50 f.). Im Wintersemester 1914/15 waren bereits 59 Prozent der männlichen Studenten für den Kriegsdienst beurlaubt; man wollte spätestens Weihnachten wieder zuhause sein. In den letzten beiden Kriegsjahren stieg dieser Anteil auf 85 Prozent, womit Leipzig sogar den Reichsdurchschnitt leicht übertraf (S. 51). Entsprechend hoch fiel die Anzahl der Gefallenen aus, die höchste aller deutschen Universitäten mit 1 370 Studenten, zwölf Dozenten und Assistenten, vierzehn Angestellten. Das Denkmal von 1924 mit allen Namen überstand unversehrt den Zweiten Weltkrieg, „bis es, wie die Paulinerkirche und das Augusteum selbst, der Kulturbarbarei der Kommunisten zum Opfer fiel“ (S. 65).

Über die Universität und ihr Umfeld in den Kriegsjahren wird in weiteren Skizzen in Zahlen und Hintergründen (oft aus Rektoratsreden beziehungsweise Rechenschaftsberichten oder Aufzeichnungen von Zeitzeugen) informiert, so von „vaterländischen Betätigungen“ und Hilfsdiensten an der „Heimatfront“. Dazu gehörten öffentliche Vorträge der Professoren, sogenannte „vaterländische Abende“, eine rege kriegsbegleitende Publizistik, aber auch Kriegsfolgen lindernde Forschungsleistungen vor allem in Medizin (Impfstoffe, Kieferchirurgie), Veterinärmedizin und Physik (Röntgentechnik). Unter Kriegsbedingungen waren Lehre und Studium stark eingeschränkt, äußerlich schon daran erkennbar, dass die eingezogenen Studenten und jüngeren Dozenten in Hörsälen und Instituten fehlten; dafür kamen mehr und mehr Kriegsbeurlaubte (für die man auch Zwischensemester einrichtete) sowie Kriegsversehrte und Frauen. Die Universität, so von Hehl, „bekam erstmals ein institutionelles Interesse an weiblichen Studierenden“ (S. 56). Mit einem Anteil von rund 30 Prozent gegen Ende des Krieges an der Hörschaft hatten die Studentinnen einen wesentlichen Beitrag zum Aufrechterhalten des Betriebs geleistet, ganz abgesehen von ihrem Einsatz in Rotkreuzdiensten sowie in der allgemeinen Wohlfahrt, einer der Gründe, weshalb Akademikerinnen in der Weimarer Zeit überraschend gute Berufschancen wahrnehmen konnten.

Da in Erwartung eines kurzen Krieges keine Vorkehrungen getroffen waren, gerieten auch Studierende ohne familiären Rückhalt in eine prekäre soziale Lage, die als „Brot- und Magenfrage“ kursierte. Als außerordentlich hilfreich erwies sich, dass der 1911 neu gegründete Leipziger „Allgemeine Studentenausschuss (ASTA)“ bereits große Erfahrungen in der Sozialpolitik gesammelt hatte und sich bei Wohnraum- und Nahrungsbeschaffung (Freitischen) engagieren konnte. Allerdings wurden die finanziellen Spielräume immer enger. Betroffen war so wie die Bevölkerung die gesamte Universität und ihr Personal. Sparübungen wurden ihr auferlegt und mit Opferbereitschaft getragen. Der Stipendienfonds schmolz drastisch dahin. Die Dienstbezüge der Professoren blieben zwar nominell auf Vorkriegsniveau erhalten, doch die rasanten Preisanstiege verursachten erhebliche Einbußen, zumal auch Hörgelder und Prüfungsgebühren weitgehend ausfielen. Oft rächten sich die im vaterländischen Überschwang getätigten Kriegsanleihen; sie wurden bald durch die schleichende Geldentwertung, eine verdeckte Inflation, vernichtet. Mögen auch die Ordinarien und planmäßigen Extraordinarien noch einigermaßen über die Runden gekommen sein, für die vielen nichtplanmäßigen Extraordinarien und Privatdozenten, die keine festen Einkommen bezogen oder nur kleine, wie die Angestellten vom Pedell bis zum Heizer, war ein Absinken in Armut vorprogrammiert. Auch den Alltag der Kriegsjahre, den die Universität mit der Großstadtbevölkerung fast in jeder Hinsicht teilte, hat der Autor dankenswerterweise in den Blick genommen (S. 61 ff.) und auf die gravierenden Versorgungsengpässe und Mangelerscheinungen hingewiesen, auf die wachsende Verknappung der Lebensmittel und des Heizmaterials, das heißt auf Hungern und Frieren (Stichwort Steckrübenwinter 1916/17), sowie – kennzeichnend für eine Universitäts- und Verlagsstadt wie Leipzig – auf den Mangel an Papier. Aber schlimmer waren wohl die psychischen Folgen, die der Sturz vom Olymp bei vielen verursachte.

Kriegsende und Revolution (Kap. IV, S. 66-81) trafen Stadt und Universität besonders heftig. Der Verfasser spricht von einem „Wechselbad der Gefühle“, nachdem sich die Hoffnungen auf einen „Siegfrieden“ zerschlagen hatten, und man sich plötzlich 1918 mit dem Waffenstillstandersuchen der deutschen Regierung konfrontiert sah. Wie zugespitzt die Lage war, das heißt auch, wie wenig Zeit man für Notizen fand, könne man daran erkennen, dass die Aktenüberlieferung der Universität für die Rekonstruktion der politischen Ereignisse 1918/19 trotz der Rechenschaftsberichte der Rektoren dürftig sei (S. 67). Der Kieler Matrosenaufstand griff auch auf Leipzig über. Die während der Kriegsjahre gewachsenen Spannungen zwischen dem selbstbewussten Bürgertum und einer radikalisierten, sozialistisch inspirierten Arbeiterschaft brachen jetzt offen aus. Dem revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat, der in der Universität ein „Bollwerk der Bourgeoisie“ sah, stellte sich ein Bürgerschaftsausschuss (unter Vorsitz des Historikers Walter Goetz) entgegen. Im Gegensatz zur offiziellen Universität haben sehr viele Studenten diesen Ausschuss unterstützt, nicht als Reaktionäre, wie eine ältere marxistische Geschichtsschreibung vorgab, so von Hehl, sondern als Demokraten

aus Einsicht in die Tatsachen. Die Studenten waren eben nicht mehr die Anfänger von einst, sondern größtenteils Kriegsheimkehrer und -versehrte gereiften Alters von 25 oder mehr Jahren. Ein Flaggenstreit um das Hissen der roten Fahne der Räte auf der Universität wurde zum Symbol des Konflikts. Auch am Bürgerstreik gegen den Arbeiter- und Soldatenrat und seine „Republik Leipzig“ im Frühjahr 1919 waren die Studenten beteiligt, und zahlreich dienten sie in der sogenannten Weißen Garde, einer Einwohnerwehr, die nach dem Einmarsch der Reichswehr in Leipzig (11. Mai 1919) als „Zeitfreiwilligenregiment“ legalisiert wurde. Im Januar 1920 bestand es zu fast einem Drittel aus Leipziger Studenten, die mithalfen, für „Ruhe und Ordnung“ gegen links wie rechts zu sorgen, aber dennoch, unterstützt durch Universität und Regierung, ihr Studium weiterhin betreiben konnten.

Wie sich die Universität „Im Parteienstaat der Weimarer Republik 1918–1933“ positionierte, ist Inhalt von Kapitel V (S. 81-180). Im Gegensatz zur subjektiv düsteren Stimmung nach der Niederlage und dem Verlust der wissenschaftlichen Weltgeltung, noch verstärkt durch den Ausschluss der deutschen Wissenschaftler von internationalen Kontakten, scheint die objektive Lage der Universität in der Weimarer Zeit keineswegs so negativ gewesen zu sein. Einen Stillstand habe es höchstens während des Krieges gegeben. Übrigens hatte der Rektor an der Jahrhundertwende 1900/01, der gebürtige Schweizer Paul Zweifel, Professor für Gynäkologie, in geradezu seherischer Weise seine deutschen Zuhörer vor einem Krieg, der nur „Stillstand in den Wissenschaften“ bedeute, gewarnt (Bd. 2, S. 592). Vielmehr erfuhr die Leipziger Universität einen bedeutenden institutionellen und personellen Ausbau, und dies trotz der außerordentlich prekären Finanzlage,²⁷ die Inflation und Wirtschaftskrise mit sich brachten. Immerhin konnte man auf ein nach wie vor beträchtliches und wertbeständiges Immobilienvermögen zurückgreifen. So entstand 1923 als fünfte Fakultät eine Veterinärmedizinische Fakultät (sogar mit Neubauten), und allein die Zahl der Ordinariate, gemessen am Vorkriegsstand, wuchs bis 1930 um nahezu 40 Prozent von 66 auf 92 Stellen an, wobei der Hauptteil sogar in die Zeit bis 1925 fiel. Hinter diesen Zahlen verbergen sich erfolgreiche Berufungen bedeutender Gelehrter wie die der Physiker Werner Heisenberg und Peter Debye, des Germanisten Theodor Frings oder des Soziologen Hans Freyer. Auch die studentische Frequenz stieg nach Kriegsende wieder stark an, was zunächst auf die große Zahl der Kriegsheimkehrer zurückzuführen war (Tabelle S. 83). Nach einem Abschwung zur Mitte der Zwanzigerjahre, der wirtschaftlich miserablen Lage geschuldet, erreichte sie ihren Höhepunkt anfangs der Dreißigerjahre mit über 7 300 Studierenden, nach wie vor als drittgrößte deutsche Universität nach Berlin und München, um allerdings nach Beginn der Nazi-herrschaft auf weniger als die Hälfte einzubrechen. Dagegen entwickelte sich das

²⁷ Dazu erschien speziell JULIA CHOLET, Die Finanzen der Universität Leipzig im Ersten Weltkrieg und in der frühen Weimarer Republik. Eine Untersuchung zur Inflationszeit 1914 bis 1925 (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte B/12), Leipzig 2008.

Frauenstudium in Leipzig ungeklärterweise „eher verhalten“ und lag unterhalb des Reichsdurchschnitts.

Diesen grundsätzlich positiven Einschätzungen sind allerdings politische gegenübergestellt worden, die die Integration des deutschen Universitätswesens in das parlamentarische System der Weimarer Republik als „misslungen“ betrachteten und die Studenten- und Dozentenschaft bestenfalls als „Vorbehaltsrepublikaner“, wenn nicht Feinde des Parteienstaates sehen wollten. Von Hehl sieht dies aus Leipziger Perspektive differenzierter. So ließ der Senat zwar ein distanzierendes Verhältnis zum sächsischen Staat erkennen, doch war nicht klar, ob eine direkte Republikfeindlichkeit dahintergestanden habe oder eher (oder zugleich) ein Pochen auf die traditionelle Autonomie. Rektor Rudolf Kittel, Professor für Theologie, eine überhaupt imponierende, ausgleichend lenkende Persönlichkeit, im Amt in der Phase 1918/19, forderte zu einem „Vernunftrepublikanismus“ auf, konnte aber wohl nicht alle überzeugen. Man versuchte immerhin, den politischen Tages- und Parteienstreit aus der Universität fernzuhalten, Universität als unpolitisch zu verstehen, was, wie sich zeigen sollte, widersprüchlicher kaum sein konnte.

Parteiliche Neutralität hieß aber nicht, sich in „vaterländischen Angelegenheiten“ zurückzuhalten. Mit nachhaltiger Empörung nahm man die Nachricht über den „Gewaltfrieden“ des Versailler Vertrags auf, der dann auch den Wendepunkt im zunächst offenen Verhältnis der Universität zur Republik markierte. Ihr galt bestenfalls noch Respekt, was schon daran zu erkennen war, dass Reichsgründungsfeiern eher besucht wurden als Verfassungsfeiern. Im Leipziger Lehrkörper ergriffen nur wenige Partei für die Republik. Auch für die Studierenden stand das Vaterland höher als die Staatsform, doch hatten sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit der radikalen Leipziger Arbeiterbewegung Vorbehalte gegen einen „demokratischen Volksstaat“. Ein Rechtsruck war unverkennbar. Doch wie bei Professoren und Stadtbürgern waren es auch bei den Studenten die äußeren Einflüsse, die diesen Rechtsruck verursachten: die harten Bedingungen des Versailler Vertrags und deren Annahme durch die Reichsregierung, die erneute Verletzung nationaler Gefühle, die Empfindung, nur für einen Scherbenhaufen gekämpft zu haben, und über allem schließlich die katastrophale wirtschaftliche Notlage.

Nach diesen vorgeschalteten Überblicken sind es wiederum die einzelnen Skizzen zur inneren Entwicklung von Universität und Personal, die diesen Beitrag zum Gesamtwerk auf dem jeweils neuesten Forschungsstand von 2009 so informativ machen. Man erfährt etwas über Reformbestrebungen, die zu einer Neufassung des Universitätsstatuts führen sollten, aber bei ‚Bestrebungen‘ stehen geblieben sind, insbesondere zur Besserstellung der vielen un- oder geringbezahlten nichtplanmäßigen Ordinarien und Privatdozenten. Der Verfasser kann aber klar herausstellen, dass dies nicht allein am Widerstand der konservativen Ordinarien gelegen hat, sondern am Ministerium, das den Vorstoß aus Kostengründen rundweg ablehnte. Dass diese Gruppen dann bei der Selbstverwaltung berücksichtigt wurden und sich bei der Rektorwahl beteiligen konnten, war demgegenüber wohl nur von kosmetischer Bedeutung.

Weitere Themen sind die Finanz- und Vermögenslage, die bauliche Entwicklung sowie das Universitätspersonal von den Ordinarien über den akademischen Mittelbau bis zum nichtwissenschaftlichen Personal, wobei der Verfasser, wie er selbst anführt, von den einschlägigen Arbeiten seiner (früheren) Mitarbeiterin profitieren kann, die inzwischen publiziert sind.²⁸ Ferner erhält man vertiefte Einsichten in die Frequenz, das Frauen- und Ausländerstudium, die soziale Lage der Studierenden samt Korporationswesen und Freistudententum, wobei die bekannten Schlagworte „Überfüllungskrise“, „akademisches Proletariat“ oder „akademische Berufsnot“ die Lage gerade in der Weltwirtschaftskrise treffend beschreiben. Das eher soziale als politische Engagement vieler Studierender für ihresgleichen wird mit den ASTA-Reformen von 1920 und 1923 gewürdigt (Struktur des Leipziger ASTA nach 1923, S. 141); und mit einem Blick auf politische Hochschulgruppen wird das Kapitel Studenten abgeschlossen. Spätestens 1929 sei der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund auch in Leipzig zu der mit Abstand bedeutendsten politischen Gruppierung aufgestiegen. Aufmerksamkeit ist ferner den schwierigen, anfangs boykottierten Auslandsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg sowie den Kontakten einzelner Leipziger Dozenten gewidmet. Erst mit Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund 1926 besserte sich die Lage für den Dozenten- und Studentenaustausch auch in Leipzig (Akademische Auslandsstelle 1928).

Endlich erhält man noch Einblicke in die akademische Festkultur (Feste und Feiern), die nur für die Zeit des Kaiserreichs vorlagen, für die Weimarer Jahre aber Neuland sind. Festen Platz im akademischen Festkalender hatten wie eh und je die Feiern zum alljährlichen Rektoratswechsel in seiner althergebrachten „strengen Choreographie“. Daneben kamen als Neuerungen die Universitätsgründungsfeiern, ein Allgemeines Universitätsfest und eine Universitätswoche auf, die die Verbindung mit der Öffentlichkeit unterstreichen sollten, sowie zahlreiche Feiern und Kundgebungen politischen, „vaterländischen“ Charakters vonseiten der Professoren wie der Studierenden, die freilich oft mit der selbstverordneten politischen Neutralität kaum vereinbar waren. Das Kapitel schließt mit Ein- und Ausblicken in die krisenhaften Jahre 1929 bis 1932, als auch die Universität von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen wurde, welche die „Überfüllungskrise“ noch verschärfte und der politischen Radikalisierung weniger Professoren, aber vieler Studenten den Weg bereitete. Das Problem der Professoren war nur, stellt von Hehl fest, dass sich an „vaterländischem Einsatz“ auch der „unpolitischste“

²⁸ BEATRIX DIETEL, *Die Universität Leipzig in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zur sächsischen Hochschulpolitik (Geschichte und Politik in Sachsen 31)*, Leipzig 2015. Noch als BEATRIX KUCHTA, *Berufungswege und Berufungskonkurrenz. Die Universität Leipzig in der deutschen Hochschullandschaft der Weimarer Republik*, in: Christian Hesse/Rainer Christoph Schwinges (Hg.), *Professorinnen und Professoren gewinnen. Zur Geschichte des Berufungswesens an den Universitäten Mitteleuropas (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 12)*, Basel 2012, S. 471-490.

Hochschullehrer von niemandem übertreffen lassen wollte, sich aber nicht darüber im Klaren war, „daß die ausschließliche Fixierung auf das Nationale eine Brücke zu den NS-Kräften schuf, [...] von deren intellektfeindlichen Ressentiments und rüdem Auftreten man sich ansonsten abgestoßen fühlte“ (S. 175). Der Senat der Universität pochte auf sein Regelwerk in einem beispielhaften Fall, in dem er konsequent hätte einschreiten müssen und bekam dafür am 29. November 1932 die Quittung in der Leipziger Volkszeitung, die von einer Kapitulation vor „Radaukolonnen“ sprach und die Frage stellte, ob man „auf diese Weise Deutschlands Erneuerer fördern“ wolle (S. 180).

VII. Unter nationalsozialistischer Herrschaft, in Krieg und Trümmerwüste

Wenige Monate später war es so weit. Unter dem Titel „Kämpferische Wissenschaft“ steht die Leipziger Universität im Dritten Reich 1933 bis 1939 im Fokus (Kap. VI, S. 181-294). Die Thematik ist vielfältig in verschiedenen Formen bearbeitet, wenn auch eine Gesamtdarstellung der NS-Hochschul- und Wissenschaftspolitik noch ausstehe, so von Hehl, falls es denn je eine gegeben habe (S. 182).²⁹ Das neue, zutiefst wissenschaftsfeindliche Regime, bis auf Natur- und Technikwissenschaften, setzte neue Rahmenbedingungen. Die Rede von „deutscher Wissenschaft“ und „kämpferischer Wissenschaft“ sagt eigentlich alles. Universität und Wissenschaft wurden instrumentalisiert und den politischen Zielen des Regimes untergeordnet. Mit Michael Grüttner könne man fünf Ziele unterscheiden (S. 182): 1. Forschung und Lehre im Sinne der Machthaber; 2. „Säuberung“ des Lehrkörpers und der Studentenschaft nach ideologischen, also politischen und rassischen Kriterien; 3. politische Kontrolle des Zugangs zum Studium; 4. Einschränkung beziehungsweise Beseitigung der universitären Selbstverwaltung; 5. Minimierung internationaler Kontakte der Hochschullehrer beziehungsweise Beschränkung auf politisch genehme Partnerländer. Um diese Ziele zu erreichen, gab es zwei Wege, den „von oben“ durch Gesetze, Verordnungen und gezielte Steuerungen der Berufungen und Immatrikulationen, den „von unten“ durch politischen Druck, Denunziationen, Einschüchterungen, Diskriminierungen. Willige Helfer aus Dozenten- und Studentenschaft gab es bald genug.

Unter den politischen Instrumenten war nach anfänglich wilden Säuberungsaktionen das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933 das folgenschwerste. Mit ihm wurden missliebige Personen aus dem Hochschuldienst entfernt beziehungsweise zur Ruhe gesetzt: Juden (§ 3, „Arierparagraph“) und politisch Unzuverlässige (§ 4) mit erheblich reduzierten Pensionen oder sonst wegen „Vereinfachung der Verwaltung“ nicht mehr Gebrauchte (§ 6) mit dem üblichen Ruhegehalt. In Leipzig sind 41 auf diese Weise entlassene

²⁹ Neuerer Überblick von MICHAEL GRÜTTER, Universitäten in der nationalsozialistischen Diktatur – Stand der Forschung, in: Prüll/Georg/Hüther, Universitätsgeschichte schreiben (wie Anm. 1), S. 85-103.

Professoren dokumentiert, dazu noch drei emeritierte und nachträglich entlassene Professoren sowie 13 Angehörige des Mittelbaus, das sind 12,7 Prozent des Lehrkörpers im Vergleich zum reichsweiten Durchschnitt von fünfzehn bis zwanzig Prozent (S. 185, mit Namen S. 196-204). Eine weitere Möglichkeit, für „Blut-erneuerung“ zu sorgen, bot das Reichsgesetz vom 21. Januar 1935, welches das Emeritierungsalter von 68 auf 65 Jahre heruntersetzte. Das eigentliche Problem für die Nazis war jedoch, „politisch gewünschten“, überdies männlichen wissenschaftlichen Nachwuchs zu bekommen, was man durch drastische Aufnahmebeschränkungen für rassistisch und politisch Missliebige und das Zurückdrängen des Frauenstudiums (höchstens zehn Prozent) zu erreichen suchte, flankiert durch Erziehungsprogramme in Studentenbünden und körperliche Ertüchtigungen in Sport- und Wehrverbänden beziehungsweise in Sozialarbeit für Frauen. Der dafür enorme Zeitaufwand neben der eigentlichen Studienzeit sorgte für Unmut und gewisse Reduktionen, doch war an ein freies Studium wie vor 1933 nicht mehr zu denken. Ob solche Maßnahmen den starken Frequenzverlust bis 1938/39 verursacht oder nur mitverursacht haben, ist nicht geklärt.

Wie alle Studenten der „Deutschen Studentenschaft“, so hatten alle Dozenten der ‚Deutschen Dozentenschaft‘ anzugehört, dem NS-Studentenbund beziehungsweise NS-Dozentenbund aber nur Parteimitglieder. Deren Führer und Vertrauensleute in den Universitäten und Fakultäten sollten politische, ‚weltanschauliche‘ Kontrolle mit entsprechend großem Einfluss auf Personal, Forschung und Lehre ausüben. Das probate Mittel dazu eröffnete die Reichshabilitationsordnung vom 13. Dezember 1934, indem sie die wissenschaftliche Habilitationsleistung von der Erteilung der *venia legendi* abtrennte und diese von pädagogischer sowie politischer Bewährung im Sinne des Regimes abhängig machte. Einen ähnlichen Zugriff gab es auf die Promotionsverfahren, wenn verlangt wurde, die nationalsozialistische Weltanschauung in das Rigorosum einzubeziehen. Dies alles zeigt nur, dass die Selbstverwaltung längst aufgehoben war, möglich gemacht durch die Einführung des ‚Führerprinzips‘, wonach der Rektor als Führer der Universität nur noch dem Reichswissenschaftsminister und nicht mehr dem Senat verantwortlich war.

Die Frage sei nur, wie der rasche Zugriff auf die Universitäten trotz Gleichschaltung sich im Gewirr der Zuständigkeiten eines bekanntlich vasallisch strukturierten Systems in der Praxis wirklich gestaltete, ob er sein Ziel erreichte oder in einem „Gemisch aus Durchsetzung und Mißlingen“ (Hellmut Seier) stecken blieb (S. 190). Viel Zeit bis zum Krieg ist nicht geblieben. Die Leipziger ‚Zustände‘ hat Ulrich von Hehl in sehr pointierter und historisch verstehender Weise auch gegenüber wissenschaftlichem und/oder menschlichem Fehlverhalten beobachtet. Den Wahlauf Ruf der „deutschen Geisteswelt“ zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 zugunsten Adolf Hitlers, der die Unterschriften von 312 Hochschullehrern trug, hatten auch sechzehn Leipziger unterzeichnet, „darunter allerdings keiner der ersten Garnitur“ (S. 191 f. mit den Namen). Solche witterten jetzt Morgenluft, und im Verein mit den besonders aggressiven Leipziger NS-Studenten setzten sie

Entlassungen durch, zunächst ‚wilde‘, dann auch nach dem BBG rechtlich formalisierte, nachdem das Volksbildungsministerium in Dresden und sein Hochschulreferat von Gesinnungsgenossen übernommen worden war.

Zu den ersten ‚Opfern‘ zählten der Nationalökonom Gerhard Kessler, der schon lange als politischer Widersacher auf einer ‚roten Liste‘ gestanden hatte, der jüdische Mittelalterhistoriker Siegmund Hellmann, gegen den die philosophische Fakultät allerdings bereits 1923 anlässlich seiner Berufung agitiert hatte, oder die jüdischen Mathematiker Friedrich Levi und Leon Lichtenstein, für die sich die Fakultät einsetzte, wenn auch mit zwiespältigen („Heulen mit den Wölfen“), in diesem Fall vorbeugend antisemitischen Mitteln. Die Dekane der beiden Abteilungen der Fakultät (Hans Freyer und Ludwig Weickmann) versicherten dem Ministerium, dass es keinen „irgendwie bedrohlichen Einfluß des jüdischen Elements auf den Geist der Fakultät“ gebe, man im Übrigen aber hervorheben möchte, „daß die Philosophische Fakultät Leipzig zu den am wenigsten ‚verjudeten‘ Fakultäten gerechnet werden“ könne (S. 198). Von weiteren Schikanen, Denunziationen und indirekter Gewalt ist im Text die Rede, auch vom sächsischen Alleingang des Gauleiters Mutschmann, jüdischen Professoren noch vor den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 den bis dahin noch schützenden ‚Frontkämpferstatus‘ zu entziehen; aber auch von Zivilcourage ist die Rede, wenn sich einige, leider nur wenige, „in kameradschaftlicher Pflicht“ dagegen aussprachen, wie Werner Heisenberg (Physiknobelpreis 1932), der sich prompt, sogar im eigenen Fach, als Vertreter „jüdischer Physik“, als „weißer Jude“ und „Einstein-Jünger“ verleumdet sah (S. 200 f.).³⁰

Nach einem Überblick über die Einführung des Führerprinzips in Leipzig auf allen Ebenen – Rektoren und Dekane wurden ernannt, nicht mehr gewählt, Senat und Fakultäten hatten nur noch beratende Funktion – und einem Blick auf die Abfolge der Rektoren der Anfangszeit, wobei treffende Charakter- und Verhaltensskizzen zustande kommen, verfolgt der Verfasser die „Innere Entwicklung“, wie sie aus Stellenplan und Finanzen, Fakultäten, Instituten und Fächern hervorgeht. Ungeachtet der ideologischen Vorgaben sei „normales Verwaltungshandeln dadurch nicht zum Stillstand gekommen“ (S. 219). Die Finanzen blieben angespannt wie zur Weimarer Zeit, die Personalkosten sehr hoch (Höchststand bereits 1932). Sparüberlegungen führten indessen nur moderat zum Ziel, da auch die Stellen der Entlassenen zumeist wiederbesetzt wurden. Die in der Universitätsgeschichte zu allen Zeiten bekannten Beharrungskräfte in Fakultäten und Instituten wirkten mit, sodass universitäre Bildung und ihre Abläufe nicht total infrage gestellt worden sind. Hinzu kommt, dass solche Kräfte auch im Ministerium wirkten und bei aller Gleichschaltung noch sächsische Eigeninteressen sowie

³⁰ Im Zusammenhang mit dem Jubiläum hat sich das Simon-Dubnow-Institut auch mit der jüdischen akademischen Präsenz in Leipzig befasst und Beiträge vornehmlich für das 19. und 20. Jahrhundert zusammengetragen: STEPHAN WENDEHORST (Hg.), Bausteine einer jüdischen Geschichte der Universität Leipzig (Leipziger Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur 4), Leipzig 2006.

eigene Profil- und Standortpolitik vertraten. Gleichwohl gab es Gewichtsverlagerungen zugunsten der Technik- und Naturwissenschaften oder Neuein- und -ausrichtungen von Instituten und Fächern, die der nationalsozialistischen Weltanschauung geschuldet waren. Kurze Abrisse gelten einzelnen, besonders anfälligen Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Medizin und Jurisprudenz, wohlabgewogen zwischen persönlicher Überzeugung und Strategie der Fachvertreter und der jeweiligen „ideologischen Eignung“, Germanistik zum Beispiel, Geschichte und Geografie, Erziehungs- und Zeitungswissenschaften sowie nur zu offensichtlich ‚Rassenkunde‘ und ‚Rassenhygiene‘.

Ein vertiefender Abschnitt ist dem Verhältnis der Leipziger Hochschullehrer zur NS-Ideologie sowie dem NS-Dozentenbund gewidmet, ein weiterer den Studenten und Studentinnen im Nationalsozialismus, wobei der Autor drei Phasen erkennen möchte: die des Enthusiasmus 1933/34, die Jahre der Ernüchterung bis 1936 sowie die Zeit der Stabilisierung 1936 bis 1939, wobei offenbar eine den alten Korporationen affine Neuordnung des studentischen Kameradschaftswesens dienlich war. Die Frequenz fiel zudem bis zum Sommersemester 1939 hin auf den tiefsten Punkt überhaupt. Zum Abschluss fällt noch ein Blick auf Universitätsangehörige im Dienste des Sicherheitsdienstes (SD). Dieser ist in seiner Dichte ein beklemmendes Stück der Verstrickung gerade von Akademikern in den Ungeist. Man kann Ulrich von Hehl sicher zustimmen, dass Leipzig keine „Kaderschmiede des SA-Führungsnachwuchses“ (S. 285) war, zumal man mit anderen Universitäten noch vergleichen müsste. Es ist jedoch frappierend und wahrlich ein dunkles Kapitel, wie viele ebenso intelligente und rational denkende wie absolut unmoralische junge Leute, Studenten, promovierte Assistenten und Dozenten meist der oben erwähnten ‚anfälligen Fächer‘, sich als haupt- oder nebenamtliche Mitarbeiter beziehungsweise ehrenamtliche Informanten verdingten und teilweise hohe Ämter im SD besetzten. Dort trieben sie dann „Gegnerforschung“ und unterfütterten vor allem im Osten „deutsche Kulturpolitik“ auch in der Praxis.

Vergleichsweise kurz, aber auf das Wesentliche konzentriert, fällt die Darstellung der Universität im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945 aus (Kap. VII, S. 294-329). Mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 strömte eine Erlassflut auf die Universitäten zu; Schließung war beschlossen, kurz darauf wieder Öffnung für die größeren Universitäten, was zu Studienortswechseln führte. Das war einer der Gründe, weshalb die Frequenz gerade auch in Leipzig rasant anstieg. Der Krieg bestimmte jetzt das ganze Studium und verlangte den Einsatz aller Kräfte. Trimester wurden eingeführt (1941 als untauglich wieder aufgehoben), um die Studiedauer zu verkürzen und schnellere Abschlüsse zu erzielen. Zugleich wurden Frauen vermehrt zum Studium zugelassen, um Einberufungen auszugleichen und Fachkräfte zu gewinnen. Kriegsversehrte konnten ihr Studium beginnen beziehungsweise fortsetzen. „Soldatenstudenten“ waren zumeist auf ein Semester abkommandierte oder beurlaubte Soldaten, die als Uniformierte im Leipziger Stadtbild sogar aufgefallen seien, darunter zahlreiche Mediziner. Sie hat man oft zu „Studentenkompanien“ zusammengefasst. Überhaupt rückten die kriegswichti-

gen Fächer nach vorne, und die „Sonderförderung der Kriegsteilnehmer“ (seit April 1941) befreite diese von finanziellen Sorgen während des Studiums. Alle Maßnahmen dienten der raschen Verwendung oder Wiederverwendung für den Krieg. Nach wie vor belasteten aber außerfachliche Dienstpflichten von acht bis zehn Wochen Dauer die Studierenden. Gefordert waren Arbeitseinsätze (anstelle der Einberufenen) in der Industrie, speziell in der Rüstungsindustrie, in Landwirtschaft, Verwaltung, Krankenhäusern und Lazaretten, aber auch in verschiedenen Bereichen der Kriegspropaganda.

Nach Ausrufung des „totalen Kriegs“ im September 1944 wurde offenbar niemand mehr immatrikuliert. Fortsetzen durften ihr Studium nur noch Kriegsverwehrende, Kriegerwitwen und Studenten kriegswichtiger Fächer, ganz abgesehen davon, dass ein halbwegs geordnetes Studium nach den zerstörenden Luftangriffen der Alliierten und dem Einzug verbliebener Lehrpersonen zum „Volkssturm“ praktisch nicht mehr möglich war. Ulrich von Hehl hat diese hier kurz referierten „allgemeinen Aspekte“ in weiteren Skizzen so weit wie möglich für Leipzig vertieft. So erhält man wertvolle Auskünfte über die Studierenden auch anhand statistischen Materials (vorhanden bis 1943) sowie über die Rektoren und Lehrkräfte der Kriegszeit. Zum Beispiel ist der damals fachlich ebenso bedeutende wie anfällige Althistoriker und Rektor Helmut Berve beschrieben, wie er es verdient. Ferner wird über die Forschung (vor allem in Physik und Chemie) im und für den Krieg berichtet, über den Einsatz von Professoren und anderen Lehrkräften, gerne aus den historischen und literarischen Fächern, für die „Geistige Wehrbetreuung“ und den Einsatz im „Volkssturm“.

Kurze nüchterne Skizzen sind dem Ende gewidmet. Nach insgesamt 42 Luftangriffen von Oktober 1943 bis April 1945 war das Universitätsviertel in der Innenstadt fast vollständig zerstört; es gab nur noch einen Notbetrieb, der aber bis zuletzt funktionsfähig geblieben ist. Schließlich ist der Kriegsoffer unter den Studierenden, Lehr- und Verwaltungspersonen der Universität gedacht, die zahlreich gewesen sein müssen, deren Zahlen aber anders als im Ersten Weltkrieg aus jeweils politischen Gründen vor und nach 1945 nicht festgestellt worden sind. Die Frage, ob es einen studentischen Widerstand in Leipzig gegeben habe, wird eher verhalten beurteilt. Als die Amerikaner am 19. April 1945 Leipzig besetzten, war die Universität eine „Trümmerwüste“. Nun stand sie, wie treffend Theodor Heuss zitiert wird, „erlöst und vernichtet in einem“ vor völlig neuen Herausforderungen (S. 327).

VIII. „Sozialistische Transformation“

Als eine der genannten Herausforderungen kann man die „Sozialistische Transformation“ bezeichnen, die Günther Heydemann in seinem Teil des dritten Bandes zum Thema macht und die Geschichte der Universität Leipzig „vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945–1961“ verfolgt (S. 331–565). Geglie-

dert in drei Kapitel bietet das erste eine Darstellung der Lage nach Kriegsende bis 1949/50, das zweite widmet sich der Studentenschaft 1945 bis 1961 und das dritte Kapitel beobachtet die Entwicklung der Universität von 1950/51 bis 1961. Einleitend stellt der Autor fest, dass die Universität Leipzig nach Kriegsende wie auch alle anderen Universitäten und Hochschulen im Gebiet der späteren DDR „dem größten und tiefgreifendsten Transformationsprozeß ihrer 600jährigen Geschichte unterworfen worden“ ist. (S. 335). Dem kann man auf dieser Ebene nur zustimmen. In der Interpretation sah das freilich anders aus.

Die Transformation als solche wäre ohne KPD/SED-parteilichen Zwang, ohne Gewaltanwendung und ohne den Schutz der ehemaligen Sowjetunion nicht möglich gewesen. Problematischerweise ist sie von einer ebenso parteilichen, marxistisch-leninistischen (Universitäts-)Geschichtsschreibung begleitet worden, die, wie der Autor deutlich macht, Quellen „selektiv“ verwendete, nur aufnahm, was „passte“, und von daher höchst einseitig interpretierte. Insofern hatten es Heydemann und Mitarbeitende auf das Jubiläum von 2009 hin mit einem sehr heterogenen Forschungsstand zu tun. So galt es, die Quellenbestände neu zu sichten, sie durch Befragen von Zeitzeugen zu erweitern³¹ und die Ergebnisse – diesmal im Sinne einer modernen sozial- und kulturhistorisch arbeitenden Universitätsgeschichte – neu zu interpretieren. Leitendes Interesse war es, nach den Mitteln und Methoden zu fragen, mit denen die Transformation der Universität gelingen sollte, und damit schließlich den Grad ihrer diktatorischen „Durchherrschaft“ offenzulegen. Auch wenn diese nie vollständig gelungen sei, so sei doch erreicht worden, die Universität und ihre Menschen „realsozialistisch [...] zu domestizieren“, womit nur umschrieben ist, dass seit Mitte der 1950er-Jahre weder Hochschulautonomie noch Meinungsfreiheit, weder zweckfreie Forschung noch freier wissenschaftlicher Diskurs real noch existierten. Eine „wissenschaftlich unvoreingenommene und daher kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Universität Leipzig nach 1945 wurde erst nach der Friedlichen Revolution von 1989/90 in der DDR wieder möglich.“ (Zitate S. 337).

Nach dieser klaren und wichtigen, verständlicherweise bekennden Einführung steht die Leipziger Universität in den Jahren von 1945 bis 1949/50 im Fokus (Kap. I, S. 338-442). Zunächst ist von Kriegszerstörungen, Kriegsende und Wiederaufbau die Rede. Während die Stadt Leipzig vergleichsweise glimpflich davongekommen und ‚nur‘ zu zwanzig Prozent zerstört war, trug allein die Universität Schäden und Verluste zwischen 65 und 85 Prozent davon. So war die Raumnot die größte Herausforderung, die der Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs im Wege stand und beide Besatzungsmächte, die amerikanische wie kurz darauf die

³¹ Siehe dazu GÜNTHER HEYDEMANN/FRANCESCA WEIL (Hg.), „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor...“. Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990) (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte B/16), Leipzig 2009.

sowjetische, zu Instandsetzungsprojekten drängte, insbesondere im Bereich der medizinischen Institute und Kliniken sowie der Naturwissenschaften. Investitionen in Gebäude und Neubauten hatten hier bis in die sechziger Jahre hinein absoluten Vorrang. Die anderen Fakultäten waren auf Ersatzräumlichkeiten angewiesen und mussten zum Teil noch lange (Geisteswissenschaften) auf neue Räumlichkeiten warten (Tabellen zu genauen Aufwendungen und Investitionen für und in Universitätsbauten finden sich auf S. 343 und 346). Besondere Förderung erhielten indessen die erst nach Kriegsende gegründeten neuen Pädagogischen, Gesellschaftswissenschaftlichen und „Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten“, womit sich die politisch-ideologische Ausrichtung des Transformationsprozesses schon sehr früh in der Praxis gezeigt habe. Sie sind in eigenen Unterkapiteln dargestellt (S. 385-404). Mit der Raumnot waren auch die Studierenden bei bald wieder steigender Frequenz noch jahrelang konfrontiert. Wohnheime oder gar Wohnkomplexe konnten den Bedarf nicht decken. Dass vieles nur schleppend und provisorisch vor sich ging, lag nicht zuletzt an gravierendem Material- und Arbeitskräftemangel. Die Universität selbst konnte aus ihrem in Jahrhunderten gewachsenen Grundbesitz nach der Bodenreform vom September 1945 nicht mehr selbst schöpfen, war jetzt vielmehr auf Zuteilungen angewiesen wie Tausende andere Grundbesitzer auch.

Ein weiteres empfindliches Problem für den Neubeginn von Universität war das wissenschaftliche Personal beziehungsweise dessen Ausdünnen bereits durch die Naziherrschaft und dann nach Kriegsende durch Deportationen und Entlassungen im Zuge der Entnazifizierungen. Die Amerikaner hatten in ihrer kurzen Besatzungszeit einerseits die Entnazifizierungen durchaus ernst genommen, andererseits aber kurz vor ihrem Abzug noch mehr als 50 Leipziger Professoren und Wissenschaftler, ausschließlich der natur- und medizinwissenschaftlichen Disziplinen, mitsamt Familien, Arbeitsmaterialien und Mitarbeitenden in den Westen deportiert, um deren Wissen vor dem Hintergrund des heraufziehenden Kalten Krieges nicht in die Hände der Sowjets fallen zu lassen. Für Leipzig blieb dies auf Jahre hinaus eine empfindliche Lücke, ohne sie je wirklich wieder ausfüllen zu können, wie der Autor resümiert. Der noch von den Amerikanern eingesetzte erste Nachkriegs-Rektor, Bernhard Schweitzer, ein Archäologe und Altertumsforscher, persönlich integer und völlig unbelastet, blieb zunächst auch unter sowjetischer Besatzung im Amt. Ihm oblag die Aufgabe, die Personalsituation den neuen Bedürfnissen anzupassen, das hieß, vor allem den „internen Entnazifizierungsprozess“ voranzubringen. Günther Heydemann hat diesen Vorgängen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil ihnen schon entscheidende Weichenstellungen innewohnten. Rektor und Universität sahen sich jedoch einer Vielfalt von politisch-administrativen Zuständigkeiten und Kompetenzgerangel in sowjetischen und deutschen Dienststellen, insbesondere „Volksbildungsabteilungen“ gegenüber, zumal eine nennenswerte Hochschulpolitik für Deutschland auf Seiten der Russen kaum vorhanden war. Heydemann spricht von „Pragmatismus und Improvisation“ anstelle von Leitlinien (S. 357). Man hatte es überdies in den ver-

antwortlichen Stellen mit Offizieren zu tun, die das sowjetische Hochschulsystem, ein System von zentral gelenkten staatlichen Institutionen, durchlaufen hatten; entsprechend traten sie den deutschen Universitäten gegenüber. Mit Selbstverwaltungsvorstellungen zum Beispiel konnten sie ebenso wenig anfangen wie ihre kommunistischen Gefolgsleute in den deutschen Behörden. Rektor Schweitzer setzte aber auf „Selbstreinigung“, auf ein letztes Stück alter Autonomie, um statt pauschal erst nach Prüfung des Einzelfalls Nationalsozialisten aus dem Lehrkörper zu entfernen. Damit geriet er ins Visier der KPD/SED-Kader in den immer mehr politisch-ideologisch durchtränkten Dienststellen, denen mit Moskauer Rückendeckung die Entnazifizierung der Hochschulen nicht streng und weit genug gehen konnte. Als zu „bürgerlich“, mithin antisozialistisch, und für den weiteren Prozess „störend“ wurde Schweitzer schließlich mehr oder weniger deutlich zum Rücktritt gezwungen. Ohnehin schon massiv geschwächt, verlor die Leipziger Universität mit diesen pauschalen Säuberungen noch einmal zwei Drittel ihres wissenschaftlichen Personals, alles zum Zweck einer neuen Personalpolitik. Demonstrativ wurde die Universität am 5. Februar 1946 nicht wieder-, sondern neueröffnet, natürlich nicht in der intakt gebliebenen Paulinerkirche, sondern im damals größten Kinosaal des „Capitol“.

Die neue Personalpolitik meinte „Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs“ (S. 378), was bald auch die Studentenschaft in ihrer sozialen Zusammensetzung – Reduzierung des „bürgerlichen Elements“ – betreffen sollte, als 1946/47 „Vorstudienanstalten (VoSta)“ für Arbeiter- und Bauernkinder in der SBZ/DDR eingerichtet wurden, um ihnen den Hochschulzugang auf alternativem Wege, ab 1949 in den „Arbeiter- und Bauern-Fakultäten“ zu ermöglichen (S. 380-385, 395-404). Was damit als „Demokratisierung der Hochschulen“ angepriesen wurde, führte jedoch zu einem gegenteiligen, aber gewollten Effekt. Kinder aus bürgerlichen Elternhäusern wurden zurückgewiesen oder erst gar nicht zugelassen, Arbeiter- und Bauernstudenten und bald auch Kinder der „sozialistischen Intelligenz und der Parteifunktionäre“ klar bevorzugt, was neben einer eindrücklichen Tabelle zur sozialen Herkunft (S. 403, für die Zeit 1945 bis 1958) durch beispielhafte Zeitzeugnisse in diesem Text belegt ist.

Die Brechung des „bürgerlichen Bildungsprivilegs“ setzte freilich voraus, dass auch die letzten Reste von Autonomie und Mitsprache beseitigt und den universitären „bürgerlichen“ Instanzen keinerlei Mitsprache beziehungsweise Entscheidungskompetenzen mehr gewährt wurden. Die Schritte und Mittel zu dieser weiteren Transformation hin zu einer „sozialistischen Volksuniversität“ hat Günther Heydemann in mehreren eindrücklichen, ebenso narrativen wie analytischen Skizzen erläutert: „Einsetzen eines Kurators“, mit dem erstmals ein Regierungsvertreter, besser gesagt ein Parteifunktionär, direkten Zugriff auf die Universität bekam und dessen Kontrolle nunmehr der Personalbereich, die Verwaltung, die Finanzen und die Auswahl der Studierenden unterlagen; selbst auf Post und Telefongespräche hatte er Zugriff; Einsetzen (Wahl) eines „sozialistischen Rektors“ als ausführendes Organ (erster Langzeitrektor 1950 bis 1963 wurde Georg Mayer, der

sich als überzeugter Kommunist aus dem Westen auf die Professur für Volkswirtschaftslehre in Leipzig beworben und diese zum Wintersemester 1947/48 bekommen hatte). Die „Etablierung der SED als Machtzentrum“ bedeutete schließlich, die Partei auch innerhalb der Universität zur alleinigen Entscheidungsinstanz zu machen. Dazu überzog sie in Anlehnung an die Grundeinheiten der Betriebe den „Großbetrieb Universität“ mit einer entsprechenden Organisationsstruktur aus Betriebsgruppen (Dozenten, Personal) und nannte die universitäre Parteiorganisation jetzt „Zentrale Betriebsgruppe“. Im Willen, ihre antibürgerliche Politik zu verschärfen, insbesondere nach der Umwandlung der SED von einer marxistischen zu einer marxistisch-leninistischen Partei (1948) und etlichen personellen Säuberungen, sollte die Gruppenstruktur mit SED-Grundorganisationen selbst innerhalb und unterhalb der Fakultäten, sogar in einzelnen Fachrichtungen eingeführt werden. Selbstverständlich waren in solchen Gruppen die Professoren und Dozenten in der Minderheit, während Studierende, Angestellte und Arbeiter eine zwei Drittel-Mehrheit besaßen, darunter nicht wenige ohne jede akademische Ausbildung.

Angesichts einer solchen Organisationswut und -flut und der Belastung der Beteiligten durch die ständigen Sitzungen, denen sich auch außerhalb der Universität noch etliche in weiteren ‚Arbeitsgruppen‘ hinzugesellten, kann man Heydemann nur zustimmen: „Wie ein Polyp hatte sich die Partei nach und nach an ihren [der Universität] unterschiedlichen Gremien und Institutionen festgesaugt und war danach in sie eingedrungen“. Sie „hatte zwar die Macht über die Universität errungen, aber nicht die Köpfe der Mehrheit ihrer Angehörigen erreicht“ (S. 436 f.). Dabei zielte die sogenannte II. Hochschulreform von 1951/52 gerade darauf ab. Es ging um die Einführung der „einzig richtigen“ Weltanschauung und zugleich wissenschaftlichen Methodik des Marxismus-Leninismus. Damit diese in die Köpfe kam, wurde ein Gesellschaftswissenschaftliches dreijähriges Grundstudium für die Studierenden aller Fakultäten in Seminargruppen vorgeschrieben und die Kontrolle der FDJ übertragen. Dass die eigentlichen Fachstudien und -leistungen dadurch drastisch belastet wurden, nahm die Partei mehr oder weniger in Kauf, ebenso wie ihre Nicht-Akzeptanz und ihre Ideologie in breiten Kreisen. Ihr genügte offenbar die „Durchherrschung“.

Mit der Leipziger Studentenschaft zwischen 1945 und 1961 befasst sich das nächste Kapitel Heydemanns (Kap. II, S. 443-504), wobei zunächst die soziale und wirtschaftliche Lage nach Kriegsende fokussiert ist, die „inzwischen gut erforscht“ sei.³² Seine Schilderungen sind beklemmend eindrücklich, zumal auch hier wieder Zeitzeugen zu Wort kommen. Am Anfang steht eine zwar isolierte, aber vielsagende Zahl: Allein vom Jahrgang 1920 seien 1945 bereits 41,1 Prozent

³² Siehe S. 443, Anm. 462. Der dort erwähnte Siegfried Hoyer, der sich noch zu DDR-Zeiten um die Leipziger Universitätsgeschichte überhaupt sehr verdient gemacht hat, sei auch an dieser Stelle mit seinem einschlägigen Werk hervorgehoben: SIEGFRIED HOYER, Kleine Geschichte der Leipziger Studentenschaft 1409–1989, Leipzig 2010.

verstorben gewesen. Die Lebensbedingungen hätten denen einer „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) entsprochen: Ernährungsmangel, schlechter Gesundheitszustand, fehlende medizinische Versorgung, Kriegsverwundungen, Traumata und schwere psychische Folgeschäden in der Studentenschaft wie in der Gesamtbevölkerung. Als besonders dringlich eingestuft waren Ernährung und Krankenversorgung (wegen Tuberkulose und anderen Infektionskrankheiten). Die Verpflegung der Studierenden, die Mensaversorgung, sollte bis in die 1950er-Jahre ein Dauerproblem sein, bei chronischer Unterversorgung vor allem mit Kartoffeln. Die sowjetische Militäradministration hatte zwar die Studierenden beim Bezug von Lebensmittelkarten bereits 1947 den Schwerarbeitern gleichgestellt, gleichwohl blieb der Hunger ein ständiger Begleiter.

Hinzu trat die allgemein prekäre Wohnungssituation und die ebenso prekäre Versorgung mit Heizmaterial, Strom und Gas (wobei die Glühbirnen ein kostbares Gut waren). „Man studierte und fro“ (S. 450) – und saß abends und nachts noch oft im Dunkeln. Aber nicht nur die Studierenden waren davon betroffen, sondern das gesamte Universitätspersonal in den Instituten, Büchereien, Kliniken und Laboren. Es fehlte ferner an Kleidung (am Wintermantel), an Schuhwerk, an Kochtöpfen und – für eine Stadt wie Leipzig wie schon im und nach dem Ersten Weltkrieg besonders erwähnenswert – an Papier. Über allem stand aber die Sorge, wie man Studium und Leben finanzieren sollte. Demgegenüber – schon immer Begleiterscheinung aller großen Krisen – waren Unterhaltung und Vergnügen ein ausgeprägtes Bedürfnis. Gaststätten-, Café- und Kinobesuche (gerne auch in West-Berlin), Opern-, Theater- und Konzertbesuche gehörten dazu, ebenso wie gemeinsames Kochen und Radiohören, Picknicks in Leipziger Parks und Fahrten nach Hause, „mal die Mutter sehen“ (und Wäsche waschen lassen). Die Deutsche Bücherei, immer geheizt und Außenstelle der Mensa, war lange ein beliebter Treffpunkt („nicht unbedingt, um dort etwas zu lesen“). Ausgiebig wurde nach bestandenen Prüfungen gefeiert; für Alkoholika (auch eine Mangelerscheinung) waren oft die Chemiestudenten zuständig. Weit verbreitet war das Tanzen („eine regelrechte Tanzwut“), woran sich auch die Universität und die Fakultäten mit der Organisation von Bällen beteiligten. Hinzu traten Interessengruppen aller Art, für moderne Literatur zum Beispiel, zum Sprachenlernen, für Film, Theater, Kabarett, Schach und viele Hobbys.

Dieses private, individuelle Feier- und Freizeitbedürfnis suchte sich freilich die Partei zunutze zu machen und die studentische Freizeit politisch zu indoktrinieren, um der „Boogie-Woogie-Kultur“ beziehungsweise der „angloamerikanischen Kulturbarbarei“ (S. 458) erzieherisch zu begegnen. Zum 6. Januar 1951 eröffnete dazu ein Studentenklubhaus in Leipzig (M. I. Kalinin), und eine „Zentrale Kulturkommission“ an der Universität gestaltete das Programm. Die große Mehrheit der Studierenden – selbst in der FDJ – roch aber den Braten und lehnte die sozialistisch gefärbte Gestaltung ihrer Freizeit, im Studentenjargon die „Rotlichtbestrahlung“, ab. Das traf auch für weitere drängelnde Eingriffe zur Erhöhung des sozialistischen Bewusstseins in das selbstbestimmte Zeitbudget zu, für die „Semi-

nargruppen“ beispielsweise, für Sport- und Wehrsportveranstaltungen, für die Pflichtveranstaltungen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und den Russisch-Unterricht oder für die „sozialistischen Studentenlager“, die nach dem ungarischen Volksaufstand von 1956 eingerichtet worden sind. Was immer an eigener Freizeit noch blieb, spielte sich in Nischen ab, „aber es war und blieb“, so resümiert der Autor, „eine Freizeitgestaltung im Gehäuse der Diktatur“ (S. 470).

Unter den Interessengruppen formierten sich bald nach Kriegsende auch politische Gruppen, die an der Debatte um die Zukunft Deutschlands Anteil nehmen wollten. Die ersten waren fakultäre FDJ-Gruppen, die sich 1948 unter Führung der SED-Parteiorganisation zur „Zentralen Betriebsgruppe der FDJ“ an der Universität Leipzig zusammenschlossen. Ihr folgten etwas später studentische Gruppierungen oder Ausschüsse, die den „bürgerlichen“ Parteien, CDU und LDP, nahestanden, ohne jemals den Organisationsgrad der SED-Gruppe zu erreichen. Es bildete sich aber ein „bürgerliches“ und ein „linkes“ Lager, zwischen denen sich erhebliche Konfliktpotenziale aufbauten, ganz besonders in Leipzig, als sich nach Einführung der Studentenräte auch hier ein solcher gebildet hatte, aber entgegen den Erwartungen nicht von der SED/FDJ-Gruppe mehrheitlich geführt wurde, sondern von den „bürgerlichen“ Studentenräten. Das stand der „Durchherrschungsabsicht“ schon 1948 derart im Wege, dass die Partei mit allen Mitteln, letztlich nur noch mit roher Gewalt, Verhaftung, Hinrichtungen oder langjähriger Haft im sowjetischem GULAG zum Zuge kam. Was das für aufrechte junge Menschen bedeutete, die zum Teil gerade den Nazi-Terror überlebt und nun auch noch den Terror von Links erleben und erdulden mussten, für Studenten und Studentinnen aus weltlich oder religiös orientierten Kreisen wie der Evangelischen Studentengemeinde in Leipzig, hat Heydemann in mehreren biografischen Skizzen eindringlich dargelegt. Wie er sich um historiografische Distanz bemüht und doch den Opfern Mitgefühl und Gerechtigkeit widerfahren lässt, verdient Respekt. Auch wenn sie später 1993/95 durch die Russische Föderation rehabilitiert worden sind, seien es nicht die Opfer, die sich erklären müssen, sondern die Täter und ihre Erfüllungsgehilfen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Das letzte Kapitel (Kap. III, S. 504-565) verfolgt die Entwicklung der Universität für die Zeit von 1950/51 bis zum Mauerbau am 13. August 1961. Es ist freilich mehr von der äußeren als der inneren Entwicklung die Rede, weil das wohl nicht mehr zu trennen war, da die politische Beherrschung durch die Partei und ihre perfiden Methoden das alles beherrschende Thema der Universitätsgeschichte dieser Zeit geworden ist. Nach 1952/53 wurde auf „bürgerliche Elemente“, Professoren und Studenten, „taktisch“ nicht mehr Rücksicht genommen, sondern zur „marxistischen Attacke“ geblasen. Mit der schon erwähnten II. Hochschulreform hatten universitäre Instanzen wie der Senat keinerlei Entscheidungskompetenzen mehr; die Mitglieder, viele ernannt, statt gewählt, duften nur noch zustimmen. Die Partei hatte um die Universität einen Kokon gesponnen, schreibt Heydemann (S. 509), aus dem man sich nicht mehr befreien konnte, ohne Gefahr zu laufen, verfolgt zu werden. Oft entzündeten sich Einschüchterungen und „Säuberungen“

durch Exmatrikulation an banalen Dingen, weil man etwa den Sender RIAS Berlin hörte und danach „RIAS-Lügen“ verbreitete. Die Partei regierte inzwischen schlichtweg am Volk vorbei und fingierte nur eine Volksdemokratie. So war es auch bei der Umbenennung der Universität in Karl-Marx-Universität (KMU) mit Urkunde vom 5. Mai 1953, die angeblich auf einem Wunsch ‚von unten‘, aus der Studentenschaft entstammte, dem man natürlich „gerne“ nachkam.

Die Beteiligung am Aufstand des 17. Juni 1953, der die Partei kalt erwischte, war in Leipzig anders als in Berlin relativ gering, hatte jedoch auch hier einige schlimme Folgen. Zum einen ging von Leipzig die Umdeutung der Geschichte des Tages aus, hin zu einer „richtigen“ historischen Deutung durch den später zu größerem Einfluss gekommenen marxistisch-leninistischen Historiker Ernst Engelberg, zum anderen verstärkte die Partei ihre „operative Arbeit“ durch Spitzelnetze und das Anlegen von Dossiers über unliebsame Personen auch in der Universität, und hier insbesondere in ihrem immer noch „bürgerlichen“, unangepassten Bereich der Medizinischen, Veterinärmedizinischen und Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten, vor allem der chemischen Institute. Um den XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) herum, mit der berühmten Kritik Nikita Chruschtschows an Stalin, verschärfte sich die politische Diskussion, wie das Leipziger Rektorat vermeldete. Anders als 1953 waren es diesmal aber die Studenten, die sich in dieser neuerlichen Krise, in der Folge fortgesetzt durch die Ereignisse in Polen und Ungarn (Oktober/November 1956), lautstark bemerkbar machten, vor allem gegen das als nutzlos und zwingend empfundene gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium und den obligatorischen Russisch-Unterricht, Grundpfeiler sozialistischer Erziehung. Heydemann zitiert seinen Kollegen Hartmut Zwahr, Mitautor in diesem Werk (Bd. 2) und damals Leipziger Student, der sich notierte: „Man kann sagen, die studentische Jugend beginnt zu erwachen“ (S. 517). Leider blieb es bei bloßer Hoffnung. Weder die außer- noch innerparteiliche Diskussion, die ohnehin im Keim erstickt wurde, fruchteten irgendetwas. Die Repressionen ließen nicht nach, im Gegenteil. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“, war und blieb die Devise, und immer mehr wurden die „Westreisen“ der Professoren und Studenten als Reisen „zum Klassenfeind“ aufs Korn genommen und versucht, sie mit restriktiven Mitteln (zum Beispiel Verzichtserklärungen) zu unterbinden. Vermutlich, so der Autor, sei deshalb die Zahl der „Republikflüchtigen gerade in den Jahren 1956/57 drastisch angestiegen“ (S. 525).

Den Fortgang der Geschichte könnte man im Grunde als den Gang von einer absurden Station zur anderen beschreiben. Eine solche Station war auch das 550-Jahre-Jubiläum von 1959, das der SED zupasskam, weil sie zugleich den 10. Jahrestag der Gründung der DDR feiern konnte. Erstaunlich viel Geld wurde bewilligt, doch waren es nicht die Universität, Rektorat und Fachleute, die das Festkonzept des Universitätsjubiläums erstellten, sondern eine örtliche Parteikommission. Rasch zeigte sich, dass diese der Sache nicht gewachsen war, so musste ein Sonderstab übernehmen. Zu wichtig war es, nicht zuletzt für den Festredner Walter Ulbricht, die „Karl-Marx-Universität“ als „Vorbild einer sozialisti-

schen Volksuniversität“ zu feiern. Freilich ging es nicht um deren Geschichte,³³ sondern um die der DDR und ihrer Einheitspartei. Deren zehn Jahre wogen absurderweise schwerer als 550 Jahre Universität. Dazu ist die treffende Feststellung von Günther Wartenberg († 2007) zitiert, dem verdienstvollen ersten Vorsitzenden der Leipziger Senatskommission für diese Jubiläumsausgabe: „Die Dominanz des Politischen“ führte „zu einem Jubiläum ohne Geschichte“ (S. 528).³⁴

Der Autor beendet seinen Part mit einem Bericht über den Mauerbau vom 13. August, der den Dauerkonflikt um Westreisen und Republikflucht beenden sollte, in Wirklichkeit aber die Bankrotterklärung des SED-Staates war, dem nichts anderes mehr gelang, als seine Bürger und Bürgerinnen zu isolieren und einzusperren. Mehr als die Hälfte der 30 000 Menschen, die noch im Juli 1961 das Land verließen, waren zum großen Teil junge Studierende unter 25 Jahren, zusammen mit vielen ihrer Professoren, gerade auch aus der Leipziger Universität, die so etwas in ihrer langen Geschichte noch nie hatte erleben müssen. Die Verbliebenen wurden nun verstärkt geheimdienstlich überwacht. Auf die Leipziger Universität war eine eigene Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) angesetzt, die noch 1959 chronisch unterbesetzt war, geistig nicht „auf Augenhöhe“ mit Akademikern kommunizieren und folglich kaum Inoffizielle Mitarbeiter (IM) anwerben konnte. Das sollte sich jetzt ändern. Prinzipiell standen alle Angehörigen der Universität, Einzelpersonen, Institute und ganze Fakultäten (besonders die Leipziger Veterinärmedizin), im Visier einer „Ideologepolizei“, die ein immer effizienteres Herrschaftssystem entwickelte. Heydemann beschreibt die psychischen und physischen Mittel und lässt Zeugen und Beschuldigte direkt oder indirekt zu Wort kommen, um abschließend Leben und Wirken zweier prominenter marxistischer Gelehrter in Leipzig Revue passieren zu lassen, denen die Parteilinie zu orthodox war, um sich darunter zu beugen und zu bleiben: Der Literaturwissenschaftler Hans Mayer und der Philosoph Ernst Bloch.

IX. Universität und Wissenschaft in den Händen der Partei

Unter dem Titel „Wissenschaft im Dienste des Sozialismus“ bietet Klaus Fitschen in diesem dritten Band die Geschichte der „Universität Leipzig vom Mauerbau bis zur Friedlichen Revolution 1961–1989“ (S. 567-777). Übrigens: Sowohl Günther Heydemann im vorangehenden Teil als auch Klaus Fitschen in diesem haben es bestens verstanden, die durch den sozialistischen Politjargon so grauenhaft verunzerte deutsche Sprache in ihren Texten zu rehabilitieren. Diese Geschichte ist auf

³³ Entstanden war eine Festgabe in 2 Bänden (wie Anm. 4) ohne jedes historische Konzept, gefüllt mit einzelnen chronologisch gereihten Fachbeiträgen, dafür mit politischen Vorworten in jedem Band. Dennoch enthalten die Bände einige sachlich nützliche Beiträge, man muss sie nur zu lesen verstehen.

³⁴ Das Zitat findet sich original bei WARTENBERG, Gebrochene Jubiläen (wie Anm. 4), S. 62.

weiten Strecken eine Fortsetzung der Durchherrschungsgeschichte der Partei, der Einordnung Leipzigs in das System der SED-Diktatur – natürlich mit eigener Diktion und anderem Zugriff. Letzterer zeigt sich in dreifacher Weise. Fitschen fragt zum einen nach dem ideologischen Druck, der auf der Universität und ihrem Personal lastete, um sie zu einer „roten Universität“ zu erziehen, und weiter nach dem Druck auf die Wissenschaft, die den „Zaubertrank“ liefern sollte, um die sozialistische Planwirtschaft erfolgreich zum Laufen zu bringen. Zum anderen fragt er nach den Folgen des Drucks, nach dem Umgang mit den ständig drückenden politischen Vorgaben. Es ist ein schwieriges Terrain für Historiker, wie Fitschen offenlegt, weil viele Quellen ob der hohlen Phrasen und sinnentleerten Rituale bei fast gänzlich fehlender diskursiver Öffentlichkeit so nichtssagend seien. Die dritte Frage gilt der Lebenswirklichkeit an der Universität, einem Teilsystem der Parteidiktatur, und damit den Nischen, die man vielen Zeitzeugen gemäß trotz allem gefunden hat, trotz der Zeit und Energie ‚fressenden‘ ideologischen Schulungen, Arbeits- beziehungsweise Ernteeinsätzen, Aufmärschen, Sitzungen und anderen fachfremden Veranstaltungen. Damit ist das Programm entworfen, mit dem die Geschichte der Universität in weiteren zehn Kapiteln bis zum Herbst 1989 befragt wird. Die Antworten des Autors, mehr als angemessen dokumentiert, geben neben den persönlichen Einlassungen und ihrer kritischen Würdigung auch das Atmosphärische dieser vier Jahrzehnte sehr eindrücklich wieder, eine beklemmende und mindestens unterschwellig stets bedrohliche Atmosphäre (zumal für außenstehende Leser).

Als „Eingemauerte Wissenschaft“ werden die Folgen des Mauerbaus vom 13. August 1961 gedeutet (Kap. II, S. 574-589). Der Bau der Mauer gegen die Republikflucht war für die Partei trotz all der bereits herrschenden Repressionen nicht ohne Risiko, wie die aufgeheizte Stimmung in Universität und Stadt auch in Leipzig gezeigt habe. Umso größer war der propagandistische Aufwand, den sie betreiben musste, um die Deutungshoheit über die „Maßnahmen“ zu behalten. Eine „mutige und entschlossene Tat“ seien diese gewesen, „die den Frieden in Deutschland und in Europa gerettet“ hätten, war in der Leipziger Universitätszeitung vom 5. September 1961 zu lesen, dem Organ der SED-Kreisleitung an der Karl-Marx-Universität (S. 577). Universität und Fakultäten hatten Lageberichte abzuliefern, deren Ergebnisse vor dem Rücklauf aber bereits feststanden, wonach zum Beispiel 90 Prozent der Studierenden „bedingungslos hinter Partei und Regierung“ stünden. Schönfärberei – so hatte man gelernt – machte weniger Probleme. Für die Partei zählten jedoch die zehn Prozent (in Wahrheit sehr viel mehr) mit fehlender Linientreue, die sich auch bei Ernte- und Wehreneinsätzen verweigerten und folglich diszipliniert werden mussten. Offene Meinungen hatten Verhaftung und Exmatrikulation oder Entlassung zur Folge; beispielhafte Fälle, auch persönlich berührende, sind im Text zu verschiedensten Gelegenheiten immer wieder aufgeführt.

Mit dem Bau der Mauer und der Spaltung Deutschlands wurde der wissenschaftliche Austausch durch Reisen und Konferenzbesuche nahezu verunmög-

licht. Die „Systemkonkurrenz“ verlagerte sich auf bloße Propaganda. Die „Störfreimachung“ (wieder ein grässlicher Parteijargon) mochte physisch gelungen sein, zog aber die Universität als Leistungsträger mit in den Verfall von Wirtschaft und Gesellschaft. Fortan herrschte Mangel: an Fachliteratur und Geräten, überhaupt an Westkontakten, ohne die man nicht mehr mithalten konnte, wenn nicht private Verbindungen weiterhalfen. Dafür wurde vertiefte Bindung an die Sowjetwissenschaft gefordert, für die angeblich „kein Problem unlösbar“ sei (S. 588). Ob man dem nachkam, hing von den Fachgebieten ab, am ehesten von Mathematik und Physik, für die man tatsächlich die ansonsten ungeliebten Russischkenntnisse gebrauchen konnte. Der Autor macht zudem noch auf einen grotesken Fall aufmerksam, die Folgen der „Störfreimachung“ abzumildern – durch Planerfüllung bei Dissertationen und Habilitationen. „Tempoverluste“ waren nämlich eingetreten, die das Planziel, den Leipziger Lehrkörper bis 1965 zu verdoppeln, in Frage stellten.

„Die Universität in den Händen der Partei und ihrer Organisationen“ ist das Thema des nächsten Kapitels (Kap. III, S. 589-607). Obwohl hier viele Namen genannt werden, wer wann wo saß und was machte, um die vorgegebene Hochschulpolitik bis hinunter auf die letzte organisatorische Ebene zu bringen, bleiben sie völlig farblos; es sind nur Personalien in den SED- und FDJ-Organisationen und den Universitätsgewerkschaften. Aber sie vereinte das gleiche Ziel: Universitätspersonal und Studierende zu gehorsamen Untertanen zu erziehen, Konformität herzustellen, nötigenfalls zu erzwingen. Als Mittel diente dazu das Erhöhen des Aufwands für Marxismus-Leninismus-Studien bei gleichzeitigem Komprimieren der Fachstudien und Reduzieren der Verweildauer an der Universität. So dachte man sich die Einheit von Theorie und Praxis und proklamierte in der Universitätszeitung, Ziel sei die „Erhöhung des Niveaus und der Effektivität der wissenschaftlichen Arbeit, vor allem durch die sozialistische Rationalisierung“. Wenn man diesen Satz versteht, hat er seinen Zweck verfehlt.³⁵

In den 1960er-Jahren wird der Sozialismus als „unwiderrufliche Realität“ beschworen, zugleich aber mit ständigen Vorgaben zur „Intensivierung“ aufgerufen, vor allem zur „Erziehung und Ausbildung der Studenten“. Der Autor stellt das ganze Trommelfeuer der Maßnahmen zusammen, um in den Studierenden die sozialistische Identität zu fördern: Ideologische Schulungen, marxistische Kolloquien, propagandistische Großveranstaltungen, Aussprachegruppen, Kommissionen und dergleichen mehr, begleitet von den üblichen Selbstverpflichtungen zur Leistungssteigerung oder Intensivierung der ideologischen Arbeit. Trotzdem wurde man des Desinteresses und Rückzugs vieler Universitätsleute, des Fernbleibens, Ignorierens, Verweigerns nicht Herr. Als Bestandteil der sozialistischen Identitätsfindung entstand zu dieser Zeit auch das Konstrukt einer „Nation DDR“ als Gegenkonstrukt zur „Nation BRD“, womit die Etablierung zweier

³⁵ Dieser Satz entstammt einem Kabarettprogramm von Georg Schramm zur Sprache von Politikern.

deutscher Staaten beabsichtigt war. Selbstredend nahm die DDR für sich in Anspruch, das „Vaterland der Wissenschaft“ zu sein, in Leipzig mit der Losung „Alle Potenzen der Karl-Marx-Universität für die nationale Politik der DDR“. Entsprechend wurde auch die Geschichtsschreibung eingespannt, um die „fortschrittlichen Traditionen“ der DDR aufzuzeigen. Da kam das 550-Jahr-Jubiläum der Leipziger Medizinischen Fakultät von 1965 gerade recht. Die Universitätszeitung als Sprachrohr der Partei war indessen mit der Festschrift nicht zufrieden: Es mangle ihr unter anderem „an der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung [...] sowie am Bekenntnis zu unserer DDR“ (S. 597). Eine in Auftrag gegebene „ideologisch maßgeschneiderte“ Geschichte der Karl-Marx-Universität unter Leitung des damaligen Direktors des Instituts für Deutsche Geschichte Max (Marx!) Steinmetz kam dann aber nicht mehr zustande.

Eine weitere Maßnahme, deklariert als gleichberechtigter Teil des Studiums, war die Wehrpflicht, die der Autor als „Militarisierung des universitären Lebens“ beschreibt (S. 597-600). Sie wurde nach dem Mauerbau verstärkt und bekam während des Vietnamkriegs weiteren Auftrieb. Wer sich dem entzog, aus religiösen oder sonst wie ethischen Gründen, musste mit erheblichen persönlichen Konsequenzen rechnen, auch wenn die Lehrkörper der meisten Fakultäten, insbesondere der theologischen und medizinischen, für die Wehrerziehung als zusätzlicher Belastung kaum etwas übrig hatten. Das Kapitel endet mit einer Gegenüberstellung von Planwirtschaft und Planwissenschaft. Letztere bedeutete, Forschung und Lehre noch mehr auf wirtschaftliche Zwecke, auf Verwertbarkeit und Praxisorientierung auszurichten. „Materielle Interessierung“ nannte man das und veranstaltete sogenannte Komplexpraktika für Studierende in Industrie- und anderen Betrieben, für die Leipziger zum Beispiel im Chemiekombinat „Otto Grotewohl“ in Böhlen. Im Grunde ging es aber nur darum, der chronischen Mangelwirtschaft aufzuhelfen, die durch den Mauerbau forciert worden war. Man forderte „maximale Leistungen“ von den Universitäten „mit einem minimalen ökonomischen Aufwand“, was nichts Anderes hieß als kurzfristige, planbare Ziele bei höchstmöglichem Sparpotenzial zu definieren. Planbarkeit in der Wissenschaft war und ist jedoch eine Fiktion. Fitschen resümiert quasi von vornherein: „Wie der Wirtschaft, so blieb auch der Wissenschaft nur die Kultivierung des Mangels“ (S. 602).

Unter dem Titel „Auf dem Weg zur III. Hochschulreform“ (Kap. IV, S. 607-618) findet man kurze prägnante Skizzen, vielmehr Situations- und Stimmungsberichte, über den ideologischen Konformitätsdruck des Programms zur „Einheit von Erziehung und Ausbildung“, über die Universität als Teil des sozialistischen Bildungssystems und Erziehungsanstalt der Partei, über die Personen, die wesentlich an diesen Konstrukten mitgearbeitet haben (zum Teil noch heute bekannte Namen in den Fachwissenschaften) sowie über die „Prinzipien (des Politbüros der SED vom 11. Dezember 1965) zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“. Diese Prinzipien wurden auch an der Universität Leipzig „zur Diskussion gestellt“, sogar von Teilen des wissenschaftlichen Nachwuchses gutgeheißen, weil sie die Vormacht der Professoren infrage

stellten, ähnlich wie die zeitgleiche Kritik an der Ordinarienuniversität in Westdeutschland. Zu diesen Prinzipien gehörte auch die Zusammenarbeit der Fakultäten; manch Bedenkenswertes dabei führte dann aber doch wieder zur Bildung von lästigen Arbeitsgruppen, Kollektiven, wissenschaftlichen Räten und Arbeitskreisen.

Als „Hoffnungsträger“ sind die III. Hochschulreform und der Universitätsneubau bezeichnet (Kap. V, S. 618-648). Der Autor macht aber schnell klar, dass diese Hoffnungsträger nicht für die Universitätsleute und die Studierenden gemeint waren, sondern für die Partei und ihre Kader und lediglich einen weiteren Schritt in der mit der I. Phase nach dem II. Weltkrieg beginnenden „gesetzmäßigen Entwicklung“ bedeuteten. Die Reform sollte am siebten Parteitag der SED im April 1967 im bedeutungsvollen Zeichen des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution beschlossen und den Hochschulen zur Ausführung ab dem Wintersemester 1968/69 übergeben werden. Für ihr Umsetzen in Leipzig ist die Universitätszeitung neben den Interviews mit Zeitzeugen eine der Hauptquellen, wenn sie die Ziele aus dem Rektorat heraus benennt: „Prognose, Verflechtung und Kooperation, planmäßige Spitzenleistungen und durchgängiges System des Wissenschaftlich-Praktischen Studiums“. In die Planungen wurde sogar die Frequenz der Studierenden (rund 10 000 in dieser Zeit), besonders in den Schwerpunktfachrichtungen Marxismus-Leninismus, Mathematik, Physik, Chemie und Lehrerbildung einbezogen (Sollzahlen S. 624).

Wie alle Hochschulen wurde auch die Universität Leipzig in diesem Sinne radikal und zentralistisch umorganisiert. Die inzwischen zehn Fakultäten mit ihren 114 Instituten, 24 Kliniken und zwölf Abteilungen wurden zwischen 1968/69 und 1975 zu sechzehn Sektionen zusammengefasst, wobei der Begriff „Fakultät“ seine alte Bedeutung verlor und nur noch größere Gruppierungen von Professoren und Mittelbauangehörigen meinte, die für Promotions- und Berufungsverfahren, freilich nur empfehlend, zuständig waren. Das letzte Wort hatte die SED. Auch die Theologische Fakultät verlor ihren alten Status und hieß ab 1972 „Theologische Sektion“. Auf den Leitungsebenen (Organigramm S. 705) entstanden gänzlich neue Einheiten, neben dem parteiabhängigen Rektor amtierte künftig eine wachsende Zahl von Prorektoren, deren Erster den Haushalt (eher Sparübungen) und die neu geschaffenen Direktorate (Verwaltungsabteilungen im Rektorat) zu kontrollieren hatte. Funktionswichtiger als das neue Konzil, die Vollversammlung der Hochschullehrer, die „ein reines Akklamationsorgan blieb“ (S. 631), waren der Wissenschaftliche und der Gesellschaftliche Rat. Während Letzterer für die Außenbeziehungen der Universität zur Wirtschaft und zur Stadt zuständig sein sollte, galt Ersterer als „ein Instrument zur Durchsetzung der sozialistischen Demokratie“ (S. 632) im Inneren, ein scharfes Schwert gewissermaßen, denn er verlieh die Doktorgrade A und B und erteilte die Lehrbefähigungen. Man sieht es an der Besetzung des Rats. Ihm gehörten einerseits der Senat und Mitglieder der einzelnen Fakultäten an, andererseits Mitglieder der Kreisleitungen der SED und der FDJ sowie der Universitätsgewerkschafts-Leitung (UGL). Die

(bewundernswert) verbissene Nüchternheit, mit der Klaus Fitschen diese Reforminhalte referiert, hat gewiss Methode. Wie sollte man sonst das Panoptikum der Absurditäten und der hohlen Phrasen aushalten, für die der „Demokratische Zentralismus“ dieser III. Hochschulreform die Ursache gewesen ist. Dass sie nicht reibungslos vonstattenging, kann man sich lebhaft vorstellen.

Angesichts der stockenden Reform wurde den Kritikern, vor allem unter den Wissenschaftlern, „mangelndes Verständnis für die politischen Grundanliegen“ vorgeworfen (S. 632), was auch zu Konsequenzen führte. Die Studierenden ließen die Reform zwar über sich ergehen, bekundeten aber in einer amtlichen Umfrage (Student '69) keineswegs ihr Einverständnis. Weit mehr als die Hälfte sahen zum Ärger der Partei keinen Nutzen in den Umstrukturierungen, weder in ihren Fachgebieten noch in den neuen Sektionen (S. 625). Ein „Hoffnungsträger“ der Parteikader war schließlich auch der Universitätsneubau, nur, dass für ihn die Paulinerkirche, die den Krieg unverseht überstanden hatte, als „Teil der Vergangenheit“, so ausgerechnet ein Historiker (Max Steinmetz), weichen musste. Aus Stadt und Universität gab es massive Proteste gegen die Sprengung am 30. Mai 1968, die sofort durch einschüchternde Verfolgungen und Bestrafungen beantwortet wurden. Begreiflicherweise gerieten die ohnehin widerständigen Theologen ins Visier atheistischer Propaganda, um Kirche und Wissenschaft gegeneinander auszuspielen. Schwierigkeiten machte in dieser Zeit auch die als „Volksaussprache“ freigegebene Diskussion um die neue sozialistische Verfassung der DDR, zumal der Prager Frühling ganz andere Perspektiven anzubieten schien. Der Hochhausneubau, der sich wegen erheblicher finanzieller und technischer Probleme bis 1975 hinziehen sollte, wurde dann zum Wahrzeichen der Universität und als „Weisheitszahn“ bekannt. Ob man bedacht hatte, dass ein solcher auch weh tun kann?

Sehr informativ ist über „Wissenschaft im Spannungsfeld von Deutschland- und internationaler Politik“ (Kap. VI, S. 649-676) berichtet. Natürlich waren alle Auslandskontakte, erst recht nach dem Mauerbau, zwischen Notwendigkeit und ängstlichem, notorischem Misstrauen angesiedelt. Die Partei fürchtete Aufweichung und Zersetzung, besonders durch die innerdeutschen, oft persönlichen, familiären Beziehungen. Reisen, Korrespondenzen und der Bezug von Fachliteratur wurden daher mit Argwohn betrachtet. Aber die DDR war auf internationale Anerkennung angewiesen, und so förderte sie ausländische Studierende, nicht zuletzt in innerdeutscher Systemkonkurrenz als Multiplikatoren des Sozialismus. Die Leipziger Universität mit ihrem Zentrum der Asien-, Afrika- und Lateinamerikastudien sowie dem Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft wurde ein Schwerpunkt des Ausländerstudiums und als solcher in die außenpolitischen Ziele der DDR eingespannt. 1978 habe ein Viertel aller ins Land gekommenen Ausländer in Leipzig studiert. Oft entstammten diese Personen solchen Ländern Afrikas und des Nahen Ostens, in denen sich nach der Entkolonialisierung sozialistische oder ideologisch sonst wie passende Regimes etabliert hatten. Viele von ihnen waren allerdings für ein Studium unzureichend qualifiziert, sowohl sprachlich wie fachlich. Um sie kümmerte sich das Institut für Ausländerstudium

(seit 1961 Herder-Institut) durch Sprachausbildung und „ideologische Propädeutik“. Solches und überhaupt das stark reglementierte Leben, resümiert der Autor, hätten viele als unangenehm empfunden, zumal die DDR nicht immer die erste Wahl für ihren Auslandsaufenthalt gewesen sei. Kontakte zu Universitäten im sozialistischen wie im westlichen Ausland, auch zu solchen mit gegenseitigen Verträgen zum Wissenschaftsaustausch (sie sind im Text aufgelistet, S. 680 f.) standen natürlich unter Kontrolle und waren betreffs kapitalistischer Länder heikel. Die starre Reisepolitik der DDR tat da ein Übriges. Doch nicht viel einfacher gestaltete sich offenbar der Umgang mit Gastwissenschaftlern und Studierenden aus den sozialistischen Ländern, aus Russland oder Polen, Vietnam oder China, die sich durchaus kritikfähig zeigen konnten. Ein spezieller Abschnitt widmet sich den Beziehungen zwischen Leipzig und äthiopischen Universitäten seit dem kommunistischen Putsch von 1974. Man half vor allem auf landwirtschaftlichen und medizinischen Gebieten und bildete Personal im Lande selbst als auch in Leipzig aus. In einer offiziellen Einschätzung eines Lehrgangs äthiopischer Wissenschaftler im Sommer 1978 musste das zuständige Direktorat allerdings zur Kenntnis nehmen, dass diese sich nicht für die „vielfältigen Formen des realen Sozialismus“ und Marxismus-Leninismus-Schulungen interessieren wollten, sondern für ihre fachliche Weiterbildung und im Übrigen ihrem Glauben und ihrer Kirche „noch“ eng verbunden waren (S. 675 f.).

Dicht und beklemmend beschreibt Klaus Fitschen die „Universitären Lebenswelten“ (Kap. VII, S. 676-704). Schon mit seinem ersten Satz wird deutlich, was dieses Leben zwischen „Erziehung und Kontrolle“ bedeutete: In der Hauptabteilung XX der Leipziger Bezirksverwaltung der Staatssicherheit sei ein eigenes Referat für die Universität zuständig gewesen, mit 1985 elf hauptamtlichen Mitarbeitern, und für den Bereich der Medizin habe es ein weiteres Referat gegeben. Für Hochbetrieb sorgten hier regelmäßig die Messezeiten. Dieser hätte aber auch dann nicht gelingen können, wenn nicht Professoren, wissenschaftliche und andere Mitarbeiter sowie Studierende sich hätten anwerben lassen. Kontrolle galt schließlich als Bestandteil der Erziehung und kam in verschiedenen, zur Abschreckung dienenden Formen daher: Gängelung, Maßregelung, „offene Briefe“, „Aussprachen“, öffentliche Demütigungen in der Universitätszeitung. Da war es geradezu entlastend, wenngleich für die Stasi ärgerlich, dass sie in der Universität nicht lückenlos kontrollieren konnte – aus Mangel an Telefonen. Den Kontrollzwecken diene ferner die Erkundung der Stimmungslage, wozu 1966 das „Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung“ gegründet wurde sowie das Mitte der 1970er-Jahre entstandene „Laboratorium für Studentenforschung“. Deren Umfragen entsprachen allerdings nicht ganz den gewünschten Ergebnissen, weshalb sie oft nicht an die Öffentlichkeit (an die universitäre aber schon) gelangten. Vielsagend ist, dass Theologen erst gar nicht befragt wurden.

„Geregeltes Studium – geregelt Leben“, was wie eine Losung klingt, ist auch so gemeint. Schon das Gelöbnis bei der Immatrikulationsfeier an der Karl-Marx-Universität (Zitat, S. 681) würde einen massiven Eingriff in das ganze Leben be-

deuten, würde man das ernst nehmen. Mit der Organisation des Studentenlebens war die FDJ betraut. Ihre wichtigste Form war die Seminargruppe, die den Kollektivgedanken in das Studium trug. Sie war auf gemeinsames Lernen während des auf vier Jahre begrenzten, rationalisierten und erwünscht „wissenschaftlich-produktiven“ Studiums ausgerichtet, für das es seit den 1950er-Jahren eine staatliche Förderung und seit 1981 ein Stipendium für alle gab. Selbstbestimmung war aber nicht vorgesehen, doch konnten Nischen entstehen, auch wenn man damit rechnen musste, dass irgendjemand aus der Gruppe „berichtete“. Wie es dem akademischen Nachwuchs nach dem Studium erging und welche Voraussetzungen und Schritte, etwa Promotionen A und B, für eine Hochschulkarriere notwendig waren (oder auch nicht bei entsprechender sozialistischer Praxis), ist im Abschnitt „Kaderplanung“ (S. 690-696) detailliert beschrieben.

Aus dieser Optik wird die „Frauenförderung“ gesondert betrachtet (S. 696-704), die anfangs durchaus ähnlich wie in Westdeutschland kein besonderes Anliegen der Universitäten, namentlich der Professoren, gewesen ist. Es gab zwar seit 1960 Frauenförderpläne, auch für Leipzig. Man hatte bemerkt, dass die Quote der Akademikerinnen viel zu gering war, überdies viele Studentinnen Studium und Karriere abbrachen, wenn sie Familien gründeten, was erst in den 1970er-Jahren durch die Familienpolitik, salopp „Muttipolitik“, an Bedeutung verlieren sollte. Aber auch diese Pläne, so Fitschen, teilten das Schicksal aller Pläne im Sozialismus (S. 697). Hinzu kommt, dass die Förderpläne nicht emanzipatorische Absichten verfolgten, sondern die Mobilisierung der weiblichen Arbeitskraft. In der Praxis zeigten sich die üblichen, bis heute bekannten Defizite: Frauen wurden weniger gefördert als Männer, erhielten weniger Unterstützung bei ihrer Doppelbelastung in Studium/Beruf und Familie, hatten aber höhere Qualifikationsanforderungen zu erfüllen als Männer. Zwar stieg der weibliche Anteil an der studentischen Frequenz, 1981 waren es beachtliche 68 Prozent bei ca. 15 000 Studierenden, auch dank der staatlichen Betreuungseinrichtungen; und der weibliche Anteil an den Beschäftigten der Universität lag 1982 bei 63,4 Prozent, doch auf deren Leitungsebenen schien Frauenförderung keine Rolle zu spielen. Traditionelle Ressentiments und Beharrungskräfte machten sich auch im Sozialismus immer wieder bemerkbar.

In seinem Kapitel über die Universität in der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ der Siebzigerjahre (Kap. VIII, S. 704-731) kann Klaus Fitschen zwar viel Aktionismus benennen, Parteitage, Hochschulkonferenzen, Arbeitsgruppen und dergleichen mehr, dazu auch die Namen vieler damals Verantwortlicher, eigentlich aber (nicht seine Schuld) kaum Neues benennen, was nicht schon in dem „Ruf nach einer stärkeren Ideologisierung des Studiums“ stecken würde, den einer der Leipziger Langzeitrektoren (Lothar Rathmann 1975–1987), einer der vielen Beifallspender und Lobredner der SED-Hochschulpolitik, 1982 wieder einmal erschallen ließ. Immer wieder ging es um politische Vorgaben und ihre Durchsetzung. Von Ersteren hatte man genug, von Letzterer ließe sich eine ‚unvollendete Geschichte‘ schreiben, von dem, was immer noch zu wünschen übrig

bleibt. Zuständig fürs Durchsetzen waren die Gesellschaftswissenschaften, die in Leipzig eine Monopolstellung einnahmen und mit ihnen zum gleichen Zweck die FDJ. 1971 waren ungefähr die Hälfte des Lehrkörpers und mit circa 5 000 mehr als ein Drittel der Studierenden hier versammelt, was im Übrigen erhebliche Finanzmittel band (S. 706, 708 f.). Aber auch die beiden anderen Drittel hatten in der Sektion Marxismus-Leninismus ein Grundstudium zu absolvieren. Der sozialistische Erziehungsauftrag, leistungsstarke Studenten und Wissenschaftler auszubilden, „die zugleich gute Kommunisten sind“, blieb damit immer auf der Tagesordnung. Die Gesellschaftswissenschaften konnten jedoch trotz ihrer enormen Dominanz ihren Auftrag nicht erfüllen; es fehlte schlicht an Akzeptanz, nicht zuletzt, weil andere, namentlich Natur- und Technikwissenschaften, seit der III. Hochschulreform als nützlicher und notwendiger eingestuft wurden und die Universität überhaupt „im Dienste der gesellschaftlichen Praxis“ stehen sollte.

Um dies deutlich zu machen, wurden zum Beispiel die „Tage der Wissenschaft“ eingeführt, welche die enge Verbindung von universitärer Wissenschaft und Produktion demonstrieren sollten. Ideenwettbewerbe wurden zur Entwicklung von Konsumgütern ausgeschrieben und noch mehr Verträge mit Industriebetrieben geschlossen, um eben wissenschaftliche Leistungen in gesellschaftliche Praxis zu überführen. Die Kehrseite war, dass solche Maßnahmen und Verträge Kräfte banden, die dann in der Forschung fehlten, obwohl auch die Grundlagenforschung ausdrücklich gefordert und gefördert wurde, vor allem in Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik oder Mikrobiologie im letzten Fünfjahresplan 1986 bis 1990. Die klassischen Geisteswissenschaften galten dagegen als politisch vereinnahmt und gelähmt, und die Theologen sowieso als isoliert. Alle Vorgaben wurden von einem politischen Vokabular begleitet, das sich in Erwartung der Erfolge nur noch der Steigerungsformen bediente. Ständig war die Rede von weiteren Maßnahmen, vom Erhöhen oder Vertiefen, vom Intensivieren, vom Weitergestalten, Mehrplanen und Effektivermachen. Immer galt dies zugleich den ideologischen und wissenschaftlichen Zielen, wenn auch in Konkurrenz zueinander. Schließlich, so resümiert Klaus Fitschen, sollte doch alles auf die bald hereinbrechende kommunistische Gesellschaft hinführen (S. 719).

Das Kapitel schließt zum einen mit einem kurzen Blick auf das Verhältnis von Universität und Stadt, auf die universitäre Öffentlichkeitsarbeit und mögliche Begegnungsorte der Leipziger und der Universitätsangehörigen, die außerhalb der Hörsäle vielfach auf „Inseln“ wie Kirchengemeinden und Musikleben hinausliefen. Zum anderen wird ein scharf beobachtender und zugleich, wie es scheint, mitfühlender Einblick in die „Universität als sozialistisches Soziotop“ geboten. Das Hauptproblem waren hier die wachsenden Sozialleistungen an Universitätspersonal und Studentenschaft, die bei den bekannt knappen Ressourcen eigentlich nicht zu finanzieren und doch notwendig waren – für Bau und Unterhalt von Wohnungen, Wohnheimen, Internaten, Mensen, Kindergärten und Kinderkrippen, Kindertages- und -Wochenplätzen samt Entlohnung des Fachpersonals soweit vorhanden. Einen Wohnungsmarkt gab es ja nicht. Wohnplätze wurden

zugeteilt, weshalb viele Studierende schon früh heirateten; in Leipzig lag die Quote 1980 bereits bei über 50 Prozent (S. 725). Nur mit Sparmaßnahmen und Mangelverwaltung, dazu gehörte auch die verbreitete Überbelegung der Zimmer, waren solche Leistungen mehr schlecht als recht zu stemmen. Insgesamt sei die Wohnsituation für Studierende trostlos gewesen, auch wegen des oft maroden und verwahrlosten Zustands der Unterkünfte. Mit „Kollektivgeist gegen Schmutz“ ist man nicht weit gekommen, und glücklich waren wohl jene Studierenden, die noch bei den Eltern oder privat zur Untermiete wohnen konnten.

Nicht viel anders zeigten sich die Zustände im Wissenschaftsbetrieb, was Fitschen als „Wissenschaft in der Agonie“ betitelt (Kap. IX, S. 732-741). Die vorgeführte Mängelliste erweist sich als katastrophal, insbesondere in den Bereichen der Medizin und der Chemie, wo Geräte und Material beschafft und gewartet werden mussten, aber selbst das Papier dem „Prinzip der sozialistischen Sparsamkeit“ unterlag. Wie sollten Spitzenleistungen erzielt werden, wenn immer nur das Machbare anvisiert würde, wagte 1979 ein Leipziger Chemiker (Ehrenfried Butter) höheren Orts zu fragen, um sich bald darauf einem „Einzelgespräch“ stellen zu müssen. Das allergrößte Problem sei nämlich gewesen, „daß angesprochene Probleme einfach ignoriert wurden“ (S. 734). Eine andere Form von Agonie betraf die Geschichtswissenschaft, insbesondere die Universitätsgeschichte, die zum 575-jährigen Gründungsjubiläum Leipzigs 1984 „in der Traditionsarbeit neue Maßstäbe“ setzen sollte, wie sie auch schon 1983 zum 100. Todestag von Karl Marx verlangt wurden. Da das Jubiläumsjahr auch noch im Zeichen des 35. Jahrestages der DDR stehen sollte, war die Programmatik der SED-Kreisleitung vorgegeben: „Aneignung und Pflege des historischen und kulturellen Erbes zur verstärkten Herausbildung von Leistungsmotivation“ (S. 736). Umso bemerkenswerter war, dass die universitätsgeschichtliche Festschrift von 1984 im Vorwort des Rektors und Herausgebers zwar entsprechend dröhnte, die Beiträge vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert jedoch bei begreiflichen Zugeständnissen wirkliche Fachbeiträge waren und in der Community Aufmerksamkeit und Beachtung fanden.³⁶ Die Beiträge, so Fitschen, hätten sich weitgehend von den Vorgaben emanzipiert (S. 737), was zu bestätigen ist. Erst für das 20. Jahrhundert änderte sich der Ton.

Die Entwicklung bis zum Herbst 1989 stand ganz im Zeichen von Michail Gorbatschows ‚Glasnost‘ und ‚Perestroika‘, die auch in der Universität Leipzig sogleich zu spüren waren (Kap. X, S. 741-766), insofern Wissenschaftler und Studierende, gleichgültig ob Parteimitglieder oder nicht, mehr Mut zeigten, ihre eigene Meinung zu äußern. Angeprangert wurde die Selbstzufriedenheit, so die Berichte der Inoffiziellen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Sektionen, sowie die Haltung der Oberen, jedes reale Problem kleinzureden, und der „in

³⁶ LOTHAR RATHMANN (Hg.), *Alma mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Leipzig 1984 (mit den Beiträgen von Karl Czok, Siegfried Hoyer, Günther Wartenberg und Hartmut Zwahr).

Leipzig immer krasser ins Auge springende Verfall der Altbausubstanz“ (S. 742). Doch Glasnost und Perestroika sollte nicht für die DDR gelten, die Sowjetunion kein Vorbild mehr sein. Man fürchtete sich vor dem „neuen Denken“, wie es im Verbot der deutschen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ zum Ausdruck kam und dies in der Universität als eklatanter Ausdruck des Reformunwillens wahrgenommen wurde. Unter Professoren und Studenten nahmen Kritik und Verweigerungen zu. Sie griffen von den schon immer kritischen Natur-, Technik- und medizinischen Wissenschaften auch auf die Gesellschaftswissenschaften über. Die IMs bekamen viel zu tun. Partei und Staat reagierten wie gehabt, verordneten die üblichen „Ausprachen“, maßregelten, verfolgten und bestraften jede Form von Kritik und Opposition. Fitschen zeigt einige sehr typische Kritiken und die Maßnahmen gegen Personen auf, die einmal in das Räderwerk der Überwachung geraten waren. Als Unruhestifter wurden die Bürgerbewegungen der 1980er-Jahre ausgemacht, vor allem die Friedensbewegung unter dem Dach der evangelischen Kirche mit ihrem bekannten Motto „Schwerter zu Pflugscharen“, dazu die Ökologiebewegung, die auf massive Umweltprobleme aufmerksam machte. Parallel dazu wendete sich die inneruniversitäre Kritik gegen die fachfremden Pflichtanteile in den Studiengängen, namentlich gegen das Marxismus-Leninismus-Grundstudium, den Russisch-Unterricht, die militärische Ausbildung und die Ernteeinsätze. Kritik wurde ferner gegenüber den Zulassungsbedingungen laut, wenn die Herkunftskriterien gemäß sozialistischer Bildungspolitik mehr galten als Begabung und Leistung; und direkter Unmut betraf die täglichen Probleme der Mangelwirtschaft: schlechte Studien- und Laborbedingungen, fehlende Computerplätze, veraltete Technik, mangelhafter Arbeits- und Wohnraum, fehlende Materialien, unzugängliche Forschungsliteratur und mehr und mehr auch die Reise- und Ausreiseproblematik, besonders als Ungarn die Grenzen öffnete. Klaus Fitschen beschreibt sehr dicht, wie Glasnost und Perestroika Wirkung entfalteten und zum Autoritätsverlust der Partei samt der FDJ führten. Wahlen erhielten sogar Gegenstimmen, was als alarmierende Signale wahrgenommen wurde und Wahlfälschungen provozierte. Und *horribile dictu*: Studierende stellten die Realität über das Dogma. Wie zuvor die Propaganda hat die Leipziger Universitätszeitung auch diesen Niedergangsprozess getreulich begleitet. Wie hoch die Beteiligung der Universitätsangehörigen an den Montagsdemonstrationen ab September 1989 gewesen ist, sei von Zeitzeugen unterschiedlich eingeschätzt worden, sie dürfe aber, so Fitschen, nicht unterschätzt werden. Gleichwohl sei die Haltung der Studierenden zur Diktatur der SED uneinheitlich gewesen (S. 767).

X. *Nach der Wende ...*

Den letzten Teil des dritten Bandes bestreitet Fritz König mit seinem Beitrag „Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart 1989–2009“

(S. 779-908). Dass dieser Beitrag angesichts der zeitlichen Nähe zu den Ereignissen eher Bericht und Dokumentation ist als geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung, sagt der Autor selbst in seiner Vorbemerkung. Dafür hat man so etwas wie eine aus reicher eigener Erfahrung kommentierte Quelle vor sich. Der Autor war viele Jahre lang (seit 1990) Personalreferent und stellvertretender Kanzler der Universität Leipzig. Geleitet von seinem Spezialwissen, begreiflicherweise von der Leitungsebene aus, kann man den Rück- und Umbau der Universität, ihre demokratische Erneuerung hin zur Freiheit von Forschung und Lehre, Schritt für Schritt mitverfolgen (Kap. I, S. 783-826). Gemessen an der Dynamik der Friedlichen Revolution und der raschen Ereignisfolge nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 war die relativ lange Agonie der sozialistischen Universitätsleitung auf fast allen Ebenen schon ziemlich auffallend. Der Leipziger Rektor (Horst Hennig) und die Seinen, Vertreter der alten Machtelite, wollten noch auf dem Reformkurs mitschwimmen, ihn aber „von oben“ bestimmen, als ihre Fundamente längst untergegangen waren. Basisdemokratische Kräfte übernahmen im StudentInnen-Rat, in der Gewerkschaft Wissenschaft, im Konzil und im Senat, wo der Rektor schließlich unter dem Vorwurf der Verschleppung des Demokratisierungsprozesses seinen Rücktritt erklärte (22. Juni 1990). Übernommen hatte interimistisch ein dreiköpfiges Rektoratskollegium, das vom Autor als „Befreiungsschlag“ gewertet wird, weil es nicht mehr partei-, sondern demokratisch legitimiert war und die notwendigen personellen Veränderungen auf den Leitungsebenen „glaubwürdig in Angriff nehmen“ konnte (S. 795). Einer der drei, ohne die Verdienste der beiden anderen zu schmälern, war der langjährige Prorektor für Lehre und Studium, der um die Universität Leipzig und das vorliegende Jubiläumswerk noch in der Planungsphase hoch verdiente Theologe und Kirchenhistoriker Günther Wartenberg.³⁷

Es ist nicht möglich, alle hier in beinahe minutiöser Abfolge geschilderten Schritte zum großen Erneuerungsprozess gebührend zu würdigen, auf den man im Jubiläumsjahr 2009 nach 20 Jahren mindestens mit Genugtuung, den „alten Geist“ endgültig vertrieben zu haben, zurückblicken konnte. Daher sei vor allem notiert, was man in diesem Text finden kann. Im Vordergrund stehen – und müssen auch stehen – die „personellen Erneuerungen und strukturellen Korrekturen“. In der anfänglichen Atmosphäre von Unsicherheit und Misstrauen ging es vor allem darum, den basisdemokratischen Forderungen nach Überprüfung der persönlichen Integrität nachzukommen, um sich, wie es hieß, von den „Handlangern der SED-Diktatur“ zu befreien, die noch rasch versuchten, auf den verschiedensten Ebenen der Universität Unterschlupf zu finden. Ein für die Lage sehr typischer Brief vom 29. August 1990 ist auf S. 797 abgedruckt. Am 25. Oktober 1990, wenige Wochen nach der Wiedervereinigung vom 3. Oktober, wurde daher ein „Vertrauensausschuss“ gebildet, dessen Aufgabe es war, jeden Einzelfall zu über-

³⁷ ENNO BÜNZ/WINFRIED MÜLLER, Nachruf Günther Wartenberg (1943–2007), in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 79 (2008) S. 275-277.

prüfen und die sogenannte Ehrenerklärung zu verlangen, mit der die Bereitschaft zugleich verbunden war, sich durch die „Gauck-Behörde“ (Behörde des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Staatssicherheitsunterlagen) überprüfen zu lassen. Dass dieser ganze Prozess menschlich für alle Beteiligten sehr belastend und wohl auch schmerzhaft gewesen ist, sei mit Fritz König eigens vermerkt.

Zu den strukturellen Maßnahmen gehörten zum einen die Neubildung eines Personal- und StudentInnenrates als gewählte, unabhängige Vertretungen sowie Neubesetzungen in der Zentralverwaltung (jetzt ohne „Kader“ und „Direktorate“), zum anderen die Auflösung verschiedener Bereiche, wie zum Beispiel die gesamte Sektion Marxismus-Leninismus, womit auch die Abberufung vieler Hochschullehrer verbunden war; die meisten zogen es vor, in den vorzeitigen Ruhestand zu treten. Eine besondere Beachtung gilt dem sogenannten Abwicklungsbeschluss des Freistaats Sachsen gemäß Artikel 13 des deutschen Einigungsvertrags, der für die Universität Leipzig viel gravierender war als an den anderen sächsischen Hochschulen, insofern vierzehn Teileinrichtungen nicht übernommen wurden, vor allem aus den „systemnahen“ Geisteswissenschaften der DDR, die zum Teil als Fakultäten oder Institute neu zu gründen und neu zu besetzen waren, namentlich die Wirtschafts-, Erziehungs-, Rechts- und Sportwissenschaftlichen Fakultäten. Letztere entstand nach der Abwicklung der Deutschen Hochschule für Körperkultur, dem Aushängeschild des DDR-Spitzensports, die dabei über eintausend Personalstellen eingebüsst hat. Die Abwicklungsbeschlüsse waren für die Betroffenen sehr hart, stießen damals aber, so König, in der breiten Öffentlichkeit auf Zustimmung.

Was auffällt, gerade auch aus Königs Bericht, ist der enorme Elan, das wiederherzustellen, was eigentlich Universität ist, mit ihrer jahrhundertelangen Maxime der Selbstverwaltung und (nicht ganz so lange) der Freiheit von Forschung und Lehre. Wenn man einen speziellen Tag für die Universität Leipzig nennen sollte, wäre das der 13. Februar 1991, der Tag eines sehr entscheidungsfreudigen (und ersten frei gewählten) Konzils, als es einen basisdemokratisch erarbeiteten Entwurf für die künftige Universitätsverfassung verabschiedete, den alten Namen „Universität Leipzig“ wieder annahm und zur ersten demokratischen Rektorwahl nach der friedlichen Revolution antrat. Aus ihr ging ein Rektoratskollegium hervor mit drei Prorektoren und dem Rektor Cornelius Weiss an der Spitze, Leipziger Professor der Chemie, dem noch eine zweite Amtszeit bis 1997 beschieden sein sollte.³⁸ Als bald darauf auch die Stelle des Universitätskanzlers wieder besetzt war, konnte man an die Erneuerung der Zentralverwaltung herangehen. Ihre wichtigste Aufgabe war zunächst, einen Haushaltsplan mitsamt Ist-Stellenplan zu erarbeiten, was einem Kassensturz gleichkam. Das Ministerium behielt sich zunächst die Wiederbesetzung aller haushaltsfinanzierten Stellen vor, bis klar war, wie die neue Tarifordnung für den öffentlichen Dienst gemäß Einigungsvertrag (BAT-Ost) im Freistaat Sachsen umgesetzt werden konnte.

³⁸ Von ihm stammt ein bemerkenswerter autobiografischer Bericht: CORNELIUS WEISS, *Risse in der Zeit. Ein Leben zwischen Ost und West*, Hamburg 2012.

Überhaupt waren neue Ordnungen zu finden, „Rechtsgrundlagen für die Neuordnung der sächsischen Hochschulstruktur 1991/92“ mit dem Sächsischen Hochschulenerneuerungsgesetz (SHEG), das unter anderem die Rechtsstellung der Professoren neuen oder bisherigen Rechts sowie der Hochschuldozenten betraf, und ferner das Sächsische Hochschulstrukturgesetz (SächsHStrG), das für Leipzig die Auflösung und Übernahme etwa der Pädagogischen und der Handelshochschule und anderer mehr zu regeln hatte (Kap. II, S. 827-832). Bis dahin waren 1991/92 noch etliche Kommissionen mit Evaluierungen und Übergangsfragen beschäftigt (Kap. III, S. 832-844). Mitglieder des „Vertrauensausschusses“ wurden in ständige Personalkommissionen für Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin berufen, die eventuelle Stasi-Verstrickungen aufklären sowie Hinweisen wegen „Verstoßen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit“ „mit Augenmaß und Sachverstand“, wie es aus dem Ministerium hieß, nachgehen sollten (S. 835 f.). Diese Kommissionen, seit Oktober 1993 zu einer einzigen zusammengefügt, beendeten ihre Tätigkeit erst zum 31. Dezember 2006, was auch zwingend notwendig erschien. König notiert dazu: „Die entdeckten Verstrickungen in die Machenschaften des MfS waren erheblich [er nennt 22 000 Anfragen an die Gauck-Behörde], so daß die vorgenommene Kündigung des Arbeitsverhältnisses letztlich auch Bestand hatte“ (S. 837). Des Weiteren beschäftigten sich Fachkommissionen mit der Evaluation der fachlichen Kompetenz von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen; nur vereinzelt sei es aber zu sehr ungünstigen oder vollkommen negativen Bewertungen gekommen (S. 838). Anders sah es bei der Rehabilitierungskommission aus, die sich bemühte, Unrecht gegenüber Universitätsangehörigen und zwangsexmatrikulierten Studierenden auf verschiedenen Wegen wiedergutzumachen, von moralisch-symbolischer Rehabilitation bis zur Verleihung von Honorarprofessuren und Ehrendoktorwürden. 239 Einzelfälle sind behandelt worden. Materielle Wiedergutmachung konnte man allerdings erst nach Einführung des „Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes“ vom 29. Oktober 1992 gewähren.

Die fundamentalen Reformen dieser ersten Jahre flossen in ein „Konzept der Hochschul- und Forschungsstruktur im Freistaat Sachsen“ ein, welches das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) unter Leitung von Hans Joachim Meyer den Universitäten und Hochschulen noch im November 1991 zur Vernehmlassung schickte. Das Leipziger Rektoratskollegium entschloss sich daraufhin, dieses Konzept in der Universitätsöffentlichkeit diskutieren zu lassen, weil es, wie König schreibt, „für alle Universitätsmitglieder jener Zeit hohe persönliche, teils schicksalhafte Bedeutung“ hatte (Kap. IV, S. 844-868, Zitat S. 845). Es ging sowohl um klassische wie neu auszurichtende Wissensgebiete als auch um die Verteilung der jetzt noch vorhandenen Personalstellen. Die Tabellen (S. 847, 849)³⁹ zeigen die Stellenausstattung und die Anzahl der Beschäftigten an

³⁹ Die Tabelle auf S. 849 ist leider in einer vorläufigen Fassung abgedruckt worden. Der Autor hat sie korrigiert in: FRITZ KÖNIG, Alma mater Lipsiensis im Umbruch (1989 bis 1994), Leipzig 2017, S. 37.

den Leipziger Hochschulen 1989 bis 1992 vor und nach den Abwicklungsentscheidungen, dem Outsourcing von ehemals universitären Einrichtungen (Mensen und Wohnheimen), den normalen Altersabgängen und Fluktuationen sowie nach den neuen Berufungsentscheidungen, die auch fachlich begründete externe Bewerbungen förderten. Der Stellenabbau – gerade auch im akademischen Mittelbau – war bis zum Sommer 1992 gewaltig und betraf Leipzig weit mehr als die beiden Technischen Universitäten in Dresden und Chemnitz: Von ehemals drei Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mussten zwei ausscheiden, wie der Universitätskanzler 1994 resümierte (S. 853). Weitere Tabellen differenzieren den Stellenabbau nach Fachgebieten und zentralen Einrichtungen wie Universitätsbibliothek und Rechenzentrum, und kurz skizziert ist die Wiedegründung der Fakultäten, jetzt vierzehn an der Zahl, und deren Binnenstruktur. Bemerkenswert ist freilich, dass die studentische Frequenz trotz des massiven Verlustes an Lehrenden gegenüber den 1980er-Jahren (ca. 15 000) seit 1992 wieder stetig zu steigen begann und um 2004 fast schon eine Verdoppelung auf 30 000 erzielte, während die Personalstellen weiter abnahmen (S. 856, 894).

Ganz im Zeichen reformerischer Kontinuität in einem allerdings beispiellosen Rücktransformationsprozess stand die zweite Amtsperiode von Rektor Cornelius Weiss 1994 bis 1997 (Kap. V, S. 868-872). Inzwischen hatten aber auch zahlreiche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die aus den alten Bundesländern berufen werden konnten, ihren Anteil daran; er betrug 1995 bereits rund 50 Prozent. Der Universität und dem Rektoratskollegium stand dabei ein im Sächsischen Hochschulgesetz von 1993 verankertes Kuratorium beratend zur Seite, besetzt mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Kunst, dem sinnvollerweise auch der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig in Anknüpfung an fruchtbare Beziehungstraditionen zwischen Universität und Stadt angehörte. Am Ende der Amtszeit des Rektors konnte Staatsminister Meyer 1997 ein bemerkenswertes Fazit ziehen: Die Universität Leipzig sei unter seiner Führung rekonstruiert worden und habe zu ihrer Geschichte zurückgefunden; die in der DDR zerstörte akademische Autonomie sei nicht nur wiederhergestellt, sondern durch das Sächsische Hochschulgesetz als Handlungsfähigkeit neu definiert worden (S. 870).

In diesen Worten kam auffallend zum Ausdruck, was im Rückblick immer für gedeihliche Zeiten der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsentwicklung gegolten hatte, man denke nur an die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Existenz nämlich eines guten und vertrauensvollen Verhältnisses zwischen der Universitätsleitung und dem zuständigen Fachminister der sächsischen Regierung in Dresden. Das heißt freilich nicht, dass es in Sachfragen nicht noch erhebliche Differenzen gegeben hat, wie der Autor aus intimer Kenntnis berichten kann, wie zum Beispiel der fortgesetzte Personalstellenabbau (Tabelle dazu S. 894) oder die Auseinandersetzungen mit dem Freistaat um das Immobilienvermögen der Universität, womit diese auch wieder zu ihrer Geschichte zurückfand. Der Bericht des Autors endet mit einem Blick auf das letzte Jahrzehnt vor dem Jubiläum von 2009 (Kap. VI, S. 872-890) sowie einem Rückblick auf die zwei Jahrzehnte nach

der Wende in Form einer „Bilanz in Zahlen“ (Kap. VII, S. 891-908). Durch beide erhält man den Eindruck eines deutschen Universitätsalltags mit allerdings nur scheinbar ‚normalen‘ Problemen nach der Jahrtausendwende, durchsetzt natürlich mit Leipziger Besonderheiten, wobei es für den Autor insbesondere um die Personal-, Haushalts- und, darin immanent, die Autonomieproblematik geht. In aller Kürze, aber kritisch reflektiert, finden sich hier Ausführungen zur Hochschulgesetzgebung des Landes Sachsen von 1999 sowie zu den Reformen des bundesdeutschen Hochschulrahmengesetzes (Stichworte: Juniorprofessur, Zeitvertragsgesetz, leistungsabhängige W-Besoldung), die – ohne Urteil über die akademische Relevanz – „einen enormen Zuwachs an bürokratischen Erfordernissen“ sicher nicht nur für Leipzig bedeuteten. Die Universität und die beiden Rektoren dieses Jahrzehnts (Volker Bigl und Franz Häuser) hatten noch eine Reihe anderer Herausforderungen zu bewältigen, unter denen genannt seien: der fortgesetzte Personalstellenabbau, die Hochschulvereinbarungen mit der Staatsregierung, die Biotechnologieinitiative, die sogenannte Exzellenzinitiative, die Studienreform („Bologna“) und ganz auf Leipzig konzentriert der Campusneubau am Augustusplatz mit den Diskussionen über „Kirche“ oder „Aula“⁴⁰ sowie die Vorbereitungen zum Jubiläum, seit 2003 in den Händen von Rektor Häuser, von dem bereits eingangs dieser Nachlese die Rede gewesen ist.

In drei Bänden ist die Geschichte der Universität Leipzig 1409 bis 2009 ‚auf Stand‘ niedergelegt, in mehr als 2 800 Seiten. Aber damit nicht genug, es gibt noch einen vierten (in zwei Teilbänden) und fünften Band mit weiteren mehr als 2 400 Seiten.⁴¹ Beide würden ebenso wie die ‚Geschichte‘ eine ausführliche Würdigung verdienen, mehr als es in diesem Rahmen möglich ist.

XI. Fakultäten, zentrale Einrichtungen und die Universitätsbauten

Im vierten Band geht es um Fakultäten und Institute sowie die Zentralen Einrichtungen, von denen fünf (heute sind es siebzehn) vorgestellt sind: Universitätsbibliothek, Universitätsarchiv, Kustodie (Kunstsammlung der Universität), Deutsches Literaturinstitut und Universitätsrechenzentrum. Auch die Autoren der drei Bände zur Geschichte der Universität haben immer wieder die Fakultäten und Institute und die bei ihnen angesiedelten Wissenschaften im Blick gehabt und des Öfteren auf Band Vier verwiesen, doch ist nun hier die innere Entwicklungsgeschichte und eigentliche Wissenschaftsgeschichte der ältesten wie jüngsten Fächer versammelt. Mindestens 93 Autoren und Autorinnen und zwei Autorentams haben sich mit 56 Beiträgen unter der Bandherausgeberschaft von Ulrich von

⁴⁰ Dazu erschien MATTHIAS MIDDELL/CHARLOTTE SCHUBERT/PIRMIN STEKELER-WEITHOFER (Hg.), Erinnerungsort Leipziger Universitätskirche. Eine Debatte (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte B/2), Leipzig 2003.

⁴¹ Zu den bibliografischen Angaben siehe Anm. 3.

Hehl, Uwe John und Manfred Rudersdorf beteiligt und erstmals in der Universitätsgeschichte einen fachspezifisch fundierten Einblick in die ganze Breite der in Leipzig beheimateten Wissenschaften und Disziplinen geliefert.⁴²

Der erste Teilband (4.1) bietet nach einem instruktiven Überblick über die klassischen vier Fakultäten und ihre Entwicklung zu vierzehn Fakultäten von 1409 bis 2009 (nebst der der Leipzig eigenen Nationenverfassung von 1409 bis 1830), Abhandlungen, Essays und Berichte (je nach Alter beziehungsweise Novität der Fächer) zur Theologischen und Juristenfakultät sowie zu den aus der alten philosophischen Fakultät hervorgegangenen heutigen sechs Fakultäten: Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orient- bzw. (seit 2020) Regionalwissenschaften (mit sechzehn Disziplinen), Philologische Fakultät (mit neun Disziplinen und dem Herder-Institut), Erziehungswissenschaftliche Fakultät, Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie (mit sechs Disziplinen), Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und Sportwissenschaftliche Fakultät. Der zweite Teilband (4.2) versammelt die Darstellungen zu den Medizinischen und Veterinärmedizinischen Fakultäten sowie zu den aus den alten philosophischen und medizinischen Fakultäten herausgelösten Naturwissenschaften in vier Fakultäten: Fakultät für Mathematik und Informatik, Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie (mit fünf Disziplinen), Fakultät für Physik und Geowissenschaften (mit drei Disziplinen) sowie Fakultät für Chemie und Mineralogie. Den Abschluss bilden die Darstellungen über die genannten Zentralen Einrichtungen, wobei für universitätsgeschichtliche Interessen besonders auf die Ausführungen zum Universitätsarchiv und zur Kustodie aufmerksam gemacht sei.

In ähnlicher Weise wie bei den drei Bänden der Gesamtgeschichte hat man es auch in diesem Band der Fachübersichten verstanden, eine gemeinsame Struktur beziehungsweise ein gemeinsames Schwerpunkteraster zu entwerfen, dem die Autorinnen und Autoren nach Möglichkeit je nach Fachzustand und Forschungslage folgen sollten. Es ist im Vorwort der Herausgeber bekannt gemacht (Bd. 4.1, S. 9 f.): organisatorisch-strukturelle Verfasstheit des Faches beziehungsweise der Fakultät – Disziplingeschichte mit Herausstellung des Leipziger Profils und eventueller Schwerpunktveränderungen – Hervorhebung wichtiger Fachvertreter – Einordnung der Leipziger Verhältnisse in die allgemeine (nationale/internationale) Fachentwicklung – Gewicht des Faches im Leipziger Fächerkanon. Wie weit das gelungen ist, können letztlich nur die Fachvertreter und -vertreterinnen beurteilen. Doch scheint es bei kursorischer Durchsicht so zu sein, dass man ernsthaft versucht, diesen Schwerpunkten zu folgen. Das allein ist schon eine höchst aner kennenswerte Leistung. Herausgekommen ist ein beeindruckendes Ergebnis gerade auch in seiner Breite, da sämtliche in Leipzig vertretenen Fachgebiete behandelt sind – außer den früher vorhandenen Agrarwissenschaften, die nach der

⁴² Eine rasche Übersicht über die Fakultäten und Institute in Leipzig heute erhält man unter <https://www.uni-leipzig.de/universitaet/struktur/fakultaeten-und-einrichtungen>.

Wende an die Universität Halle-Wittenberg transferiert worden sind.⁴³ Die einzelnen Beiträge steigen tief in die Traditionen der Fakultäten und Fächer ein, leuchten sie aus und versuchen die spezifischen wissenschaftlichen Leistungen und Erträge herauszustellen, die begreiflicherweise auch auf Einzelpersonen zulaufen, auf den jeweils ‚bedeutenden Gelehrten‘ in der Leipziger Optik und über sie hinaus. Dank der vielen überlieferten Porträts kann man vielfach ‚kopflastig‘ auflockern. Dabei ist nicht verwunderlich, dass jedes Fach seine eigene Zugriffsweise hat, seine eigene Darstellungsform findet, aber dadurch, wie der Klappentext des Bandes zu Recht betont, die vielfältige Wissenschaftskultur in Leipzig widergespiegelt wird.

Während man auch in den Festschriften anderer Universitäten über den wissenschaftlichen Bereich in Form von Instituts- oder Gelehrtengeichten häufiger lesen kann, wenngleich kaum in dieser Vielfalt und historischen Substanz, ist der fünfte Band über die „Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext“ eine echte Rarität. Zur klassischen (Jubiläums-)Geschichtsschreibung gehörten Universitätsbauten eher nicht oder nur am Rande; nun sind sie prominent in der Geschichte vertreten. Der Band ist von Michaela Marek und Thomas Topfstedt unter Mitwirkung von Uwe John, dem die wissenschaftliche Redaktion anvertraut war, herausgegeben worden⁴⁴ und bietet nun erstmals die universitäre Baugeschichte im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Leipzig an. Der stattliche Band, wie erwartbar mit einer Fülle von Bildmaterial versehen (schwarz/weiß wie in allen Bänden) orientiert über die Gebäude, ihre Platzierung und Bedeutung in der Stadt in zeitlicher und sachlicher Abfolge von den mittelalterlichen Anfängen von 1409 bis 2009. Beteiligt sind zehn Autorinnen und Autoren, Fachleute der Historie, Kunst- und Architekturgeschichte, die diese Abfolge in zehn Schritten bewältigen. Bemerkenswerter- und zugleich dankenswerterweise kann man alle diese Schritte anhand des „Katalogs der Universitätsbauten“ (erstellt unter Leitung von Michaela Marek, S. 593-686) sowie der farbigen Kartenbilder zu verschiedenen Entwicklungsstationen mitverfolgen und verifizieren (Helga Schmidt und Gudrun Mayer, Entwicklung der Universität Leipzig in elf Zeitschnitten im Kartenbild, S. 689-701). Auf diese Weise kann man einen direkten und konzentrierten Einblick in die Architektur-, Bau- und Nutzungsgeschichte der Leipziger Universität erhalten. Das Besondere dieses Bandes liegt auch darin begründet, dass er von Bauten erzählen muss, die es im Stadtbild gar nicht mehr gibt und man nur noch aus Bild- und Schriftquellen rekonstruieren kann. Im Gegensatz zu anderen vergleichbar alten oder traditionsreichen Universitäten wie Prag, Freiburg, Greifswald, Tübingen, Marburg, Jena oder Halle kann man in Leipzig alter Bausubstanz kaum noch begegnen. Selbst die repräsentativen Neubauten des 19. Jahrhunderts wie das Augusteum sind im

⁴³ Sie sind dennoch berücksichtigt worden und im folgendem Band behandelt: EBERHARD SCHULZE, Die Agrarwissenschaften an der Universität Leipzig 1740–1945 (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte B/10), Leipzig 2006.

⁴⁴ Zu den bibliografischen Angaben siehe Anm. 3.

Zweiten Weltkrieg zerstört worden. Die Universität wurde je nach Schätzung zwischen 65 und 85 Prozent zerstört, und der Rest, darunter die Pauliner-Universitätskirche, fiel im Mai 1968 der Sprengung durch die Kommunisten zum Opfer; allerdings sind wertvolle Ausstattungstücke erhalten.⁴⁵

Die einzelnen Aufsätze folgen der Chronologie, halten aber auch inne, um Darstellungen insbesondere städtisch relevanter Bauten, Standorte, Bildprogramme und Architekturen einzufügen, welche die Zeiten jeweils wieder einholen. In diesem Sinne hat Hartmut Mai „Die Universitätskirche St. Pauli“ (S. 77-132) in ihrer Geschichte und ihrer Funktion für die Universität beschrieben. Michaela Marek widmet sich unter dem Titel „Rentabilität – Funktionalität – Repräsentation“ den „innerstädtischen Bauaktivitäten der Universität Leipzig im 19. Jahrhundert“ (S. 133-249). Conny Dietrich folgt mit einem Beitrag über „Die künstlerische Ausgestaltung der neuen Universitätsbauten am Augustusplatz unter Arwed Rossbach“ (S. 251-284). Cornelia Becker und Christoph Böwing erzählen die Geschichte des Medizinischen Viertels seit dem späten Mittelalter unter dem Titel „Zwischen architektonischer Form und medizinischer Funktion. Klinik-, Forschungs- und Unterrichtsgebäude der Leipziger Universitätsmedizin 1409–2009“ (S. 285-354). Schließlich beschreibt Karsten Hommel „Die Architektur der naturwissenschaftlichen Institute außerhalb des Stadtkerns 1830–1918“ (S. 355-416). Diese sachgebundenen beziehungsweise ‚sachzeitlichen‘ Beiträge sind durch solche gleichsam eingerahmt, welche die Bauten der Vormoderne und die bauliche Entwicklung der Moderne betreffen. Beate Kusche und Henning Steinführer referieren über „Die Bauten der Universität Leipzig von 1409 bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges“ (S. 11-50); sie können zeigen, wie in dieser Zeit die baulichen Grundlagen in der Stadt ausgehend von zwei Kollegiengebäuden geschaffen worden sind. Fortgesetzt wird der zeitliche Überblick von Birgit Hartung, die „Die Bauten der Universität Leipzig vom Dreißigjährigen Krieg bis 1830“, unter anderem das Collegium Juridicum, vorstellt (S. 51-75). Wie alle Beiträge werden auch diese durch die bereits erwähnten sehr anschaulichen Kartenbilder ergänzt. Den Schlusspunkt setzt Thomas Topfstedt in gleich drei Schritten für die Zeit von 1918 bis nach 1990: „Universitätsbauten und Entwicklungskonzepte von 1918 bis 1945“ (S. 417-440), „Die bauliche Entwicklung der Universität Leipzig von 1946 bis 1989“ (S. 441-514) sowie „Die bauliche Entwicklung der Universität Leipzig seit 1990“ (S. 515-590). Abschließend sei vermerkt: Dieser Band ist und wird es für lange Zeit sein, ein höchst willkommener Beitrag zur universitären Jubiläums- beziehungsweise Erinnerungskultur – so wie freilich das gesamte fünfbandige Werk.

⁴⁵ RUDOLF HILLER VON GAERTRINGEN (Hg.), „Ade Welt, ich bin nun daraus“. Memoriale Inschriften auf Grabsteinen und Epitaphien der Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte A/7), Leipzig 2011; PETER ZIMMERLING (Hg.), Universitätskirche St. Pauli. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Festschrift zur Wiedereinweihung der Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig, Leipzig 2017.

* * *

Es wäre absolut wohlfeil, bei einem so umfangreichen Werk von mehreren Tausend Seiten einzelne Unebenheiten, Wiederholungen und individuelle Eigenheiten (in Sprache und Methodik, Textaufbau und Vergleichbarkeit) aufzugreifen. Der Gesamteindruck ist maßgebend und vor allem, das Ergebnis eines solchen Werkes insgesamt gelesen, aufgenommen, teilweise regelrecht studiert zu haben und ungewein belehrt worden zu sein. Es wird ein Referenzwerk sein, wie gleich eingangs gesagt und am Ende bestätigt, auf viele Jahre hinaus, wertvoll in den Fakten und Analysen, lesbar, lehrreich und im besten Sinne unterhaltsam nicht nur für Fachleute, sondern für alle an der Geschichte einer oder ihrer Universität Interessierten. Man gehe hin und mache es nach.